VIELFALT IN REINICKENDORF

Zur Sichtbarkeit und Partizipation von Menschen
mit Migrationsgeschichte in Reinickendorf.

Autorin: Dr. Yvonne Franke
im Auftrag des Bezirksamtes Reinickendorf von Berlin

Vorwort

Stadt. Land. Fuchs.
Reinickendorf – ein Ort der Vielfalt!

Reinickendorf ist ein sehr heterogener Bezirk, der in seiner Geschichte und Gegenwart geprägt ist durch Migration und Vielfalt. Über 30 Prozent der hier lebenden Menschen haben eine eigene oder familiäre Migrationsgeschichte. Die Wurzeln der Einwohnerinnen und Einwohner zum Beispiel des Märkischen Viertels liegen in über 120 verschiedenen Ländern. In Reinickendorf prägen internationale und interkulturelle Angebote das nachbarschaftliche Zusammenleben. Unser Gemeinwesen zeichnet sich durch die hier lebenden Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte aus. Vielfalt macht diesen Bezirk lebenswert.

Reinickendorf investiert viel in lebendige Nachbarschaften und die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. In den letzten Jahren ist im Bezirk und vor allem auch in der Bezirksverwaltung viel in Bewegung gesetzt worden. Bürgerinnen und Bürger können mehrsprachig von Mitarbeitenden des Bürgeramtes bei Bedarf beraten werden, eigene Sprachmittlerinnen und Sprachmittler wurden im Zuge des Krieges in der Ukraine und des hohen Zuzugs von ukrainischen Kriegsgeflüchteten im Bezirksamt eingestellt. Berlin und auch Reinickendorf bekennen sich im Partizipations- und Migrationsgesetz zu ihrer Migrationsgesellschaft und es wurde ein eigenes Diversity-Landesprogramm entwickelt. Migrationsgesellschaftliche Kompetenz ist mittlerweile eine von mehreren Einstellungsvoraussetzungen im Auswahlverfahren der Verwaltung. Das Bezirksamt ist sehr aktiv und initiiert vielfältige Veranstaltungen für und mit Reinickendorferinnen und Reinickendorfern mit und ohne Migrationsgeschichte.

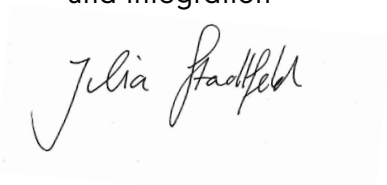
Gleichzeitig beachten wir aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen und fragen uns immer wieder, wie Reinickendorf heute und auch in Zukunft ein lebenswertes Zuhause für alle Menschen sein kann. Wie können sich (neu)zugewanderte Menschen hier wohlfühlen? Wie können die verschiedenen Erfahrungen aller neuen und alten Bewohnerinnen und Bewohner unsere Gesellschaft bereichern und voranbringen? Wie können wir gemeinsam ein gelungenes Zusammenleben mit allen im Bezirk lebenden Menschen gestalten und wie kann ihre gleichberechtigte Teilhabe gelingen? Wie kann die Verwaltung eine Willkommenskultur schaffen und sich diversitätsorientiert weiter öffnen? Und wie können wir gemeinsam Lösungen für die gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit finden?

Die vorliegende Studie ist eine Erhebung verschiedener Perspektiven unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure Reinickendorfs und stellt die Entwicklungen der letzten Jahre im Bezirk dar. Sie ist mit ihren Ergebnissen und Handlungsempfehlungen die Grundlage eines künftigen, partizipativen Erarbeitungsprozesses für ein zukunftsweisendes integrationspolitisches Konzept des Bezirks Reinickendorfs. Mit dieser Studie sollen eine Grundlage eines gesellschaftlichen Miteinanders im Bezirk (weiter)entwickelt und die bereits begonnene Öffnung der Verwaltung für eine vielfältige Gesellschaft nachhaltig vorangetrieben werden.

Bei allen Engagierten, die an dieser Studie mitgewirkt haben und bei allen, die sich tagtäglich für diesen vielfältigen Bezirk und für eine willkommen heißende Kultur einsetzen, möchten wir uns ganz herzlich bedanken.

Emine Demirbüken-Wegner
Bezirksbürgermeisterin

Julia Stadtfeld
Beauftragte für Partizipation und Integration



Inhalt

Vorwort 1

Inhalt 2

Abkürzungsverzeichnis 3

1. Bezirkliche Vielfaltspolitik in Reinickendorf 4

2. Den Menschen zuhören – methodisches Vorgehen und theoretische Perspektive 6

3. Integrationspolitik zwischen den Instanzen: Bund, Senat und Bezirke 9

3.1 Die Kompetenzen des Bundes 10

3.2 Berlin – Stadt der Vielfalt 10

4. Zusammenleben gestalten: Der Bezirk Reinickendorf 12

4.1 Der Stadtraum Reinickendorf: Heterogene Lebenswelten am Rande Berlins 13

4.2 Integrationspolitik in Reinickendorf 17

4.3 Die Arbeit des Büros für Partizipation und Integration 17

5. Vielfalt als gesellschaftliche Aufgabe: Ausgewählte Handlungsfelder 19

5.1 Wie Teilhabe beschränkt wird: Rassismus und Diskriminierung 20

5.2 Vielfalt in Verwaltungen und Institutionen in Reinickendorf 21

5.3 Schulen und Kindertagesstätten: Teilhabe der Kinder, Exklusion der Eltern? 24

5.4 Unterkünfte für geflüchtete Menschen in den Stadtvierteln 26

5.5 Akteure, Netzwerke und Kooperation 27

5.6 Sichtbarkeit, Anerkennung, Dialog und Partizipation 29

6. Migrantische Selbstorganisationen als Vielfaltsakteurinnen 33

6.1 Migrantische Selbstorganisationen in Reinickendorf 34

6.2 Migrantische Selbstorganisationen empowern, Netzwerke stärken 35

7. Empfehlungen für eine zukünftige integrationspolitische Arbeit in Reinickendorf 37

7.1 Diversitätssensible Organisationsentwicklung weiterführen 38

7.2 Migrantische Selbstorganisationen stärken 40

7.3 Vertiefung der Zusammenarbeit auf bezirklicher Ebene 41

7.4 Vielfalt leben und wertschätzen im Gesamtbezirk 42

8. Ausblick 44

Anhang: Zusammenfassung der Handlungsempfehlungen 46

Bibliografie 50

Institutioneller Hintergrund der Interviewpartnerinnen und -partner 52

Abkürzungsverzeichnis

AfS	Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
ASOG	Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz Berlin
AZR	Ausländerzentralregister
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BENN	Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften
BVV	Bezirksverordnetenversammlung
EHAP	Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen
FEIN	Freiwilliges Engagement in Nachbarschaften
LADG	Landesantidiskriminierungsgesetz Berlin
MSO	Migrantische Selbstorganisation
NRO	Nichtregierungsorganisation
PartIntG	Gesetz zur Regelung von Partizipation und Integration in Berlin
PartMigG	Berliner Gesetz zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft

01

Bezirkliche Vielfaltspolitik in Reinickendorf

1. Bezirkliche Vielfaltspolitik in Reinickendorf

Berlin wird weltweit als Stadt wahrgenommen, in der gesellschaftliche Vielfalt gelebte Realität ist. Dies ist gerade auch den Berlinerinnen und Berlinern zu verdanken, die in den vergangenen Jahrzehnten aus Deutschland und der Welt in die Metropole gezogen sind. Das Stadtbild, die Ökonomie und die Kultur sind maßgeblich durch diese Zuwanderung geprägt. Aus diesem Grund institutionalisierte der Berliner Senat mit dem sogenannten bedarfsorientierten Integrationsmodell von 1971 ‚Integration' als politisches Feld. Die Bezirke des damaligen Westberlins waren früh integraler Bestandteil dieser ‚Ausländerpolitik' und führten mehrheitlich sukzessive ‚Ausländerbeauftrage' ein, die Ostberliner Bezirke folgten nach 1989 diesem Vorbild. Mit dem 2011 verabschiedeten **Gesetz zur Regelung von Partizipation und Integration in Berlin** wurde das Amt eines/ einer bezirklichen Integrationsbeauftragen verbindlich einfordert. Der Bezirk Reinickendorf besetzte in Reaktion darauf das Amt zum ersten Mal. Obwohl damit in Reinickendorf das Feld der Integrationspolitik vergleichsweise spät durch eine Stabsstelle begleitet wurde, ist das **Büro für Partizipation und Integration** mittlerweile eines der personell größten Büros in Berlin. Dadurch wird deutlich, dass die dem Themenfeld Integration, gesellschaftliche Teilhabe und Partizipation beigemessene Relevanz immer auch ein Resultat politischer Aushandlung auf bezirklicher Ebene ist. Zugleich sind diese Themen in den vergangenen Jahren etwa durch die Eröffnung des zentralen Ankunftszentrums für Asylsuchende für das gesamte Land Berlin im Bezirk Reinickendorf verstärkt in den Fokus von Politik und Öffentlichkeit gerückt.

Als Berliner Randbezirk ist Reinickendorf städtebaulich heterogen. Fast dörfliche Stadtteile wie Lübars oder Hermsdorf prägen den Charakter des Bezirks ebenso wie urbane und verdichtete Stadträume wie das Märkische Viertel. Sozialstrukturell unterschiedliche Viertel liegen räumlich nah beieinander – das durch Einfamilienhäuser geprägte Alt-Tegel liegt ebenso am Tegeler See wie die Hochhaussiedlung Tegel Süd. Die Lebenswelten der Menschen aus diesen gegensätzlichen Stadtteilen scheinen sich jedoch nur punktuell zu überschneiden. Dies stellt auch die institutionalisierte Integrationspolitik vor besondere Herausforderungen, Ansätze und Strategien sind nicht immer mit denen aus anderen Stadtteilen wie etwa Neukölln vergleichbar. Vor diesem spezifischen Hintergrund zeigt die vorliegende Studie evidenzbasiert Möglichkeiten einer strategisch orientierten Integrationspolitik für den Bezirk Reinickendorf auf. Im Wissen um begrenzte Ressourcen werden die bestmöglichen Ansätze für einen vielfältigen und mit großen Potentialen ausgestatteten Bezirk vorgestellt. Die Studie ist auf Handlungsorientierung ausgerichtet und basiert als qualitative Erhebung maßgeblich auf Deutungen, Einsichten und dem Erfahrungswissen der interviewten Personen. Ohne ihre Bereitschaft und die Offenheit, mit uns zu sprechen, hätten wir unsere Studie nicht durchführen können. Für das uns entgegengebrachte Vertrauen möchten wir uns an dieser Stelle herzlich bedanken.

Um eine Einordnung der Studienergebnisse zu ermöglichen, werden zunächst in Kapitel 2 der methodische Ansatz skizziert und die Auswahl der Interviewten begründet[1]. Daran anschließend werden knapp die aktuellen integrationspolitischen Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene dargestellt, um den bezirklichen Handlungsspielraum im folgenden Kapitel 4 abzustecken. In Kapitel 5 werden die zentralen Ergebnisse präsentiert, um im Kapitel 6 migrantische Selbstorganisationen (MSO) und deren Querschnittsfunktion gesondert zu erörtern. Abschließend werden konkrete Handlungsempfehlungen präsentiert.

[1] Eine Übersicht der Interviewpartnerinnen und -partner bzw. der Trägerorganisationen findet sich im Anhang.

02

Den Menschen zuhören – methodisches Vorgehen und theoretische Perspektive

2. Den Menschen zuhören – methodisches Vorgehen und theoretische Perspektive

Als qualitative Erhebung mit transdisziplinären Elementen angelegt, möchte die Studie den involvierten Menschen Raum für ihre Erzählungen und Perspektiven geben. Es wurden 31 leitfadengestützte Einzelinterviews sowie drei Gruppendiskussionen durchgeführt. Wir verstehen dabei alle beteiligten Personen als Experten und Expertinnen, die Teil des Handlungsfeldes sind (Meuser/Nagel 2002: 73). In Einzelinterviews sprachen wir zunächst mit Verantwortlichen von migrantische Selbstorganisationen (MSO), wobei die Auswahl der befragten Personen darauf ausgerichtet war, die größten migrantischen Bevölkerungsgruppen in Reinickendorf über ihre aktiven Organisationen abzudecken. Hinzu kam eine Moscheegemeinde, um auch diese Perspektive mit einzubeziehen. Allerdings haben wir auf einen systematischen Einbezug religiöser Akteurinnen und Akteure verzichtet, da eine Abdeckung aller aktiver Gruppen in Reinickendorf den Umfang der Studie überschritten hätte. Eine zweite Gruppe bildeten Vertreterinnen und Vertreter von sozialen Trägern und Organisationen, die direkt oder indirekt im Feld aktiv sind. Dabei lag unser Augenmerk ebenfalls auf der Abdeckung des gesamten Bezirksraums sowie auf der Erfassung sozialer Gruppen: Kinder und Jugendliche, Familien, Senioren und Seniorinnen sowie Menschen mit Fluchterfahrung. Ebenso werden die relevanten Herkunftsregionen abgebildet. In einem dritten Schritt ergänzten wir die Daten mit Interviews von Akteurinnen und Akteuren, die erst im Verlauf der Erhebung an Bedeutung gewannen, wie beispielsweise Sportvereine. Um eine Innenperspektive aus der Verwaltung heraus zu gewinnen, sprachen wir mit fünf Verantwortlichen aus den für das Politikfeld relevanten Verwaltungseinheiten sowie mit der Beauftragen für Migration des Jobcenters Reinickendorf. Schließlich wurden Gespräche mit Vertretern und Vertreterinnen fünf politischer Parteien geführt.[2]

Ergänzend zu den Einzelinterviews wurden drei Gruppeninterviews durchgeführt. Eine Gruppe wurde auf der Grundlage von Kontaktdaten der quantitativen Studie **Vielfalt in Reinickendorf – Teil I** zusammengestellt. Alle Teilnehmenden kommen aus Ländern, die nicht dem **Globalen Norden**[3] zugeordnet werden, und leben unterschiedlich lange in verschiedenen Ortsteilen Reinickendorfs. Einige von ihnen haben Fluchterfahrungen. Eine weitere Gruppe – in der Mehrheit Frauen mit türkischem Migrationshintergrund[4] – wurde über den regelmäßigen Frauentreff in einem Frauen- und Mädchenzentrum rekrutiert. Die dritte Runde bildeten **Integrationslotsinnen** mit Migrationsgeschichte, die in Reinickendorf leben und arbeiten.

Die Interviews wurden paraphrasierend verschriftlicht und inhaltsanalytisch ausgewertet. Methodisch begreifen wir die erhobenen Daten nicht als alleinige Informationsquelle. Qualitative Daten präsentieren eine Version von Realität, eine mögliche Darstellung von Ereignissen, und müssen mit verfügbaren Quellen ergänzt, kontrastiert und präzisiert werden. Aus diesem Grund wurden veröffentlichte Dokumente, statistische Daten sowie Sekundärliteratur zur Untermauerung der Ergebnisse und Empfehlungen herangezogen. Die Resultate werden in verdichteter Form präsentiert, auf die wörtliche Zitation von Aussagen einzelner Interviewter wird weitestgehend verzichtet.

[2] Wir haben alle demokratisch in die Bezirksverordnetenversammlung gewählten Parteien angefragt, davon haben sich fünf bereiterklärt, mit uns zu sprechen, bzw. es hat sich eine Ansprechperson gefunden.

[3] Das Begriffspaar Globaler Norden und Globaler Süden möchte auf den konstitutiven Zusammenhang von Kolonialismus und der dadurch beeinflussten Wahrnehmung der Welt hinweisen. Die geopolitische Einteilung der Welt in den „Westen“ als Globaler Norden, der die sogenannten Industrieländer umfasst, und den „Rest“, – die weniger industrialisierten Länder als (Globaler Süden), geht einher mit der Differenzierung zwischen „entwickelten“ und „unterentwickelten“ Ländern. Dementsprechend sind die Personen, die aus den letzteren Weltregionen stammen, von der stigmatisierenden Wahrnehmung als die ‚Anderen‘ betroffen; diese geht oft mit stereotypen Zuschreibungen einher. Das Begriffspaar Globaler Norden und Globaler Süden möchte auf diesen Zusammenhang aufmerksam machen und für die zugrundeliegenden Konstruktionen und Stigmatisierungen sensibilisieren.

[4] Das PartMigG definiert die Zielgruppe als Personen mit Migrationsgeschichte wie folgt: „Als Personen mit Migrationsgeschichte gelten Personen mit Migrationshintergrund, Personen, die rassistisch diskriminiert werden, und Personen, denen nach eigenen Angaben ein Migrationshintergrund zugeschrieben wird. Diese Zuschreibung kann insbesondere an phänotypische Merkmale, Sprache, Namen, Herkunft, Nationalität und Religion anknüpfen. Eine Person verfügt über einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt“. (https://www.berlin.de/lb/intmig/themen/partizipation-in-der-migrationsgesellschaft/#FAQ).

Ergänzt wurde dieses klassische Vorgehen der qualitativen Feldforschung durch ein transdisziplinäres Element. Ganz im Sinne des Grundgedankens von transdisziplinärer Forschung, die darauf abzielt, gemeinsam mit Praxisakteuren und -akteurinnen neues Wissen zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zu generieren, wurde ein sogenannter Feedback-Loop durchgeführt. Dazu wurden die Interviewten eingeladen, ausgewählte Zwischenergebnisse zu diskutieren, zu ergänzen und zu korrigieren.[5] Dabei wurden Einschätzungen und Rückmeldungen zu strukturellen Herausforderungen in Bezug auf institutionalisierte Integrationsarbeit erbeten, womit methodisch die Handlungsorientierung der Studie gestützt wurde. Die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen sind zwar eng mit dem spezifischen Reinickendorfer Kontext verbunden, die Studie selbst beansprucht jedoch in ihren Schlussfolgerungen auch eine Gültigkeit über den Untersuchungsbezirk hinaus.

Die Ergebnisse sind dabei vor dem Hintergrund des Begriffs der gesellschaftlichen Teilhabe zu verstehen:

"Teilhabe – oder Partizipation – bedeutet dazugehören, dabei sein, mitgestalten: dazugehören zu, dabei sein in und mitgestalten von politisch verfassten Gemeinwesen und gesellschaftlich begründeten Gemeinschaften von Menschen.[...]Teilhabe bedeutet also die Möglichkeit, ein nach eigenen Vorstellungen erfülltes Leben zu leben, indem man in selbst gewählten Lebensbereichen mit anderen Menschen als Gleiche_r zusammen ist und sich an wesentlichen, das eigene Leben betreffenden Entscheidungen beteiligen und so über die eigene Zukunft mitentscheiden kann (Rudolf 2017: 13)."

Gesellschaftliche Teilhabe bedeutet also nicht allein, als zugehörig anerkannt zu werden. Vielmehr ist es ein wesentlicher Aspekt von gesellschaftlicher Teilhabe, aktiv Gesellschaft gestalten zu können. Dies kann im Kleinen, im Wohnhaus, in der Nachbarschaft stattfinden oder auch in größeren institutionalisierten Zusammenhängen. Allerdings kann gesellschaftliche Teilhabe nicht von den Individuen ausgehend gedacht werden, sondern muss als gemeinsam gestalteter und erlebter Prozess begriffen werden. Um gesellschaftliche Teilhabe für die Einzelnen zu gewähren, müssen wir alle mitgestalten. Für Menschen, die nicht qua Geburt über eine deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, werden die Möglichkeiten zu gesellschaftlicher Teilhabe wesentlich durch gesetzliche Vorgaben mitbestimmt. Damit bildet der – teils restriktive – ordnungspolitische Rahmen der Bundesrepublik Deutschland den Hintergrund, vor dem unsere Ergebnisse zu verstehen sind.

[5] Um einen Austausch zu gewährleisten, der auch eine kritische Sicht auf Verwaltungshandeln ermöglichte, wurde auf die Einladung von Vertreterinnen und Vertretern aus Behörden verzichtet.

03

Integrationspolitik zwischen den Instanzen: Bund, Senat und Bezirke

3. Integrationspolitik zwischen den Instanzen: Bund, Senat und Bezirke

Um die Handlungsspielräume kommunaler Integrationspolitik adäquat auszuloten, müssen diese innerhalb des föderalen Organisationsprinzips der Bundesrepublik verortet werden. Die wichtigsten rechtlichen Rahmenbedingungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene stellen wir im nächsten Abschnitt kurz vor.

3.1 Die Kompetenzen des Bundes

Wie in den meisten Politikfeldern besteht auch in der Integrationspolitik eine Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern sowie der kommunalen Ebene. Die Bundesebene gibt mit zentralen migrationspolitischen Entscheidungen und Gesetzen den Rahmen vor, die Bundesländer und Kommunen sind für die Umsetzung auf Verwaltungsebene zuständig. In den vergangenen zwei Dekaden kam es zu wichtigen Verschiebungen auf der Bundesebene. Mit dem **Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern** (kurz: Zuwanderungsgesetz) von 2004 erkennt die Bundesrepublik in gewissen Umfang die Notwendigkeit einer geregelten Zuwanderung und Arbeitsmigration an. Das Gesetz unterscheidet zwischen EU-Angehörigen sowie sogenannten Drittstaaten-Angehörigen und regelt die Aufenthaltsbedingungen. Daneben – und dies war ein historisches Novum – nimmt das Gesetz eine Zentralisierung der Integrationspolitik vor, indem es beispielsweise Vorgaben zu Sprach- und Integrationskursen macht. Damit verbleibt die Entscheidung über Einbürgerung, Staatsangehörigkeit und regelkonforme Aufenthaltsmöglichkeiten beim Bund. Zugleich wird den Ländern bzw. Kommunen als umsetzende Instanz im Feld der Integrations- und Sprachkurse die finanzielle Last abgenommen, da hierfür der Bund aufkommt. Flankiert wurde diese Richtungsentscheidung mit der Schaffung des **Bundesamts für Migration und Flüchtlinge** (BAMF) im selben Jahr. Das BAMF mit seinen über das Bundesgebiet verteilten Außenstellen entscheidet über die Anerkennung und damit den gesicherten Aufenthaltsstatus von geflüchteten und asylsuchenden Menschen. Darüber hinaus erhebt die Behörde eigene Daten, etwa im Rahmen des **Ausländerzentralregisters** (AZR), führt anwendungsorientierte Forschung durch und wirkt politikberatend. Damit verbleiben zentrale Entscheidungskompetenzen, die die kommunale Integrationspolitik begrenzen und Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben auf lokaler Ebene haben, beim Bund.[6] Die Länder steuern die Integrationspolitik vor allem über die Bereiche Kultur- und Bildungspolitik. Doch Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe sind wichtige Querschnittsthemen aller Ressorts der Länder und Kommunen. Diesbezüglich gilt das Land Berlin im bundesweiten Vergleich als fortschrittlich.

3.2 Berlin – Stadt der Vielfalt

Das Land Berlin setzte früh eigenständige Akzente in der Integrationspolitik und berief bereits 1981 auf Senatsebene die erste sogenannte Ausländerbeauftrage. Damit trug Berlin seiner durch Einwanderung geprägten Stadtbevölkerung Rechnung. Zu Beginn der 2000er Jahre gewann das Politikfeld verstärkt an öffentlicher wie politischer Bedeutung. Dementsprechend beschloss der Berliner Senat 2003 die Umbenennung des Amts der/des „Ausländerbeauftragten des Senats von Berlin“ in die aktuelle Amtsbezeichnung der/des „Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration" und setzte erstmals den Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen (kurz: Integrationsbeirat) ein.[7] Maßgeblich durch diesen mitentwickelt, wurde 2005 das erste Berliner Integrationskonzept vorgestellt. Gemeinhin als ein bundesdeutsches Beispiel bewertet, wird zumindest durch die Formulierungen die Perspektive auf Einwanderung verschoben: Weg von Integration und hin zu Vielfalt und Partizipation. Durchaus in Teilen inspiriert von der mit Beginn der 2000er Jahre in die Politik getragene unternehmerische Vielfaltskultur betont das Konzept den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Zusammenleben aller Menschen in der Stadt. Das bringt einen politischen Auftrag mit sich; denn "Integration kann sich […] nicht in der toleranten Anerkennung kultureller Vielfalt erschöpfen" (Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration 2005: 6). Vielmehr bedeute

"Integration, dass Einzelpersonen oder ganze Gruppen gleichberechtigte Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und der Artikulation ihrer Interessen erhalten und vor individueller und kollektiver Ausgrenzung geschützt werden. Integrationspolitik ist im Kern Herstellung von Chancengleichheit (Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration 2005: 6f)."

[6] Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Länder und Kommunen bzw. Bezirke Handlungsspielräume haben, auch und gerade in Hinblick auf Anerkennungs- und Einbürgerungsentscheidungen. So unterscheiden sich die Einbürgerungsquoten der Länder erheblich. Berlin liegt mit 1,75 % für 2020 am unteren Ende (www.destatis.de).

[7] Der Beirat wurde erst mit dem Integrations- und Partizipationsgesetz von 2010 dauerhaft institutionell verankert.

Auch die Stadtbezirke werden als politische Einheiten adressiert. Ihnen werden zumindest "mittelbar integrationspolitische Verpflichtungen" etwa im Bereich der Jugend- und Familienpolitik überantwortet. Doch erst das **Gesetz zur Regelung von Partizipation und Integration** (PartIntG)[8] von 2010 regelt die bezirkliche Integrationspolitik verbindlich und soll "Menschen mit Migrationsgeschichte die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens" (PartIntG § 1, Absatz 1) geben. Um dies zu gewährleisten, wurde den Bezirken verbindend die Einsetzung von Integrationsbeauftragen und Integrationsausschüssen auferlegt. Es wurde allerdings darauf verzichtet, eine verbindliche Festlegung hinsichtlich der finanziellen Ausstattung sowie der konkreten Kompetenzen der damals noch als Integrationsbeauftragten bezeichneten Stabsstellen festzuschreiben (Kösters 2011: 300). Das Gesetz machte auch inhaltlich wichtige Vorgaben, wie etwa die Aufforderung an die Bezirksbeauftragen, die Arbeit enger mit migrantischen Selbstorganisationen abzustimmen.

Mit der Neufassung des **Gesetzes zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft des Landes Berlin** (kurz: Partizipationsgesetz bzw. PartMigG)[9] von 2021 wurde die Stellung der Bezirksbeauftragen für Partizipation und Integration, wie sie nun bezeichnet werden, insofern gestärkt, als dass die Aufgaben und Befugnisse präzisiert wurden. Auch die Festschreibung einer **Landesarbeitsgemeinschaft der Bezirksbeauftragten für Partizipation und Integration**, der das Recht zugestanden wird, weisungsunabhängig Stellungnahmen zu veröffentlichen, wertet das Amt auf.

Darüber hinaus stützt das novellierte Gesetz die Arbeit der Bezirksbeauftragten für Partizipation und Integration dadurch, dass das Thema Diversität in der Verwaltung gesondert adressiert wird. Durch Förderpläne und konkrete Zielvorgaben für alle öffentlichen Stellen des Landes Berlin sollen die Verwaltungen diverser werden. Die Federführung für den Prozess liegt bei der **Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales**. Das **Partizipations- und Integrationsgesetz** präzisiert und erweitert damit das **Allgemeine Gleichstellungsgesetz** (AGG) des Bundes und ergänzt das **Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz** (LADG) von 2020. Letzteres soll Schutz vor Diskriminierung im Rahmen öffentlich-rechtlichen Handelns bieten sowie zur Herstellung und Förderung einer Vielfaltskultur beitragen. Die eigens hierfür eingerichtete unabhängige **Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung** soll durch Dokumentation und Ahndung diskriminierenden Handelns die Umsetzung des Gesetzes gewährleisten. In finanzieller Hinsicht unterstützt der Berliner Senat im Rahmen des seit 2014 aufgelegten **Partizipations- und Integrationsprogramms** private Träger im Feld. Thematisch ist das Programm offen konzipiert, so dass Träger vergleichsweise frei Akzente setzen können. Das Gesamtvolumen steigerte sich stetig auf voraussichtlich rund 3,3 Millionen Euro für das Jahr 2023.[10] Insgesamt wird die Ausrichtung des Programms im bundesweiten Vergleich gelobt, da vor allem migrantische Selbstorganisationen gefördert bzw. in die Projekte mit einbezogen werden sollen (Gesemann/Roth 2015: 107).

Allerdings spielen für die bezirkliche Integrationsarbeit die sogenannten **Bezirklichen Integrationsfonds** als Finanzierungsinstrument eine wichtigere Rolle. Seit 2016 verfügen die Bezirke über Mittel im Rahmen des **Gesamtkonzepts Integration und Partizipation Geflüchteter** des Berliner Senates zur Arbeit mit geflüchteten und neuzugewanderten Menschen. Die Integrationsfonds fördern die Ankommensstrukturen sowie die Nachbarschaftsarbeit und können sich an die jeweiligen bezirklichen Gegebenheiten flexibel anpassen. Damit bilden diese Mittel eine wesentliche Grundlage der bezirklichen Integrationsarbeit und ein wichtiges Instrument für die bezirkliche Partizipationsförderung und Unterstützung von Menschen mit Migrations- bzw. Fluchtgeschichte.

Das Bezirksamt Reinickendorf arbeitet mit unterschiedlichen Partnerinnen und Partnern in zahlreichen Projekten zusammen, das Budget beträgt für das Jahr 2022 ca. 598.000 Euro. Daraus werden Projekte finanziert, die eigentlich einer Regelfinanzierung bedürften. Beispielhalft sei hier die mobile Unterstützung und Beratung von geflüchteten und neuzugewanderten Menschen genannt, die keinen Platz in den Unterkünften für neuangekommene Personen finden, sondern stattdessen in Unterkünften für von Obdachlosigkeit bedrohte Personen unterkommen.[11] Da in den dortigen Regelstrukturen so gut wie keine Stellenanteile für Sozialarbeit vorgesehen sind, fehlt es weitestgehend an Unterstützung. Dieses Projekt füllt damit eine eklatante Lücke.

Der Integrationsfonds verfügt jedoch nicht über ein verstetigtes Budget und ist damit vor spürbaren Kürzungen oder gar seiner Abschaffung nicht geschützt. Folgerichtig können Projekte nur befristet finanziert und umgesetzt werden; der Aufbau langfristiger und nachhaltiger Strukturen wird erschwert. Insgesamt verhandeln Bezirke und Berliner Senat beständig über die angemessene Bereitstellung von Mitteln. In der Bundesrepublik Deutschland ist diesbezüglich das sogenannte Konnexitätsprinzip verankert, welches besagt, dass „die für eine Aufgabe zuständige staatliche Ebene (der Bund oder die Länder) auch für die Wahrnehmung der Aufgabe verantwortlich ist. D. h., dass die Aufgaben- und die Finanzverantwortung in einer Hand liegen müssen (»wer bestellt, bezahlt«)“ (vgl. Schubert/Klein 2020: o.S.). Auf dieser gesetzlichen Grundlage argumentieren die Berliner Bezirke parteiübergreifend gegenüber dem Senat, dass ihnen für die zugewiesenen Aufgaben gerade auch im Politikfeld Integration nicht die erforderlichen Mittel zugewiesen werden.

[8] Siehe https://gesetze.berlin.de/bsbe/document/jlr-PartIntergrGBE-rahmen.

[9] Siehe https://www.berlin.de/lb/intmig/themen/partizipation-in-der-migrationsgesellschaft/.

[10] Siehe https://www.berlin.de/lb/intmig/themen/projektfoerderung/.

[11] Bei diesen Unterkünften handelt es sich um Einrichtungen auf der Grundlage des Allgemeinen Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin, kurz Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) (siehe https://gesetze.berlin.de/bsbe/document/jlr-ASOGBE2006V49IVZ).

04

Zusammenleben gestalten: Der Bezirk Reinickendorf

04. Zusammenleben gestalten: Der Bezirk Reinickendorf

Das Zusammeneben von Menschen aus unterschiedlichen sozioökonomischen und soziokulturellen Gruppen wird in den Stadtvierteln gestaltet. Bund und Länder setzen zwar Rahmenbedingungen, doch letztlich wird Gesellschaft in den konkreten Lebenswelten von Menschen ausgehandelt. Vor diesem Hintergrund knüpfen wir den Integrationsbegriff nicht an die Ausgestaltung von Zusammenleben, da wir die Auffassung vertreten, dass dieses durch alle Menschen in ihrer Vielfältigkeit, ob jung oder alt, mit oder ohne Migrationsgeschichte, geleistet wird. Dementsprechend verwenden wir den Integrationsbegriff lediglich in Bezug auf das Politik- und Aktivitätsfeld Integration und sprechen in der vorliegenden Studie immer dann, wenn wir das Politikfeld meinen, von Integrationspolitik, institutionalisierter Integrationspolitik oder auch von im Feld der Integration Tätigen.

Die Einsicht, dass Zusammenleben nur im konkreten Alltag aller Menschen gestaltet wird, geht mit einer zunehmenden Institutionalisierung lokaler Integrationspolitik in Deutschland einher (Gesemann/Roth 2018: 2). Jenseits der institutionalisierten Integrationsarbeit sind es die kommunalen Netzwerke von Aktiven im Feld der Integrationspolitik, die einen entscheidenden Beitrag zu einem guten gesellschaftlichen Zusammenleben leisten. Dazu gehören die sozialen Träger und Initiativen, religiöse Akteurinnen und Akteure genauso wie Sport- und Kulturvereine, politische Parteien, Schulen und Kindergärten ebenso wie migrantische Selbstorganisationen. Daneben haben sich in Reaktion auf die Fluchtbewegungen aus Krisen- und Kriegsgebieten vielerorts sogenannte Willkommens-Netzwerke gebildet.[12]

Das lokale Gefüge der Akteurinnen und Akteure wie auch sozialräumliche und sozioökonomische Gegebenheiten bestimmen die Potentiale und Herausforderungen eines gelungenen Zusammenlebens. Aus diesem Grund müssen die Besonderheiten auf lokaler Ebene erfasst werden, um eine Partizipationsstrategie zu entwickeln, die unter den gegebenen Umständen und unter teils herausfordernden politischen Rahmenbedingungen die vorhandenen Ressourcen bestmöglich nutzt. In den folgenden Abschnitten werden wir den Bezirk Reinickendorf kurz porträtieren und die integrationspolitisch relevanten Strukturen und Akteurinnen und Akteure vorstellen.

4.1 Der Stadtraum Reinickendorf: Heterogene Lebenswelten am Rande Berlins

Der Bezirk Reinickendorf gliedert sich in elf Ortsteile, die sich hinsichtlich ihrer Fläche, ihrer Bevölkerungszahl und -dichte erheblich voneinander unterscheiden. So ist der überwiegend durch Forstbestand und Wasserflächen geprägte Ortsteil Tegel eine fast 17-mal so groß wieder der flächenmäßig kleinste, bis heute durch seine industriellen Anlagen charakterisierte Ortsteil Borsigwalde. Im bevölkerungsreichsten Ortsteil Reinickendorf, der dem Bezirk seinen Namen gibt, leben mehr als 16-mal so viele Menschen wie im Ortsteil Lübars. Der fast ländliche Charakter dieses Stadtteils wird deutlich, wenn man die Bevölkerungsdichte mit dem am dichtesten besiedelten Ortsteil des Bezirks, der ab den 1960er Jahren erbauten Großwohnsiedlung Märkisches Viertel, vergleicht. Diese liegt dort um ein 12-faches höher als in Lübars. Wie im Folgenden zu sehen sein wird, stehen diese teilweise extremen Unterschiede zwischen den Ortsteilen auch in enger wechselseitiger

[12] Die Initiative „Willkommen in Reinickendorf“ gründete sich bereits 2013 im Zuge einer Unterkunftseröffnung im Bezirk. Die überwiegend auf ehrenamtlicher Tätigkeit basierenden Zusammenschlüsse beteiligen sich aktiv an der Unterstützung von Geflüchteten und neuzugezogenen Menschen. Siehe http://wir-netzwerk.de/.

[13] Reinickendorf, Tegel, Konradshöhe, Heiligensee, Frohnau, Hermsdorf, Waidmannslust, Lübars, Wittenau, Märkisches Viertel und Borsigwalde.

Beziehung zu einigen der Hauptparameter der sozio-demographischen Situation des Bezirks, wie etwa dem Anteil der statistisch als migrantisch erfassten Bevölkerung, der Altersstruktur und der Wohnsituation.

Am 30. Juni 2023 lebten im Bezirk Reinickendorf 268. 261 Menschen.[14] Von diesen waren wiederum nach der Definitionen des Amts für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) gut jede/jeder sechste Deutsche mit einem Migrationshintergrund und so ist gut jede/jeder Fünfte in Reinickendorf ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Damit haben statistisch gesehen insgesamt gut 38% der Reinickendorferinnen und Reinickendorfer einen Migrationshintergrund (Abbildung 1),[15] was ungefähr dem berlinweiten Durchschnitt entspricht.

Unter den Herkunftsländern liegt die Türkei mit einem Anteil von fast einem Fünftel an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Bezirk Reinickendorf an erster Stelle. Jede achte Person mit Migrationshintergrund kommt aus arabischen Ländern wie beispielsweise Syrien. Es folgen die Länder der ehemaligen Sowjetunion und Polen mit einem Anteil von gut je einem Zehntel und die Länder des ehemaligen Jugoslawiens (Abbildung 2).

Abbildung 1: Einwohnende von Reinickendorf nach Migrationshintergrund (Stand 30.06.2023)

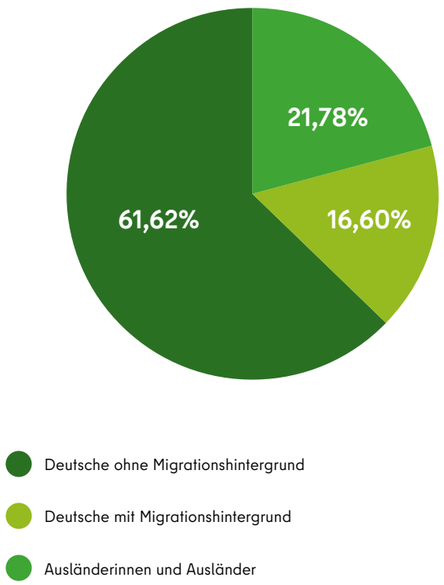
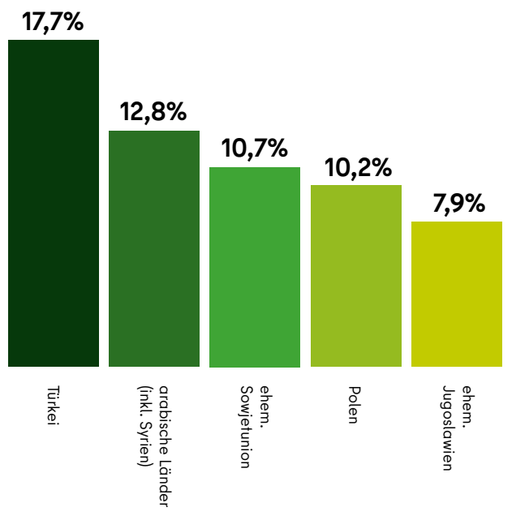


Abbildung 2: Anteil der Einwohnenden mit Migrationshintergrund in Reinickendorf nach den fünf größten Herkunftsgruppen (Stand 30.06.2023)



[14] Die hier angeführten Zahlen basieren auf Angaben des Statistischen Landesamtes Berlin-Brandenburg und der Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarktreport Agentur für Arbeit Berlin Nord November 2023.

[15] Da alle an dieser Stelle angeführten Zahlen auf offiziellen Statistiken basieren, übernehmen wir an dieser Stelle die Kategorisierungen. Das Amt für Statistik Berlin Brandenburg definiert wie folgt: Als ‚Ausländerinnen und Ausländer' werden Personen mit ausschließlich ausländischer oder ungeklärter Staatsangehörigkeit und Staatenlose gefasst, für die eine Meldepflicht besteht. Statistisch werden als ‚Deutsche mit Migrationshintergrund' die Personen angeführt, deren Geburtsland außerhalb Deutschlands liegt, die über eine doppelte Staatsangehörigkeit verfügen, Einbürgerungskennzeichen aufweisen oder im Inland geborene Kinder ausländischer Eltern sowie Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne eigene Migrationsmerkmale, aber mit Geburtsland außerhalb Deutschlands oder mit Einbürgerungskennzeichen zumindest eines Elternteils (AfS 2018). Wir werden in der weiteren Studie den Begriff ‚Migrationsgeschichte' analog zum PartMigG verwenden, da dieser den Personenkreis weiterfasst als der sogenannte Migrationshintergrund, wie er vom AfS statistisch definiert wird.

Bei der migrantischen Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit stellt die Türkei mit knapp 16% die größte Gruppe dar, gefolgt von den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens und Polen mit gut je 8 bis 10%. Zu den sechs häufigsten Herkunftsländern aller ausländischen Einwohnenden Reinickendorfs zählen zudem mit je 5 bis 6% Bulgarien, Syrien und Ukraine (Abbildung 3)[16].

Bei den Ortsteilen mit einem besonders hohen Anteil von Personen mit Migrationshintergrund ragen das Märkische Viertel und der Ortsteil Reinickendorf besonders heraus, denn jede zweite Person hat dort einen Migrationshintergrund. An dritter Stelle folgt der Ortsteil Waidmannslust mit gut 40%. Die bezirksweit höchsten Anteile von Einwohnenden mit Migrationshintergrund finden sich damit in jenen drei Ortsteilen, die auch die höchste Bevölkerungsdichte aufweisen. Am geringsten ist dieser Anteil in den Ortsteilen Frohnau, Heiligensee und Hermsdorf mit jeweils ca. einem Sechstel Personen mit Migrationshintergrund (Abbildung 4).

Abbildung 3: Anteil der Ausländerinnen und Ausländer in Reinickendorf nach den sechs größten Herkunftsgruppen (Stand 30.06.2023)

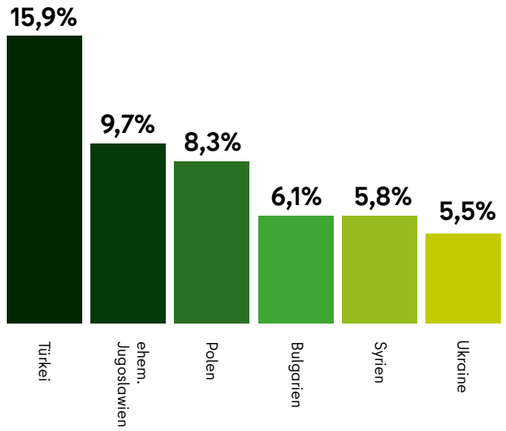
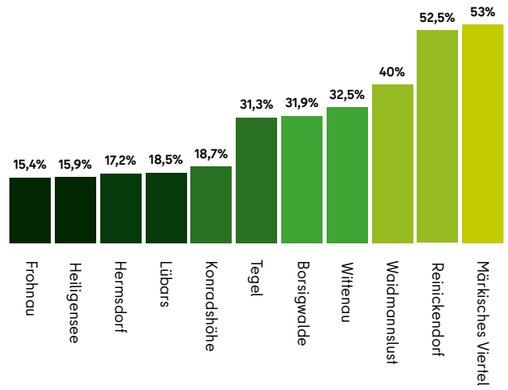


Abbildung 4: Anteil der Einwohnenden mit Migrationshintergrund nach Reinickendorfer Ortseilen am 30.06.2023



[16] In der vorliegenden Studie wird der Begriff der Einwohnerin/Einwohner bzw. Reinickendorferin/Reinickendorfer anstelle des Bürger/Bürgerinnen-Begriffs genutzt. Damit soll darauf verwiesen werden, dass viele Menschen mit Migrationsgeschichte keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Damit sind sie im politikwissenschaftlichen Sinne keine Bürgerinnen und Bürger, da ihnen neben verschiedenen Nachteilen gegenüber deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern auch kein umfassendes aktives und passives Wahlrecht zukommt.

In der Gesamtschau kann festgestellt werden, dass insbesondere jene Ortsteile mit einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte zu den Bezirksgebieten mit durchschnittlich jüngerer Bevölkerung zählen. Besonders deutlich zeigt sich dies im Märkischen Viertel, in dem 2023 gut drei Viertel der unter 18-Jährigen einen Migrationshintergrund haben. Für Gesamtreinickendorf liegt dieser Anteil bei knapp 60%.

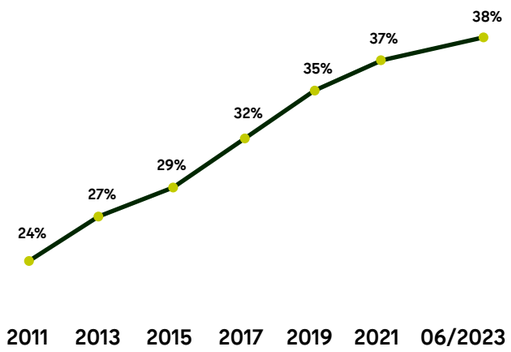
In Bezug auf die Wohnlage differiert der Bezirk Reinickendorf deutlich von der Gesamtstadt. Fast die Hälfte (49%) der Bezirksbevölkerung lebt in „einfacher Wohnlage“[17], während dieser Anteil berlinweit bei 32% liegt. Gut 38% der Reinickendorferinnen und Reinickendorfer leben hingegen in „mittlerer Wohnlage“ (berlinweit 48%) und nur gut 12% in „guter Wohnlage“ (berlinweit 18%). Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist von dieser Ungleichverteilung in besonderem Maße betroffen: So leben 2023 mehr als zwei Drittel der Menschen mit Migrationshintergrund in Reinickendorf in „einfacher Wohnlage“ und unter 6% von ihnen in „guter Wohnlage“.[18]

Im August 2023 lag die Arbeitslosenquote in Reinickendorf bei 9,6%. Gut 44% aller als arbeitslos gemeldeten Personen, die im Bezirk Reinickendorf von Erwerbslosigkeit betroffen sind, weisen eine ausländische Staatsangehörigkeit auf. Der in Berlin und Reinickendorf hohe Anteil an erwerbslosen Ausländerinnen und Ausländern lässt sich in den letzten beiden Jahren u.a. mit dem starken Zuzug von geflüchteten Personen aus der Ukraine erklären, die kurz nach ihrer Ankunft in Deutschland häufig nicht sofort in Arbeitsverhältnisse gelangen (können).

Auch in Reinickendorf wurden in den vergangenen Jahren Unterkünfte für geflüchtete Menschen aufgebaut. Neben diesen aktuell fünf Geflüchtetenunterkünften liegen die beiden zentralen Ankunftszentren des Landes Berlin im Bezirk Reinickendorf: Für Asylsuchende auf dem Gelände der ehemaligen Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik und ein 2022 neu geschaffenes Ankunftszentrum für Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine im ehemaligen Flughafen Tegel. Damit liegen alle Unterkünfte in Ortsteilen, die stärker durch Zuwanderung geprägt sind als die Ortsteile in Randlage. Darüber hinaus sind viele Personen mit Flucht- bzw. Migrationsgeschichte auch in anderen Unterkünften für von Obdachlosigkeit bedrohte Personen untergebracht, da sie aufgrund des sehr angespannten Wohnungsmarktes in Berlin oft keinen eigenen Wohnraum anmieten können und dadurch sogar nach Erhalt eines Aufenthaltstitels in Unterkünften für Asylbewerberinnen und Asylbewerbern verbleiben müssen. Momentan sind ca. 10 000 geflüchtete Menschen in Unterkünften in Reinickendorf untergebracht.

Insgesamt hat die Diversität als gelebte Realität im Bezirk Reinickendorf zugenommen. So stieg der Anteil der im Bezirk ansässigen Menschen mit Migrationsgeschichte in den letzten zwölf Jahren um insgesamt gut 14 Prozentpunkte an: 2011 noch hatte jede vierte Person in Reinickendorf einen Migrationshintergrund; 2023 liegt dieser Anteil bei über 38% (siehe Abbildung 5). Die Zahlen belegen, dass Reinickendorferinnen und Reinickendorfer mit Migrationsgeschichte den Bezirk auch zukünftig weiterhin mitprägen werden.

Abbildung 5: Entwicklung des Anteils der Einwohnenden mit Migrationshintergrund in Reinickendorf von 2011 bis Juni 2023



[17] Als „einfache Wohnlage“ definiert das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: „In Gebieten des inneren Stadtbereichs mit überwiegend geschlossener, stark verdichteter Bebauung mit sehr wenigen Grün- und Freiflächen, überwiegend ungepflegtem Straßenbild und/oder schlechtem Gebäudezustand (z.B. Fassadenschäden, unsanierte Wohngebiete). […] In Stadtrandlagen in Gebieten mit erheblich verdichteter Bauweise oder mit überwiegend offener Bauweise, oft schlechtem Gebäudezustand (z.B. Fassadenschäden, unsanierte Wohngebiete), ungepflegtem Straßenbild (z.B. unbefestigten Straßen), ungünstigen Verkehrsverbindungen und wenigen Einkaufsmöglichkeit“ (AfS Berlin-Brandenburg 2011: 4).

[18] Definitionen „einfache Wohnlage“ und „gute Wohnlage“ siehe AfS Berlin-Brandenburg 2011: 4.

4.2 Integrationspolitik in Reinickendorf

Fast alle Westberliner Bezirke installierten im Verlaufe der 1980er Jahre sogenannte Ausländerbeauftragte. Auch die Ostberliner Bezirke maßen dem Politikfeld eine wichtige Bedeutung bei, weshalb sie zum Teil noch vor der Wiedervereinigung ebenfalls entsprechende Stabsstellen einrichteten. Der Bezirk Reinickendorf stellt insofern neben dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf einen Sonderfall dar, als die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) erst nach Erlass des **Integrations- und Partizipationsgesetzes** von 2010 das Amt einer Integrationsbeauftragten oder eines Integrationsbeauftragten- die Umbenennung erfolgte berlinweit sukzessive in den 1990er Jahren - zustimmte. Die im Gesetz vorgesehene Einrichtung eines Migrationsbeirates wird in der aktuellen Legislaturperiode umgesetzt.

Integrationspolitik im Bezirk umfasst neben der Bezirkspolitik, den politischen Parteien und den Verwaltungseinheiten respektive Behörden und Institutionen wie beispielsweise der Volkshochschule ein sehr aktives Feld an sozialen Trägern, Initiativen, Sportvereinen, Schulen und Kitas, religiösen Einrichtungen und migrantischen Selbstorganisationen. Wenn wir von Akteurinnen und Akteuren sprechen, meinen wir ebendiesen sehr heterogenen Teil an Institutionen und Organisationen, die teils direkt, teils eher indirekt bezirkliche Integrationspolitik (mit)gestalten. Innerhalb dieses Netzwerks übernimmt die **Bezirksbeauftragte für Partizipation und Integration** eine wichtige Mittlerinnenrolle zwischen Zivilgesellschaft, Bezirkspolitik und Bezirksverwaltung.

Das Zusammenleben in den Stadtteilen wird von vielen der von uns Interviewten insgesamt positiv bewertet. Auch die von uns befragten Reinickendorferinnen und Reinickendorfer mit Migrationsgeschichte betonten, dass der Bezirk für sie eine hohe Lebensqualität biete. Vielen unserer Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern war es ein Anliegen zu betonen, dass gerade auch in Reinickendorf, dem als Bezirk im Berliner Vergleich gerne ein wenig Rückschrittlichkeit zugeschrieben wird, vielfältige Aktivitäten in Bezug auf Partizipation, Teilhabe und das Zusammenleben entfaltet werden und ein produktives Klima der Zusammenarbeit zwischen den Akteurinnen und Akteuren überwiege. Insbesondere die zentrale Rolle der **Bezirksbeauftragten für Integration und Partizipation** sowie der Mitarbeitenden der Stabsstelle wurden dabei immer wieder positiv hervorgehoben. Doch auch persönliches Engagement ist immer an einen Handlungsrahmen gebunden. Um die Handlungsoptionen des Büros für Partizipation und Integration als Verwaltungseinheit ausloten zu können, wollen wir im Folgenden kurz das Tätigkeitsfeld skizzieren.

4.3 Die Arbeit des Büros für Partizipation und Integration

Die Stabstelle für Integration und Partizipation wurde in Reinickendorf im Jahr 2010 fest installiert. Neben dem Amt der Beauftragten für Integration und Partizipation selbst sind vier weitere Mitarbeitende mit jeweils verschiedenen Schwerpunktthemen (Fördermittelmanagement und Öffentlichkeitsarbeit; Neuzuwanderung Fokus Flucht und Asyl; Neuzuwanderung Fokus Süd-Ost-Europa; Mehrsprachigkeit, migrationsgesellschaftliche Öffnung und Partizipation) betraut. Des Weiteren steht eine Verwaltungsmitarbeiterin zur Verfügung. So ist das Büro für Partizipation und Integration Reinickendorfs eines der größten in Berlin und hat als einziges eine volle Stelle mit Fokus auf EU-Zuwanderung. Mit dem PartMigG von 2021 wurden alle Stabsstellen für Integration und Partizipation den Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister unterstellt. Das Gesetz legt unter §16 **Bezirksbeauftragte für Partizipation und Integration** ebenfalls die Aufgaben der Stabsstelle fest. Diese wirkt abteilungsübergreifend und fachlich eigenständig und muss bei allen Vorhaben, die das Arbeitsfeld Menschen mit Migrationsgeschichte berühren, beteiligt werden. In Absatz 3 des Gesetzes werden verschiedene Aspekte konkretisiert: Unter anderem ist sie Ansprechpartnerin für Menschen mit Migrationsgeschichte und deren Organisationen und soll unterstützen, die bezirkliche Willkommens- und Ankommenskultur zu fördern und in die Verwaltung selbst hineinwirken.

Ein wichtiges Element zur Erfüllung der verschiedenen Aufgaben bilden dabei verschiedene Netzwerkrunden und Foren. Zunächst ist hier das **Forum Neuzuwanderung Reinickendorf** zu nennen. Dieses ist offen für alle interessierten und engagierten Fachkräfte und Expertinnen und Experten im Bereich Migration, Zuwanderung, Integration und Partizipation im Bezirk Reinickendorf und findet einmal im Quartal als Austausch- und Netzwerkforum statt. Darüber hinaus gibt es regelmäßige themenspezifische Austauschrunden wie die **AG Flucht und Asyl** mit dem speziellen Fokus auf geflüchtete Menschen, die Unterkunftsrunde mit Vertreterinnen und Vertretern aller Unterkünfte für geflüchtete Personen im Bezirk und die **AG Süd-Ost-Europa**. Zusätzlich zu diesen fest etablierten Runden wurden bzw. werden anlassbezogene Treffen organisiert, beispielsweise anlässlich der kriegsbedingten Zuwanderung aus der Ukraine oder zum Thema Covid-19.

Neben diesen vielfältigen Tätigkeiten, die die bezirklich Engagierten im Feld adressieren, werden Aktivitäten in Bezug auf die Verwaltung selbst und in Kooperation mit anderen Verwaltungseinheiten entfaltet. Ein wichtiges Betätigungsfeld bilden dabei die unterschiedlichen Formate zur internen Weiterbildung, sogenannte Fachtage und Workshops. Schon seit mehreren Jahren werden regelmäßig Weiterbildungsformate zu Diversity und interkultureller Kompetenz angeboten, in den vergangenen Jahren auch verstärkt in Bezug auf Antiziganismus und Rassismus. Aktuell von gesonderter Bedeutung für die diversitäts-

sensible Weiterentwicklung des Reinickendorfer Bezirksamtes war die Initiierung eines Projektes im Rahmen der integrationspolitischen Leitinitiative **Berlin braucht Dich! Diversität verankert: systemisch-vernetzt**.[19] Dabei wird das Bezirksamt Reinickendorf ein Jahr lang, moderiert durch einen externen Träger, zu Fragen der diversitätsorientierten Öffnung der Verwaltung – hier insbesondere in Bezug auf Fortbildungen und interne Kommunikation – begleitet.

Daneben werden fortlaufend jeweils aktuelle Herausforderungen und Bedarfe aufgegriffen. So wurden beispielsweise für MSO und mehrsprachige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren verschiedene Informationsangebote zum Thema Covid-19 und Impfungen aufgelegt.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass es regelmäßig und mehrmals im Jahr größere und kleinere Angebote gibt, die sich intern an die Verwaltungseinheiten richten oder extern spezifische Zielgruppen adressieren. Hinzu kommen Formate für die interessierte Öffentlichkeit. Neben den Informationsveranstaltungen und der Netzwerkarbeit bildet die Konzeption, Ausgestaltung und Bereitstellung von Informationsmaterial ein weiteres Betätigungsfeld. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Vielsprachigkeit gelegt. So wurde beispielsweise die Broschüre **Ankommen im eigenen Zuhause** in acht Sprachen übersetzt. Auch auf den plötzlichen Zuzug von Menschen aus der Ukraine wurde umgehend reagiert, das Büro für Partizipation und Integration erwirkte die Einstellung von 12 Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern sowie die Erstellung und Übersetzung einer (online) Informationssammlung für geflüchtete Menschen aus der Ukraine. Des Weiteren wird unter der Leitung des Büros für Partizipation und Integration aktuell ein Leitfaden zum Einsatz von Sprachmittlung im Bezirksamt entwickelt. Die Grundlagen hierfür wurden in einem gemeinsamen Workshop mit Expertinnen und Experten für Übersetzungs- und Dolmetschertätigkeiten und Mitarbeitenden aus verschiedenen Fachabteilungen ausgearbeitet.

Einen weiteren wichtigen Arbeitsbereich bildet die Koordination des Integrationsfonds in Reinickendorf sowie generell die Konzeption und Durchführung von Projekten bzw. das Engagement in Projektkooperationen. Neben der Koordination des bezirklichen Integrationsfonds setzt das Büro verschiedene eigene Projekte um. Darunter befindet sich unter anderem die aufsuchende Sozialarbeit von Trägern in den bereits erwähnten Unterkünften für von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen. In diesen oftmals umgangssprachlich als Hostels bezeichneten Häuser kann meistens keine eigene Sozialbetreuung vor Ort bereitgestellt werden. Wie wichtig diese direkten Interventionen des Büros für Integration und Partizipation sind, betont auch die Bezirksverordnete der CDU und verweist auf eine erfolgreiche Projektarbeit (Projekt „Bunte 111“ in der Scharnweberstr.) in Privathäusern mit überdurchschnittlich hoher Wohnraumauslastung durch zugezogene Menschen aus Süd-Ost-Europa. Weitere Beispiele wären eine Wohnraumberatung und verschiedene Förderungsmaßnahmen für MSO. Auch werden regelmäßig externe Projektmittel eingeworben und umgesetzt, wie z.B. bei dem durch den Berliner Senat aufgelegten Förderprogramm **Freiwilliges Engagement in Nachbarschaften** (FEIN). Von gesonderter Bedeutung ist die Einwerbung von Mitteln aus dem Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP). Lediglich zwei Berliner Bezirken ist es in den vergangenen Jahren gelungen, Gelder einzuwerben und die Projekte zu verwalten und umzusetzen – Reinickendorf ist einer davon. Dem Büro für Partizipation und Integration stehen leider keine eigenen Projektmittel aus Haushaltsgeldern zu Verfügung, weshalb das kompetitive Einwerben von Mitteln notwendig ist. Damit sind die inhaltlichen Gestaltungsspielräume begrenzt, da keine eigenen Akzente über freie Mittel gesetzt werden können. Das Büro für Partizipation und Integration beteiligt sich darüber hinaus an wissenschaftlichen Projekten im Rahmen von Kooperationen mit Universitäten und Hochschulen.[20]

Zusätzlich zu diesen stärker inhaltlich und an bestimmte Gruppen gerichteten Aktivitäten initiiert das Büro für Partizipation und Integration diverse Veranstaltungen im Bereich Kultur und Begegnung und beteiligt sich an deren Durchführung. Federführend wird neben dem jährlichen Begegnungsfest auch die Interkulturelle Woche in Zusammenarbeit mit der **Volkshochschule Reinickendorf** und der bezirklichen **Partnerschaft für Demokratie** mit mehr als 70 Veranstaltungen organisiert. Dabei sind diese Veranstaltungen nicht rein kulturpolitisch zu begreifen. Vielmehr werden ebenfalls gesellschaftspolitische relevante Themen wie rassistische Stereotypisierungen und Vorurteile gegen bestimmte soziale Gruppen thematisiert. Aus unserer Sicht wird an dieser Stelle die wichtige Rolle von institutionalisierter Partizipationsarbeit auf bezirklicher Ebene einmal mehr deutlich.

[19] Siehe https://www.bqn-berlin.de/projekte/berlin-braucht-dich/.

[20] Von 2016 bis 2022 führte das Bezirksamt zwei Forschungsprojekte mit der Fachhochschule Erfurt durch (siehe https://isp.fh-erfurt.de/straing).

05

Vielfalt als gesellschaftliche Aufgabe: Ausgewählte Handlungsfelder

5. Vielfalt als gesellschaftliche Aufgabe: Ausgewählte Handlungsfelder

5.1 Wie Teilhabe beschränkt wird: Rassismus und Diskriminierung

Gesellschaften sind durch als gegensätzlich verstandene Zuordnungen wie Mann/Frau, alt/jung, nicht behindert/behindert oder auch zugehörig/nicht zugehörig, ohne Migrationsgeschichte/mit Migrationsgeschichte strukturiert, die Ungleichheiten begründen und nur schwer zu überwinden sind. Auch das Zusammenleben in Reinickendorf ist nicht frei davon. Für die vorliegende Studie ist insbesondere Rassismus als ein solches gesellschaftliches Moment relevant, weshalb wir an dieser Stelle dazu kurz einige Grundgedanken formulieren.

Rassismus artikuliert sich auf individueller und kollektiver Ebene, findet sich verfestigt in Strukturen, Institutionen und Organisationen und wird zum Teil sogar durch Gesetzgebungen festgeschrieben. Dabei werden Menschen entlang biologischer, religiöser, kultureller oder anderer Merkmale in vermeintlich homogene Gruppen eingeteilt. Es werden ihnen unveränderbare 'Wesens- und Charakterzüge' zugeschrieben, auf deren Grundlage sie bewertet werden: „Rassismus ist ein gesellschaftliches und soziales Phänomen und dient u. a. auch der vermeintlichen Legitimation bestehender oder der Erzeugung neuer Ungleichheiten" (Bundesministerium des Innern/Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2017: 8). Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit und Rassismus gegen People of Color sind die häufigsten Ausdrucksformen von Rassismus in Deutschland. Dabei stellt Rassismus leider ein Hindernis für die gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte dar.

Die **Registerstelle Reinickendorf** dokumentiert diskriminierende Vorfälle im Bezirk und veröffentlicht jährlich einen Bericht dazu (siehe für die letzten drei Jahre: Register Reinickendorf 2021, 2020, 2019). Viele der gemeldeten Vorfälle finden im öffentlichen Raum, also auf Straßen, Plätzen in Schulen sowie Geschäften statt. Antimuslimischen Rassismus, Rassismus gegen People of Color sowie Antisemitismus als Motiv werden regelmäßig dokumentiert. Es ist davon auszugehen, dass die Zahl der nicht gemeldeten Vorfälle und damit die Dunkelziffer höher liegt. Dies kann verschiedene Gründe haben. Viele Einwohnenden kennen die Registerstelle nicht und mit einer Mitarbeiterin müssen die Kapazitäten für Öffentlichkeitsarbeit begrenzt bleiben. Zugleich zögern Betroffene aus vielerlei Gründen, Vorfälle zu melden, etwa, weil sie Nachteile befürchten oder weil sie keinen Sinn in einer offiziellen Meldung sehen. Darüber hinaus empfinden viele Menschen in Reinickendorf, die mit Rassismus konfrontiert sind, dies als Teil ihres alltäglichen Lebens und erachten gerade alltagsrassistische Vorfälle nicht als dokumentationswürdig. Letzteres bestätigen die von uns interviewten Reinickendorferinnen und Reinickendorfer mit Migrationsgeschichte.

Antiziganistische Vorfälle in Reinickendorf werden von der Dokumentationsstelle des transkulturellen Jugendverbands **Amaro Foro** registriert.[21] Nach **Amaro Foro** sind 2016, 2017 und 2019 antiziganistische Vorfälle im Bezirk zu verzeichnen. Im Bericht von 2017 werden diese ausführlicher beschrieben. Vier Vorfälle wurden im öffentlichen Raum, ein Vorfall beim Zugang zu medizinischer Versorgung, drei beim Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und ein weiterer in Konfrontation mit der Polizei registriert (Amaro Foro e.V. 2017). Die Mitarbeitenden von zwei Beratungsstellen, die mit benachteiligten zugewanderten Familien der Roma-Communities arbeiten, teilten mit, dass ihre Klientinnen und Klienten regelmäßig von antiziganistischen Erfahrungen in Schulen, in Behörden und im Jobcenter berichten.

Zum negativen Bild von Geflüchteten, Menschen mit Migrationsgeschichte, mit unterschiedlichen religiösen Hintergründen und von Angehörigen der Sinti und Roma-Communities hat nach Meinung verschiedener Interviewten u.a. der bundesweite Aufstieg der Partei „AfD" geführt. Die Partei ist auch im Bezirk Reinickendorf präsent und mittlerweile in der Bezirksverordnetenversammlung vertreten. Vor allem die Verschiebung des Sagbaren bringen verschiedene Interviewte mit der Präsenz und dem Agieren der AfD in der Bezirksverordnetenversammlung

[21] Amaro Foro definiert Antiziganismus in Anlehnung an die Arbeitsdefinition der Internationalen Allianz gegen Antiziganismus wie folgt: „Antiziganismus ist ein historisch hergestellter stabiler Komplex eines gesellschaftlich etablierten Rassismus gegenüber sozialen Gruppen, die mit dem Stigma „Zigeuner" oder anderen verwandten Bezeichnungen identifiziert werden. Er umfasst: eine homogenisierende und essenzialisierende Wahrnehmung und Darstellung dieser Gruppen; die Zuschreibung spezifischer Eigenschaften an diese; vor diesem Hintergrund entstehende diskriminierende soziale Strukturen und gewalttätige Praxen, die herabsetzend und ausschließend wirken und strukturelle Ungleichheit reproduzieren" (https://amaroforo.de/2020/10/21/antiziganismus/).

in Verbindung. Sie empfinden es so, dass sie von den alteingesessenen Reinickendorferinnen und Reinickendorfern nun weniger selbstverständlich als Einwohnerinnen und Einwohner akzeptiert werden als noch vor einigen Jahren. Im Rahmen dieser Studie können diese Aussagen nicht belastbar belegt werden. Gleichwohl werden die gesellschaftlichen Auswirkungen der wiederholten öffentlichen Verwendung diskriminierender und historisch belasteter Begrifflichkeiten nicht angezweifelt:

„Einerseits werden, wenn die ständige Wiederholung sanktionsfrei bleibt, die Grenzen des Sagbaren nach rechts verschoben: Denn – so schreibt bereits Victor Klemperer –: „Worte können sein wie winzige Arsendosen: sie werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da." (Klemperer 1947/2007: 26) Andererseits kann mit der Verwendung solcher Wörter mit Schlagwort-Status Zustimmungsbereitschaft bei einem Publikum evoziert werden, das eher außerhalb des demokratischen Spektrums verortet werden kann. (Nier 2017)."

Die alltäglichen Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen werden in der überwiegenden Mehrheit nicht bei der Registerstelle gemeldet, weshalb es schwierig ist, eine belastbare Einschätzung dazu vorzunehmen. Im Rahmen dieser Studie kann nicht ermittelt werden, welches Ausmaß Rassismus und Diskriminierung gegen Menschen mit Migrationsgeschichte tatsächlich annimmt. Auffallend ist dennoch, dass zahlreiche Interviewte auf grundlegende rassistische Strukturen als Hindernis für gelebte Vielfalt und Integration verwiesen, ohne dass wir explizit danach gefragt hätten. Auch finden sich über die Interviews hinweg Hinweise darauf, dass sich das alltägliche gesellschaftliche Klima mit dem Erstarken rechter Parteien in Hinblick auf Alltagsrassismus verändert hat.[22]

Um sich gegen Diskriminierung zu wehren, stehen den Bewohnenden Berlins primär drei Rechtsinstrumente zur Verfügung. Erstens das Grundgesetz, das durch Artikel 3 Diskriminierung verbietet. Zweitens das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das allerdings auf das Zivil- und Arbeitsrecht beschränkt ist und damit beispielsweise den öffentlichen Bildungssektor nicht umfasst. Und drittens das 2020 verabschiedete Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG), das auf den öffentlichen Verwaltungsapparat fokussiert. Damit fungiert das LADG als notwendige Ergänzung zum AGG, allerdings schließt sein Geltungsbereich die Jobcenter als gemeinsame Einrichtung von Bund und Ländern aus. Die Einschätzungen unserer Interviewpartnerinnen und -partner korreliert hier mit verschiedenen Studien, die belegen, dass Personen mit Migrationsgeschichte und Geflüchtete häufig Diskriminierungen durch Mitarbeitende des Jobcenters erfahren (siehe die im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes durchgeführte umfangreiche Studie in diesem Feld Beigang et al. 2017; ebenso Sozialfabrik e.V. et al. 2020: 18ff spezifisch zu Angehörigen der der Sinti und Roma-Communities).

Insgesamt ist es wichtig der Tatsache Rechnung zu tragen, dass Rassismus und Diskriminierungen gesamtgesellschaftliche Phänomene sind und damit alle gesellschaftlichen Bereiche in Reinickendorf, Berlin und Deutschland durchziehen. Vor diesem Hintergrund müssen auch die vorgestellten Studienergebnisse gelesen werden.

5.2 Vielfalt in Verwaltungen und Institutionen in Reinickendorf

In Deutschland begegnen Menschen staatlicher Regulierung vor allem in Form von Bürokratien und Institutionen. Viele empfinden das Durchdringen des Geflechts an Verwaltungseinheiten und bürokratischen Vorgängen als unübersichtlich und überfordernd. Diese Problematik stellt eine Herausforderung nicht nur für neuzugezogene Menschen dar, es kämpfen vielmehr unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen mit der bundesdeutschen Verwaltungsrealität. Im Rahmen unserer Studie kristallisierten sich Verwaltungsorgane und Behörden sowie die Bildungsinstitutionen Schule und Kindertagesstätten als neuralgische Punkte für die Sicherung von gesellschaftlicher Teilhabe vulnerabler Gruppen aus.

[22] Diese Wertung wurde von verschiedenen MSO und Beratungsstellen sowie in der Fokusgruppe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte vorgebracht.

Verwaltungshandeln in Reinickendorf

Das Bezirksamt in Reinickendorf als zentrale Verwaltungsbehörde besteht aktuell aus 19 Fachämtern. Integrationspolitik berührt als Querschnittsaufgabe zunächst die Bürgerämter, das Jugendamt, das Gesundheitsamt, das Standesamt, das Amt für Soziales, das Amt für Wohnen und das Amt für Weiterbildung und Kultur mit dem Bereich Sprachbildung. Aber auch die Felder Stadtentwicklung und Sport weisen starke Überschneidungen auf. Damit wird deutlich, wie umfassend die Kompetenzen und Aktivitäten des Bezirksamtes sind. Der regelmäßige Umgang mit der Verwaltung ist für die Einwohnenden Reinickendorfs und zumal für neuzugezogene Personen, die oftmals umfangreichere Anliegen haben, unvermeidlich.

Bevor wir im Detail auf das Verwaltungshandeln der einzelnen Fachämter eingehen, möchten wir zunächst auf das Bezirksamt als Ganzes und das Rathaus als Ort der Repräsentation des Bezirks Reinickendorf eingehen. Die Menschen mit Migrationsgeschichte, mit denen wir gesprochen haben, wünschen sich das Rathaus als einen Ort, der Einwohnernähe vermittelt und die Vielfalt der Reinickendorfer Einwohnerinnen und Einwohner anerkennt. So regten die Befragten zum Beispiel eine mehrsprachige Beschilderung an. Dementsprechend wurden die kürzlich angebrachten Piktogramme als Orientierungshilfe begrüßt. Symbolische Veränderungen, etwa in der Bebilderung von Broschüren, in Aushängen im Rathaus, durch kulturelle Aktivitäten wie Ausstellungen an diesem öffentlichen Ort transportieren Anerkennung und Wertschätzung von Diversität.

Die von uns Interviewten schilderten mehrere Aspekte der Kommunikation mit der Kommunalverwaltung: Barrierefreiheit von Dokumenten, Sprach- und Kommunikationshindernisse, interkulturelle Sensibilität und Diskriminierungserfahrungen. Darauf gehen wir im Folgenden näher ein.

Zunächst einmal stellt die deutsche Verwaltungssprache eine Herausforderung selbst für viele Einwohnende, deren Erstsprache Deutsch ist, dar. Damit wird eine erhebliche Hürde in der Interaktion Mensch-Verwaltung aufgebaut. Gerade aus intersektionaler Perspektive[23] ist dies ein dringliches Problem – Formulare müssten in einfacher Sprache vorliegen und in vereinfachter Form übersetzt werden. Direkte Übersetzungen, wie sie beispielsweise für viele Dokumente im Rahmen von Aufenthaltsverfahren vorliegen, sind in diesem Fall nicht ausreichend, weil die schwer zugänglichen Formulierungen des deutschen Verwaltungs- und Rechtssystems selbst die Barriere darstellen. Diese unbestreitbare Tatsache liegt zunächst einmal nicht in bezirklicher Verantwortung und lässt sich somit nicht auf dieser Entscheidungsebene beheben. Gleichwohl diffundieren Erfahrungswissen und Kritik, solche Anregungen können weitergetragen und an übergeordnete Stellen übermittelt werden.

Auch wenn Übersetzungen nicht das Allheilmittel des barrierearmen Zugangs sind, so bleibt sprachliche Vielfalt doch ein zentrales Element, um gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und gesellschaftliche Vielfalt positiv zu adressieren. Unsere Interviewten wünschten sich dies in zweierlei Hinsicht. Zum einen würden internationale Sprachkompetenzen bei Sachbearbeitenden die Kommunikation erheblich vereinfachen. Dies sollte bei der Personalrekrutierung noch stärkere Berücksichtigung finden. Verschiedene Möglichkeiten müssten hier in Betracht gezogen werden: Sprachkompetenzen könnten ein zusätzliches Auswahlkriterium bei der Einstellung von Personal wie auch bei Auszubildenden sein. Des Weiteren könnte die Bereitschaft, sich in Hinblick auf Sprachkompetenzen – etwa in Bezug auf Englisch – weiterzubilden, ebenfalls als positives Einstellungskriterium herangezogen werden. Zum anderen sollte auch in Bezug auf die digitale Kommunikation eine Ausweitung hinsichtlich Mehrsprachigkeit angestrebt werden. Dies betrifft vor allem die Webseite des Bezirksamtes Reinickendorf (wie selbstverständlich alle Webseiten des bundesdeutschen Verwaltungsapparates), da diese oftmals den ersten Zugang zu Informationen darstellt. Auch hier sollte auf einfache und knappe Formulierungen geachtet werden. Damit wäre ein vorgelagerter Informationsfluss gesichert, der auch den Mitarbeitenden in der Verwaltung in der persönlichen Kommunikation weiterhelfen könnte, da sie darauf verweisen könnten. Wünschenswert wäre aus unserer Sicht darüber hinaus die Bereitstellung von Informationen über die Sprachkompetenzen einzelner Sachbearbeitender und eine entsprechende Zuordnung der Einwohnenden nach passenden Sprachkompetenzen. Als positives Beispiel kann in diesem Zusammenhang das Bürgeramt genannt werden, wo auf einer Übersichtstafel die verschiedenen durch die Mitarbeitenden des Bürgeramts gesprochenen Sprachen dargestellt sind. Auch die Türschilder der Büros der Bürgeramtsmitarbeitenden sind entsprechend gekennzeichnet, so dass Ratsuchende sich an Personen mit ihren Sprachkenntnissen wenden können.

Als Erfahrungsraum wird das Bezirksamt von vielen Menschen mit Migrationsgeschichte als ein Ort erlebt, der nicht diskriminierungsfrei ist. Die Interviewten beschrieben dies als "nicht gut behandelt werden". Interessant ist, dass in der Diskussion der Frauengruppe eines Frauen- und Mädchenzentrums dieser Punkt ausführlich diskutiert wurde. Die Frauen betonten, dass sie selbst keine schlechten Erfahrungen mit der Bezirksverwaltung gemacht hätten, dies allerdings sicherlich auf ihre guten Deutschkenntnisse zurückzuführen sei.

[23] Intersektionalität bezeichnet das Zusammenwirken verschiedener Ungleichheitsdimensionen wie Behinderungserfahrungen, Ethnizität, sozialer Status (einhergehend mit verschiedenen Bildungsniveaus).

Deutlich schwieriger zu beurteilen sind mögliche strukturelle Benachteiligungen etwa im Bereich Einbürgerung, die von verschiedenen Interviewten angemahnt wurden. Um diese Aussagen zu validieren, bedürfte es konkreter (Vergleichs-)Zahlen, die Rückschlüsse auf Ursachen in Bezug auf Unterschiede im Einbürgerungsprozess der Bezirke zulassen. In unseren Interviews finden sich verschiedene Aussagen, die auf Handlungsspielräume bei Entscheidungen durch Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter hindeuten. Unsere Interviewten empfinden das insofern als problematisch, als es für sie teilweise schwer einzuschätzen ist, wie Entscheidungen ausfallen werden. Handlungsspielräume können zum Vor- oder Nachteil der Personen ausgelegt werden. Dies lässt vermuten, dass die restriktive Auslegung von Gesetzesvorgaben – und wir sprechen hier dezidiert nicht von Reinickendorf – auch mit individuellen Rassismen in Verbindung gebracht werden kann. Darauf verweist beispielsweise auch der gerade veröffentlichte Report **Institutioneller Rassismus in Behörden – Rassistische Wissensbestände in Polizei, Gesundheitsversorgung und Arbeitsverwaltung des Instituts Arbeit und Qualifikation** der Universität Duisburg-Essen (Graevskaia/ Menke/ Rumpel 2022).

Zur Beurteilung von Verwaltungshandeln müssen neben kritischen Äußerungen auch die positiven Erfahrungen mit der Bezirksverwaltung hervorgehoben werden. Dazu gehört etwa die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt sowohl im Rathaus selbst als auch mit den verschiedenen Außenstellen. Hier loben vor allem die sozialen Träger die gute Kooperation. Auch mit verschiedenen anderen Verwaltungseinheiten stehen soziale Träger und migrantische Selbstorganisationen im gutem Kontakt. Dabei scheint ein Moment bemerkenswert: Die Zusammenarbeit funktioniert oftmals dann sehr gut – und dies wurde uns auch von unseren Interviewten aus der Verwaltung bestätigt – wenn ein persönlicher und dauerhafter Kontakt besteht. Das Fehlen von dauerhaften Ansprechpersonen wird im Gegenzug dafür verantwortlich gemacht, dass die Kommunikation mit den Verwaltungseinheiten unnötig kompliziert wird. Bei jedem Anruf (gerade während der Coronapandemie, als persönliche Begegnungen nicht möglich waren) müsse eine neue Person zu Sachstand und Hintergrund informiert werden, da in der Dokumentation im Computersystem oftmals die Situation stark verkürzt festgehalten wird.

Interaktion beruht auf Gegenseitigkeit – dies ist den migrantischen Selbstorganisationen und sozialen Trägern bewusst. Klientinnen und Klienten sind oftmals verunsichert im Umgang mit Verwaltungsmitarbeitenden. Das hat verschiedene Ursachen. Zum einen bringen die Klientinnen und Klienten ein Misstrauen gegenüber Verwaltungsmitarbeitenden aus ihren Herkunftsländern mit. Negative Erfahrungen mit dortigen Behörden wirken nach. Hinzu kommt, dass für viele Menschen mit (und ohne) Migrationsgeschichte Verwaltungslogiken schwer nachvollziehbar sind. Dies verstärkt Unsicherheiten bezüglich des eigenen Handelns, auch dann, wenn die Bereitschaft zur Mitwirkung gegeben ist. Des Weiteren äußern einige Verantwortliche im Feld der Jugendarbeit auch Verständnis für den Unmut von Behörden, etwa was das Nicht-Einhalten von Terminen anbelangt. Gleichwohl wird der Schluss gezogen, dass die Verwaltungen "die Lebenswelten der Jugendlichen" aufsuchen könnten, um diesem Missstand zu begegnen und Vorbehalte abzubauen. Die hier dargestellten Einschätzungen deuten somit eine Doppelbewegung an. Damit Verwaltung und Einwohnerinnen und Einwohner sowohl sozial als auch funktional besser zusammenfinden und das Zusammenwirken für beide Seiten verbessert werden kann, sollte an Formaten gearbeitet werden, die auch die Perspektive von Verwaltungsmitarbeitenden einbezieht.

Eine Sonderstellung nimmt das Jobcenter als Bund-Länder-Behörde ein. Obwohl auch hier mittlerweile die Stelle der Migrationsbeauftragten geschaffen wurde, mit der wir auch sprechen konnten, ist diese Behörde insgesamt weniger mit dem Thema Vielfalt vertraut. Wie bereits erwähnt, wirkt hier das LADG nicht, und die Migrationsbeauftragte selbst ist sich bewusst darüber, dass in der Personal- und Fortbildungspolitik unter Vielfaltsaspekten durchaus Verbesserungsbedarf besteht. Denkbar wäre hier beispielsweise an die Gestaltung gemeinsamer Fachtag gemeinsam mit dem Bezirksamt, um sich unter Einbezug von MSO über diversitätssensibles Verwaltungshandeln im konkreten Arbeitsalltag auszutauschen.

Diversitätssensible Verwaltungen voranbringen, Reinickendorferinnen und Reinickendorfer empowern

Die Diskussion um die sogenannte ‚Bürgernähe' im Verwaltungshandeln ist nicht neu. Die Verwaltungswissenschaftler Jörg Bogumil und Werner Jann verweisen in ihrem Standardwerk darauf, dass die Debatte bereits in den 1970er Jahren lebhaft geführt wurde und Handlungsfelder adressierte, die nichts an Aktualität verloren haben:

„Die Verwirklichung einer bürgernahen Verwaltung wird als kontinuierlicher Prozess, als eine Daueraufgabe begriffen. Dabei können unterschiedliche Gestaltungselemente genutzt werden, wie die Information und Partizipation der Bürger, die räumliche Verteilung des Leistungsangebotes, die zeitlichen Spielräume, die räumlich-baulichen Gegebenheiten, die Organisation der Verwaltungstätigkeit (Entscheidungsbefugnisse, Anerkennung von Publikumstätigkeit), der Personaleinsatz, die Kommunikationsstrukturen und die Leistungsgewährung (vgl. Kaufmann 1979, S. 535f. in Bogumil/Jann 2009: 229)."

In den vergangenen Dekaden weitete sich die Diskussion über eine interkulturelle Öffnung hin zu diversitätssensiblem Verwaltungshandeln aus. Auch der Berliner Senat adressierte das Thema bspw. mit regelmäßigen Publikationen in der Reihe **Berliner Hefte zur Interkulturellen Verwaltungspraxis.** Aktuell werden diese Themen auf Landesebene unter anderem durch die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung und die eigens geschaffene Fachstelle PartMigG vorangetrieben. Doch ist ein institutioneller Wandel in Behörden und Verwaltungen nicht kurzfristig umzusetzen. Dies ist zum einen der vergleichsweise undynamischen Personalstruktur geschuldet. Im Vergleich zur Privatwirtschaft wechseln Verwaltungsmitarbeitende seltener den Arbeitsplatz. Deshalb können diversitätssensible Neubesetzungen, etwa mit Menschen mit Migrationsgeschichte oder unter Berücksichtigung von Sprach- und interkulturellen Kompetenzen, nicht in dem Maße vorgenommen werden, wie dies wünschenswert wäre. Darüber hinaus trifft auch Verwaltungen der Fachkräftemangel, so dass Positionen teilweise unbesetzt bleiben müssen. In dieser Hinsicht entfalten diversitätssensible Personalpolitiken eher mittelfristig ihre Wirkung. Zum anderen hängen wiederum kurzfristig entfaltbare Aktivitäten, wie interne Weiterbildungen, Workshops etc., eng mit der individuellen Motivation und Offenheit von Führungskräften und Mitarbeitenden zusammen:

„Die Interkulturelle Öffnung von Verwaltungen kann nur erfolgreich sein, wenn sie von den Führungskräften gewollt ist, von diesen eingeleitet, professionell geleitet und durchgehend unterstützt wird (Raschke et al. 2015: 4)."

Eine Kernaufgabe des Büros für Partizipation und Integration ist es, in die Verwaltung hineinzuwirken und die Diversitätssensibilität zu fördern. Über interne Fortbildungen und Fachtage werden seit Jahren Aktivitäten entfaltet; auch auf eine diversitätssensible Stellenbesetzung wird hingewirkt. Doch in Anbetracht der bereits erwähnten Herausforderungen können keine schnellen Veränderungen erwartet werden. Es bietet sich deshalb an, das Verhältnis von Einwohnenden und Verwaltungen von beiden Seiten aus zu optimieren.

Verwaltungsseitig sollte über die Abteilungsleitungen weiterhin für die Vorteile einer einwohnernahen und diversitätssensiblen Verwaltung geworben werden. Interne Weiterbildungen, Austauschforen und die diversitätsorientierte Stellenbesetzung bleiben dabei zentral. Darüber hinaus sollten in regelmäßigen Abständen konkrete Vorschläge diskutiert und an Umsetzungsoptionen gearbeitet werden, beispielsweise an Themen wie der Verbesserung des sprachlichen **matchings**, bei dem Mitarbeitende und Klientinnen und Klienten über eine gemeinsame Kommunikationssprache verfügen. Als Positivbeispiel für ein mobiles und flexibles Angebot des Bezirksamts wurde uns der Bus des **Familienbüros** vom Jugendamt genannt, der Beratungen an unterschiedlichen Orten im Bezirk anbietet. Vorstellbar wäre insgesamt ein institutionalisierter Jour fixe, der maßgeblich von leitenden Mitarbeitenden getragen wird und Lösungsansätze zu konkreten Handlungsfeldern im Bereich Diversitätssensibilität und Einwohnernähe erarbeitet.

5.3 Schulen und Kindertagesstätten: Teilhabe der Kinder, Exklusion der Eltern?

Schulen und Kindertagesstätten haben eine "enorme Integrationsleistung", wie es ein Interviewter formulierte, zu erbringen. Das wird von den Interviewten anerkannt und wertgeschätzt. Zugleich können Bildungsinstitutionen ein Ort sein, wo Kommunikation misslingt, Diskriminierung erfahren wird und alle Seiten sich zuweilen unverstanden und fehlinterpretiert fühlen. Auch hier verstehen wir die Dynamik, die sich innerhalb der Trias Eltern-pädagogische Fachkräfte-Kinder entwickeln kann, als eine, die nicht einseitig gelöst werden kann. Vielmehr muss ein Verständnis dafür entwickelt werden, an welchen Stellen Kommunikation und Kollaboration nicht gelingt bzw. nicht gelingen kann und worin die Ursachen dafür liegen.

Von unseren Interviewten wird anhand verschiedener Beispiele die Problematik in der Eltern-pädagogische Fachkräfte-Kinder-Kommunikation in Bezug auf Bildungseinrichtungen umschrieben mit einem "fehlenden Verständnis für die Zusammenarbeit". Auf Elternseite liegt dies gerade bei neuzugezogenen Personen oftmals darin begründet, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrkräften/Erziehenden in den Herkunftsländern nicht vorgesehen ist. Schulen als Bildungsinstanz haben einen gesellschaftlichen Auftrag, der ohne aktives Mitwirken der Eltern erbracht wird. Das deutsche System, das durch Elternabende, Elternbeiräte und diverse (ehrenamtliche) Foren aktive Elternarbeit fördert sowie einfordert, ist daher neu und in seiner Funktionsweise für Neuzugezogene

schwer zu durchschauen. Schulen und Kitas bemühen sich, Informationen in verschiedenen Sprachen aufzubereiten. Jedoch bleibt die Form der deutschen institutionellen Ansprache für Menschen, die nicht schon lange mit dieser Art der Kommunikation vertraut sind, abstrakt und schwer verständlich. Dies lässt sich auch damit erklären, dass in vielen Ländern eine orale Kultur der Vermittlung von Informationen dominiert. Aus diesem Grund nehmen die Stadtteilmütter und Integrationslotsinnen und Integrationslotsen eine zentrale Brückenfunktion ein. Sie übernehmen gerade in Bezug auf Schule und Kita die Vermittlungsrolle und können dadurch Kommunikations- und Verständigungshürden abbauen (Sülzle/ Jähn/ Becker 2019). Dabei geht es eben nicht allein um die Sprachmittlungsfunktion, sondern ganz wesentlich um die Vermittlung der inhaltlichen Anliegen und des soziokulturellen Kontextes, in dem die Anforderungen und Informationen zu verstehen sind.

Mittlerweile haben viele Schulen und Kitas angefangen, aktiv Elternarbeit zu betreiben. Auch Schulsozialarbeitende sind fester Bestandteil des Personals. Zugleich – und hier sind unsere Befunde deckungsgleich mit der 2020 veröffentlichten **Evaluation der Willkommensklassen in Berlin** (kurz: Wiko-Studie)[24] – sehen die Befragten das Hauptproblem in den mangelnden Ressourcen auf unterschiedlichen Ebenen (Neumann/ Haas/ Müller/ Maaz 2020)[25]. Es fehlt u.a. an Lehrpersonal mit entsprechenden Zusatzqualifikationen im interkulturellen Bereich, aber auch an Schulpsychologinnen und -psychologen und den erwähnten Sozialarbeitenden. Erlebnisse, die auf mangelnde interkulturelle Sensibilität und Vielfaltskompetenz zurückzuführen sind, wie auch konkrete Diskriminierungserfahrungen, die mit unterschiedlichen Beispielen illustriert werden, finden sich bei allen Interviewten, die in direktem Kontakt mit Schulen/Kitas stehen. Dabei beziehen sich die Erfahrungen der Interviewten nicht nur auf Willkommensklassen, sondern auch auf hier bereits länger lebende oder geborene Kinder und Jugendliche mit Migrationsgeschichte und deren Eltern. Doch ebenfalls deckungsgleich zur Wiko-Studie betonen unsere Interviewten, dass keine Pauschalurteile über Schulen und Kitas getroffen werden dürfen. So gebe es viele engagierte Schulen und Kitas in Reinickendorf, bei denen sich Eltern mit Migrationsgeschichte und Fluchtbiographie gut einbezogen fühlen. Es scheint angezeigt, im Feld der Bildungsinstitutionen auf die jeweiligen Einzelfälle zu schauen – was funktioniert an dieser speziellen Schule/ Kita noch nicht optimal, wie könnten Optimierungen vorgenommen werden, und wo fehlt es an Ressourcen. Letzteres liegt einmal mehr nicht in der Hand des Bezirks Reinickendorf, da Schulpolitik und Finanzierung den Bundesländern vorbehalten ist.

Strukturell lässt sich in Hinblick auf die Bildungsinstitutionen bemerken, dass sie nicht immer systematisch in die im engeren Sinne integrationspolitisch ausgerichteten Netzwerke auf Bezirksebene eingebunden sind. Dies hängt sicherlich auch von den personellen Kapazitäten sowie der Prioritätensetzung der jeweiligen Schulleitung ab. Schulen haben neben der Eingliederung der neuen Schülerinnen und Schüler an sich eine wichtige Funktion in der Wissensvermittlung über verschiedene Herkunftsländer, Religionen usw. Dieser kommen sie im Allgemeinen im Regelunterricht nach; mittlerweile bestehen Kooperationen mit professionalisierten migrantischen Selbstorganisationen durch Projekttage und gemeinsame Initiativen. In dieser Form der Zusammenarbeit sehen die Befragten aus allen Teilgruppen ein großes Potential, das weiter ausgebaut werden könnte. Jedoch gestaltet es sich beispielsweise für die weniger professionalisierten MSO schwierig, diesbezüglich Kontakte und Netzwerke aufzubauen. Darüber hinaus wäre an einen weiteren Aufbau von stadteilübergreifende Kooperationen zwischen Schulen zu denken, um Schülerinnen und Schüler miteinander in Kontakt zu bringen.

Bezüglich der Kindertagesstätten ist für ganz Berlin ein eklatanter Mangel an Kitaplätzen festzuhalten. Im berlinweiten Vergleich nach dem Förderatlas für das Jahr 2022 steht der Bezirk Reinickendorf vor großen Herausforderungen (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie 2022). Der Report zur Situation der Kinderbetreuung in den Bezirken weist für Reinickendorf gleich sieben Stadtteile aus, die in die Kategorie 1 „Derzeit keine Platzreserven; prognostisch steigender Bedarf" eingeordnet wurden.[26] Dabei sind auch einige Stadtteile, in den viele Menschen mit Migrationsgeschichte leben, betroffen. Dieser Missstand sollte gerade in Hinblick auf frühkindliche Bildungs- und Sprachförderung schnellstmöglich behoben werden.

[24] Die vom Leibnitz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation durchgeführte Evaluation der Willkommensklassen in Berlin - kurz Wiko-Studie - von 2020 dokumentiert die Situation bezüglich neuzugewanderter Schülerinnen und Schüler an Berliner Schulen und hier speziell mit den sogenannten Willkommensklassen. Wir beschäftigen uns an dieser Stelle nicht gesondert mit den Willkommensklassen, wobei unsere diesbezüglichen Befunde mit der Wiko-Studie von 2020 übereinstimmen: Es überwiegt die Akzeptanz, doch werden auch Einwände gegen die Trennung formuliert. Bedenkenswert scheint uns der Hinweis, dass gerade für Kinder, die in den Unterkünften leben, die Schulwege teils zu lange ist, da die Kapazitäten bei Willkommensklassen im Umfeld nicht immer ausreichen. Der Bezirk Reinickendorf hat sich dazu entschlossen, die Kinder in den Fächern Musik, Sport und Kunst nicht zu separieren, so die Vorsitzende des Integrationsausschusses, eine Entscheidung, die dem Anliegen vieler Interviewter nach mehr gemeinsamen Alltag nachkommt.

[25] Von zwei Befragten der politischen Parteien sowie einem sozialen Träger wurde darauf verwiesen, dass aufgrund der mangelnden Kommunikation des Berliner Senats über die Entscheidung zu Standorten für Gemeinschaftsunterkünfte die umliegenden Schulen und Kitas kaum Zeit hatten, das Lehrpersonal auf die neue Situation vorzubereiten.

Die Zusammenarbeit von Eltern, Bildungsinstitutionen und migrantischen Selbstorganisationen stärken

Aus einer diversitätssensiblen Perspektive verwiesen die Interviewten auf übergeordnete Problemstellungen in Schule und Kindertagesstätten, die allerdings nur in Teilen auf bezirklicher Ebene gelöst werden könnten. Dies betrifft in erster Linie die Personalpolitik. Nach Aussagen unserer Interviewten wäre es ein wichtiger und richtiger Schritt, die Einstellungspolitik stärker an der tatsächlichen gesellschaftlichen Diversität auszurichten. Für Eltern wie für Kinder ist es ein wichtiger Aspekt, wenn ihr Gegenüber einen vergleichbaren biographischen Hintergrund hat. Des Weiteren sind Lehrerkräfte, Erzieherinnen und Erzieher Vorbilder für Kinder. Dies mitzudenken und indirekt zu adressieren scheint von besonderer Bedeutung, wie wir in den Handlungsempfehlungen darlegen werden.

Als kurz- und mittelfristige Strategie sollten Stadtteilmütter und Integrationslotsinnen und -lotsen verstärkt eingesetzt werden. Wie sich zeigt, sind diese Brückenbauerinnen und Brückenbauer ein wichtiges Element für gelungene Kommunikation zwischen Eltern, Lehrerkräften, Erzieherinnen und Erziehern. Dadurch wird auch Lehrerkräften, Erzieherinnen und Erziehern ermöglicht, Themen offen anzusprechen. Weiter betonen unsere Interviewten, dass der persönliche Kontakt zwischen Eltern und den Vertreterinnen und Vertretern von Bildungsinstitutionen sehr wichtig ist.

Auch die migrantischen Selbstorganisationen übernehmen neben den professionellen Kräften wie den Stadteilmüttern eine wichtige Vermittlungsrolle, wie wir in Kapitel 6 ausführlicher aufzeigen werden. Gerade die stärker professionalisierten MSO informieren Eltern über das deutsche Bildungssystem oder vermitteln bei Konflikten. Dabei betonen die MSO, wie wichtig auch von ihrer Seite der persönliche Kontakt zu den Schulen und Kitas ist.

Wenn sie den Institutionen bekannt sind, werden sie direkt kontaktiert und können deshalb Konflikten im Vorfeld begegnen. Hier sehen wir zum einen ein Potential, was die Förderung von Austausch und das Ausbauen von Netzwerken anbelangt (siehe zur Bedeutung von Netzwerken Abschnitt 5.4.1); allerdings müssten kleine MSO etwa durch Erfahrungsaustausch mit professionalisierten MSO in der Vermittlungsrolle gestärkt werden. Zum anderen übernehmen MSO wie bereits erwähnt eine wichtige Rolle in der Wissensvermittlung in Hinblick auf Diversität, Rassismus, Wissen über Herkunftsländer etc. Das Bezirksamt strebt an, derartige Kooperationen weiter auszubauen und MSO dabei zu unterstützen, pädagogische Angebote für Schulen (und Kitas) weiterzuentwickeln.

Ein übergeordnetes Thema, das mit Sichtbarkeit und Wertschätzung zusammenhängt (siehe hierzu Kapitel 5.5), ist die Anerkennung von Sprachvielfalt als gesellschaftlich wie individuell wünschenswerte Kompetenz. Gerade Menschen mit Migrationsgeschichte wünschen sich mehr Sprachvielfalt. Die Zentrierung auf die Sprache Deutsch in Kitas wurde von vielen kritisch beurteilt, hier könne Sprachvielfalt stärker integriert werden. Einfache Mittel wären etwa die Anschaffung von Kinderbüchern in verschiedenen Sprachen und das Erlernen von Kinderliedern in vielen Sprachen. Weiter wäre an mehrsprachige Angebote für Eltern zu denken, wodurch eine verstärkte Erreichbarkeit und Einbindung von Eltern gelingen könnte. Denkbar wären Elterncafés mit Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern, ein Angebot, das bereits von einigen Schulen und Kitas erfolgreich umgesetzt wird.

Abschließend sei an dieser Stelle kurz auf die Integration von Ehrenamtlichen in Kitas und Schulen eingegangen. Um Ehrenamtliche sinnvoll einzubinden, bedarf es des hauptamtlichen Personals, das die Ehrenamtlichen begleitet. Die knappen Personaldecken scheinen dies nicht zu erlauben. Des Weiteren mangelt es oft an adäquaten Räumlichkeiten, um zusätzliche Angebote sinnvoll gestalten zu können. Um das Potential von Ehrenamtlichen als zusätzliche Unterstützung zu nutzen, bedürfte es somit institutioneller Veränderungen in den Schulen und Kitas, die möglicherweise in Einzelfällen angeschoben werden könnten, aber momentan in der Gesamtschau aufgrund der fehlenden Ressourcen nicht durchzusetzen sind.

5.4 Unterkünfte für geflüchtete Menschen in den Stadtvierteln

Die bereits erwähnten fünf Unterkünfte für geflüchtete Menschen sowie das Ankunftszentrum bilden die ersten Anlaufstellen für Menschen, die in Berlin ankommen und um Asyl ersuchen möchten. Um die Menschen in den Unterkünften und die Anwohnenden stärker zusammenzubringen, legte die Berliner Senatsverwaltung für **Stadtentwicklung und Wohnen** das Programm **BENN (Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften)** auf. In Reinickendorf gibt es ein BENN-Team im Märkischen Viertel und eines in Wittenau-Süd. Sie organisieren soziokulturelle Aktivitäten, die das gegenseitige Kennenlernen befördern und die Menschen in den Unterkünften stärker in der Nachbarschaft bzw. im Stadtviertel verankern sollen.

Grundsätzlich ist die Lebenssituation der Menschen in den Gemeinschaftsunterkünften geprägt durch Enge und zu wenig Privatsphäre. Das ist gerade für Familien eine belastende Situation, zumal der Aufenthalt in den Gemeinschaftsunterkünften als Übergangskonstrukt gedacht ist, durch den Wohnungsmangel in Berlin und Reinickendorf jedoch oft mehrere Jahre andauert. Insbesondere für schulpflichtige Kinder ist es schwierig, geeignete Ruheorte zu finden, um die Hausaufgaben zu bewältigen. Auch für Jugendliche gibt es wenig Angebote und Räume in den

[26] Dies sind Reinickendorf Ost 1 - Reginhardstraße 1, Ost 2 - Alt-Reinickendorf, Tegel-Süd/Flughafensee, West 2 - Heiligensee/Konradshöhe, Frohnau/ Hermsdorf, Borsigwalde/Freie Scholle, Rollbergesiedlung (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie 2022).

Häusern selbst, weshalb sie im umliegenden öffentlichen Stadtraum präsenter sind. Das konnte laut unserer Interviewten aus dem Feld der aufsuchenden Jugendsozialarbeit gut aufgefangen werden, verdeutlicht aber zugleich, wie wichtig es ist, Ressourcen schnell mobilisieren zu können, um auf akute Bedarfe flexibel reagieren zu können.

Die lange Verweildauer, in der die Menschen letztlich abwarten – im besten Falle auf den Aufenthaltstitel, auf die Arbeitserlaubnis, auf die Wohnung – wirkt sich ungünstig auf den Aufbau dauerhafter und tieferer sozialer Beziehungen aus. Durch die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteurinnen und Akteure (BENN, Ehrenamtskoordinationen der Unterkünfte, soziale Träger, Sportvereine) gelingt es, die Menschen, die dauerhaft im Bezirk bleiben, gut in die Strukturen einzubinden. So finden Jugendliche den Weg in die Sportvereine, Kinder wie Erwachsene werden an die vielfältigen Angebote der sozialen Träger herangeführt. Allerdings – und das betonen alle Befragten – ist es notwendig, mit dem Aufbau der Beziehungen vor Ort, also direkt in den Unterkünften, zu beginnen. Gute Beispiele hierfür sind das **Spielmobil** eines sozialen Trägers, das direkt in den Unterkünften zum Einsatz kommt, oder die Sportangebote des **TSV Wittenau**, die in räumlicher Nähe einer Unterkunft im Märkischen Viertel angeboten wurden.

Die Interviewten betonen, dass die mobile Arbeit ein wichtiges Element bei der erfolgreichen Vermittlung von Angeboten ist. Das bedeutet, dass Sozialarbeitende den Bewohnenden das Angebot erklären und sie zu den Aktivitäten begleiten. Alle Befragten erklärten, dass es nicht ausreiche, Informationen in verschiedenen Sprachen übersetzt an den zentralen Stellen auszuhängen. Es sei notwendig, mündlich und persönlich die Angebote zu erläutern – ein wiederkehrender Aspekt, auf den wir an verschiedenen Stellen eingehen werden.

In Bezug auf die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen, die in den Gemeinschaftsunterkünften leben, gibt es trotz einer robusten ehren- wie hauptamtlichen Unterstützungsstruktur weitere Bedarfe der Bewohnenden. Nach Aussagen des Ehrenamtskoordinators einer Unterkunft sowie auch von sozialen Trägern und Mitarbeitenden des Jugendamtes sollten Unterstützungsleistungen noch weiter ausgebaut werden: Hervorgehoben wurden psychologische Betreuung[27] und Sprachkurse mit Kinderbetreuung. Darüber hinaus fehle es im Allgemeinen an ausreichend vielen Sozialarbeitenden und Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern, die im direkten Austausch mit den Bewohnenden die relevanten Informationen übermitteln.[28]

Es ist insgesamt wünschenswert, dass sich die Zivilgesellschaft auch künftig weiterhin ehrenamtlich engagieren würde. Gleichwohl kann zivilgesellschaftliches Engagement nicht etwa mangelnde Strukturen, wie fehlende Kapazitäten etwa in Hinblick auf Schulen und Kitas, sowie den bereits erwähnte Wohnraummangel auffangen. Hier ist das Land Berlin gefragt, gemeinsam mit den Bezirken nach Lösungen zu suchen. Darüber hinaus machten uns die Interviewten eines sozialen Trägers darauf aufmerksam, dass die Angebote noch passgenauer an die Bedarfe der jeweiligen Geflüchtetengruppen angepasst werden könnten. Wie sich anhand der Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine zeigt, bedarf es schneller, flexibler und vor allem unbürokratischer Antragsmöglichkeiten, um auf die konkreten Bedürfnisse reagieren zu können. Der Umgang mit den Geflüchteten aus der Ukraine zeigt zudem, wieviel Expertise mittlerweile auf bezirklicher Ebene aufgebaut werden konnte und wie schnell unterstützende Projekte umgesetzt werden können.

Anhand der Unterkünfte für Geflüchtete lässt sich auch die besondere Bedeutung von sozialer Einbindung in die Nachbarschaft und Umgebung erkennen. Eine wichtige Rolle spielen dabei Netzwerke, auf die wir nachfolgend vertiefend eingehen.

5.5 Akteure, Netzwerke und Kooperationen

Zur Bedeutung von Netzwerken

An dieser Stelle möchten wir auf die Bedeutung von Vernetzung zwischen den unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren im Feld eingehen. Wie bereits erwähnt, fassen wir den Akteursbegriff sehr weit, da Integrationspolitik ein Querschnittsfeld ist und das gesellschaftliche Zusammenleben aller Menschen umfasst. Professionelle und ehrenamtlich Tätige mit direktem Bezug zur Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte gehören genauso zu den relevanten Akteurinnen und Akteuren wie eben Sport- und Kulturvereine oder Schulen und Kitas. Mit Stadtviertel, in Berlin umgangssprachlich auch Kiez genannt, bezeichnen wir einen Sozialraum, in dem ebenfalls Vernetzungsarbeit stattfindet. Die Bezeichnung Stadtraum, Stadtteil oder Kiez bleibt diffus, da er für die dort lebenden Menschen und aktiven Organisationen nicht zwingend mit den verwaltungsräumlichen Einheiten korrespondiert.

Stadträume, wie beispielsweise das **Märkische Viertel** oder die **Rollbergsiedlung**, erscheinen nicht nur städtebaulich klar abgegrenzt, sondern werden auch durch die Menschen als ein eigener Sozialraum verstanden. Demgegenüber steht etwa der sogenannte **AVA-Kiez**, der auf und um die Auguste-Viktoria-Allee konzentriert ist. Hier finden sich viele Akteurinnen und Akteure wie soziale Träger, Kitas und Schulen. Das erweiterte Umfeld bilden überwiegend Wohnstraßen mit geringer sozialökonomischer und urbaner Infrastruktur – doch wo der Kiez eigentlich anfängt und aufhört, bleibt

[27] Der Ehrenamtskoordinator berichtet, dass Vorbehalte gegen psychosoziale Betreuungsangebote verbreitet seinen, da die Menschen Angst vor Stigmatisierungen hätten.

[28] Im Gespräch mit Polizistinnen des Bezirks Reinickendorf wurde auf ein weiteres Thema hingewiesen, in welchem in diesem Fall die Polizei versucht aufzuklären: Sittenwidrige Angebote auf dem Wohnungsmarkt, wo Menschen für horrende Mieten einige wenige Quadratmeter angeboten bekommen. Der Wunsch, die Gemeinschaftsunterkunft zu verlassen, treibt die Menschen in die sittenwidrigen Vermietungsangebote.

unbestimmt. Betrachtet man das gesamte Stadtgebiet von Reinickendorf, so ist die Konzentration von sozialen Trägern in den verdichteten urbanen Stadteilen mit einem höheren Anteil an Bewohnenden mit Migrationsgeschichte höher als in den Randlagen wie Frohnau oder Lübars.

Auf dieser sozialräumlichen, nach Kiezen strukturierten Ebene sind viele Stellen im Bezirk sehr aktiv in der Vernetzungsarbeit und bieten verschiedene Informations- und Austauschforen an. In allen Stadtteilen werden sogenannte Kiezrunden organisiert, die alle Träger der Kinder- und Jugendhilfe unter organisatorischer Leitung des Jugendamtes zusammenbringen.[29] Des Weiteren gibt es in den Stadteilen mit Quartiersmanagement den **Quartiersrat.** Dieser setzt sich aus gewählten Anwohnenden und zu einem geringeren Teil aus Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Einrichtungen und Organisationen zusammen. Der Quartiersrat als "Stimme der Bewohnerschaft" entscheidet unter anderem über den Einsatz von Mitteln aus dem **Projekt- und dem Aktionsfonds.**[30] Beide institutionalisierten Foren haben keinen direkten integrationspolitischen Bezug, wenngleich das Thema indirekt adressiert wird. In beiden Runden lernen involvierte Akteurinnen und Akteure einander kennen und können stabile Netzwerke aufbauen.[31]

Wie wichtig gute Netzwerke und der sogenannte ‚kurze Dienstweg' sind, wird an vielen Stellen gerade von den Interviewten der sozialen Träger betont. Dies betrifft zum einen die direkte Zusammenarbeit im Rahmen von Projekten und gemeinsamen Aktionen. Doch auch bei auftretenden Konflikten im Stadtraum ist eine gute Vernetzung im Kiez ein ausschlaggebender Aspekt für deren schnelle Bewältigung. Es ist klar, wer die richtige Ansprechperson ist, denn "man kennt sich im Kiez", und so können kleinere Probleme oft schnell gelöst werden. Ein solches Zusammenwirken umfasst Kitas und Schulen ebenso wie ansässige Sportvereine, aber auch die Gemeinschaftsunterkünfte sowie die BENN-Teams **(Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften).** Daneben betont ein in der Jugendarbeit aktiver Interviewpartner, dass gerade die Netzwerke, die auch überregionale Projekte und Aktivitäten ermöglichen, mediale Aufmerksamkeit erzeugen. Letzteres ist auch für Organisationen und Einrichtungen wichtig, da dies in der konkurrenzgetriebenen Projektmittelvergabe ein Kriterium sein kann.

Wichtige Akteure sind schon seit langem die städtischen Wohnungsbaugesellschaften. In Reinickendorf sind die **Gesobau** und die **Gewobag** mit großen Wohnungsbeständen in den Hochhaussiedlungen präsent. Dort kann mit Wohnberechtigungsschein und zu vergleichsweise günstigen Mieten Wohnraum in den bereits erwähnten einfachen Wohnlagen bezogen werden. Damit bieten die beiden Wohnungsbaugesellschaften sozioökonomisch weniger stark aufgestellten Haushalten Wohnraum. Wie bereits unter Punkt 4.1 dargestellt, leben dort überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationsgeschichte.[32] Gleichwohl nehmen Wohnungsbaugesellschaften nicht nur bei der Vergabe von Wohnraum und der Gestaltung von Liegenschaften eine wichtige Rolle ein. Vielmehr wirken sie seit langem aktiv an der Ausgestaltung des sozialen Zusammenlebens in den Siedlungen mit. Die **Gewobag** finanziert für ihre Mieterinnen und Mieter das einheitliche Format **Kiezstube**[33] , die **Gesobau** unterstützt und initiiert verschiedenste Projekte und Räume, um den nachbarschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. So bilden die von ihr geförderte **Nachbarschaftsetage**[34], die Familientreffs sowie die Senioreneinrichtungen im Märkischen Viertel wichtige Anlauf- und Austauschstellen für die Bewohnenden des Quartiers. Wir konnten ebenfalls mit drei Mitarbeiterinnen der **Kiezstube** in Tegel-Süd **(Gewobag)** sprechen und so einen vertieften Eindruck in die vielfältigen Aktivitäten gewinnen. Diese Gespräche haben uns die soziale Funktion der Aktivitäten von Wohnungsbaugesellschaften in Bezug auf die Ausgestaltung des Zusammenlebens in den Siedlungen vor Augen geführt. Konfliktpotentialen – etwa um die berühmte deutsche Mülltrennung – wird frühzeitig begegnet und bei tatsächlichen Konflikten zwischen Mietparteien diversitätssensibel vermittelt.

Neben den Wohnungsbaugesellschaften nehmen Freizeitvereine einen wichtigen gesellschaftlichen Auftrag wahr. Wir haben uns in der vorliegenden Studie auf Sportvereine beschränkt. Sport bringt auf kommunaler Ebene Menschen mit unterschiedlicher sozialer Herkunft zusammen, ohne dass das Thema im Vereinsleben eine besondere Rolle spielen würde. Ein gutes Beispiel ist der **TSV Wittenau,** der unter anderem im Märkischen Viertel sehr aktiv ist.[35] Sowohl verschiedene Soziale Träger als auch die Kiezkoordinatorin des **TSV Wittenau** und der Vertreter des **Bezirkssportbundes** beschrieben das gemeinsame Erleben im Sportverein für Kinder und Jugendliche als unkompliziert. Auch Angebote für Gemeinschaftsunterkünfte kann ein professionalisierter Verein wie der TSV Wittenau konzipieren und umsetzen. Gleichwohl weisen die Befragten darauf hin, dass viele Vereine rein ehrenamtlich geführt werden und dann oft die interkulturellen und administrativen Kompetenzen fehlen, um beispielsweise ein Projekt mit anderen sozialen Trägern zu entwickeln.[36] Zugleich zeigt sich bei den Vereinen, dass bestimmte Angebote (musikalische Früherziehung, Ballett u.ä.) weniger nachgefragt sind, da sie, so die Einschätzung der Mitarbeiterinnen des Familienstützpunktes Reinickendorf,

[29] Die Grundstruktur wird von Stadtviertel zu Stadtviertel etwas anders interpretiert, daher variieren die teilnehmenden Akteurinnen und Akteure wie auch die inhaltlichen Schwerpunkte in den Kiezrunden.

[30] Siehe https://www.quartiersmanagement-berlin.de/unser-programm/finanzierung-und-quartiersfonds/quartiersfonds.html.

[31] Darüber hinaus gibt es noch viele weitere Runden wie beispielsweise die Stadtteilkonferenzen, die BENN-Nachbarschaftsforen, Stadtteilzentrums-AGs und der Mädchen- und Frauenbeirat, Beirat für Menschen mit und ohne Behinderungen u.v.m. Wir können zur Rolle und der Bedeutung dieser Foren und Partizipationsangebote keine belastbaren Aussagen treffen, da sie nicht im Fokus dieser Studie lagen. Allerdings ergab eine Internetrecherche, dass die Informationen zu Funktionen, Beteiligungsmöglichkeiten usw. unterschiedlich gut aufbereitet sind.

[32] Auch wenn wir im Rahmen dieser Studie nicht näher auf die Frage eingehen können, wie sozialer Status und Migrationsgeschichte zusammenhängen, so sei doch darauf verwiesen, dass ein Zusammenhang zwischen sozialen Aspekten wie Armut, prekäre Beschäftigung und Migrationsgeschichte besteht. Oft werden fälschlich sogenannte "Integrationsprobleme" mit sozialen Herausforderungen bedingt durch Armut, fehlendem Zugang zu Bildung und Gesundheitsinformationen etc. verwechselt.

eher auf bildungsbürgerliche Mittelklassefamilien orientiert sind. Letztlich sind es die breitensportlichen Angebote der Vereine und die Gratisangebote der sozialen Träger, die nachgefragt werden.

Insgesamt stellten die Aktiven im Feld die Bedeutung von Netzwerken stark heraus. Neben der Entwicklung von gemeinsamen Projekten ist der persönliche Kontakt und Austausch auf Kiezebene ebenso wie auf Bezirksebene sehr wichtig, um Konflikten zu begegnen bzw. diesen vorzubeugen. Ferner spielt auch der Austausch von Positionen und Haltungen zu bezirkspolitischen Entscheidungen eine wichtige Rolle. Und schließlich stellen die verschiedenen Foren und Runden sicher, dass Informationen gut aufbereitet weitergegeben und diskutiert werden können. Deshalb sind die Angebote, die von jeweils unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren initiiert werden, sehr wichtig. Gleichwohl wurde uns von einigen Interviewten mitgeteilt, dass es an manchen Stellen Ansatzpunkte für eine Optimierung geben könnte. Dies betrifft zum einen die eingeladenen Akteurinnen und Akteure selbst. Die Interviewten konnten nicht begründen, warum bestimmte die Angebote zur Vernetzung nutzen, andere hingegen nicht, obwohl die Bedeutung von Austausch von allen uns Befragten als ein zentrales Merkmal für eine erfolgreiche professionelle und ehrenamtliche Arbeit herausgestellt wurde. Der Aspekt der knappen zeitlichen Ressourcen ist sicherlich als Erklärungsmoment heranzuziehen, doch scheint er allein nicht hinzureichen. Wir denken daher, dass eine Schärfung der Profile sowie eine stärkere Transparenz hinsichtlich der möglichen Teilnahme an den unterschiedlichen Formaten wünschenswert wäre. Auch eine stärkere Rückkoppelung zu den Eingeladenen könnte das Profil der jeweiligen Foren stärken und den Kreis der Aktiven ausweiten.

Netzwerke, der Austausch zwischen verschiedenen Akteurinnen und Akteuren sowie die Kooperation nehmen in der modernen professionellen und ehrenamtlichen Arbeit auch aus einem weiteren Grund einen besonderen Stellenwert ein und zwar der projektbasierten Finanzierung. Alle Aktiven und selbst die Verwaltung sind mittlerweile auf Projektmittel angewiesen, die kompetitiv eingeworben werden müssen. Um spezifische Projekte bzw. Aufgaben umsetzen zu können, ist daher das Wissen um Fördermöglichkeiten unabdingbar. Hier die entsprechenden Ausschreibungen im Blick zu behalten, ist selbst für professionelle Träger nicht immer einfach. Auch die Kompetenzen, um entsprechend unter Zeitdruck oftmals auf Kooperationen mit anderen Aktiven im Feld ausgerichtete Formate zu bedienen, müssen auf- und ausgebaut werden. Dies vor Augen, wünschte sich eine Interviewte im Hinblick auf die eigene sehr gut aufgestellte Community eine Anlaufstelle im Bezirksamt, die vergleichbar mit der EU-Beauftragten die Aufgabe einer Fördermittelbeauftragen für alle zivilgesellschaftlichen und professionellen Aktiven im Bezirk übernimmt. Eine solche Anlaufstelle könnte auch jenseits des integrationspolitischen Feldes über Möglichkeiten der Projektförderung berlin- und deutschlandweit sowie wie international informieren und bei der Antragstellung unterstützt.

Die Bedeutung von Netzwerkarbeit wird gerade auch von migrantischen Organisationen hervorgehoben. Diese nehmen eine spezifische Rolle innerhalb der Netzwerke ein: Zum einen werden sie als wichtige Akteurinnen und Akteure im Sinne eines demokratischen Zusammenlebens in Berlin durch das PartMigG adressiert und nehmen damit in gewisser Hinsicht eine Sonderstellung ein. Zum anderen sind sie als zivilgesellschaftliche Organisationen oftmals an der Schnittstelle zu sozialen Trägern und ehrenamtlichen Vereinen tätig. Zugleich unterscheiden sich MSO in ihren Orientierungen, Interessen, Kompetenzen und Zielsetzungen. Wir werten MSO als Organisationen, die an verschiedenen Stellen und Ebenen wichtige Funktionen im gesellschaftlichen Zusammenleben in Reinickendorf, Berlin und Deutschland übernehmen, und ordnen sie deshalb gesondert in Kapitel 6 ein.

5.6 Sichtbarkeit, Anerkennung, Dialog und Partizipation

Zusammenleben gemeinsam gestalten

Der Integrationsbegriff ist in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion zu Migration vielfach kritisiert worden. Im Zentrum steht dabei der ‚Integrationsimperativ', der sich an die Neuzugezogenen und ihre Nachkommen richtet. Sie als zu ‚Integrierende' müssten eine einseitige Anpassungsleistung an die ‚Mehrheitsgesellschaft' und ihre vermeintlich klaren Regeln, Normen und Werte erbringen. Auch die von uns interviewten Reinickendorferinnen und Reinickendorfer mit Migrationsgeschichte wie auch viele Engagierte und Arbeitende im Feld hadern mit dem Begriff der Integration. Sie empfinden ihn als stigmatisierend. Es bleibe diffus, was eigentlich unter ‚gelungener Integration' gefasst werde und welches Verhalten genau erwünscht sei. Auch wird ein doppelter Standard, also eine unterschiedliche Beurteilung des Verhaltens von Menschen mit Migrationsgeschichte und von Menschen ohne Migrationsgeschichte, angelegt. Um

[33] Siehe für Berlin https://www.gewobag.de/fuer-mieter-und-mietinteressenten/service/kiezstuben/.

[34] Siehe https://www.mein-maerkisches-viertel.de/einrichtungen/einrichtung/gesobau-nachbarschaftsetage.

[35] Der TSV Wittenau verfügt über einen Stab hauptamtlicher Mitarbeiter und beheimatet eine der vier durch des Landessportbund Berlin finanzierten hauptamtlichen Kiezkoordinationen.

[36] Welches Potential gerade Sportvereine entfalten können, illustriert das Kooperationsprojekt N.i.A.s. („Nicht-im-Abseits-stehen", siehe https://www.berlin.de/polizei/dienststellen/landespolizeidirektion/direktion-1/artikel.290621.php), das durch engagierte Polizistinnen und Polizisten der Polizeidirektion 1 und den SC Borsigwalde e.V. für Kinder und Jugendliche der Gemeinschaftsunterkünfte ins Leben gerufen wurde. Die interviewten Polizistinnen und Polizisten sahen in derartigen Projekten einen großen Gewinn, da Vorurteile auf beiden Seiten abgebaut werden können, wiesen aber ebenfalls darauf hin, dass derartige Aktivitäten aufgrund der knappen personellen Ressourcen oftmals jenseits der Dienstzeit aufgebaut werden müssten.

ein einfaches Beispiel, das überraschend oft ein Stein des Anstoßes im Wohnumfeld ist, heranzuziehen: Viele Deutsche ohne Migrationsgeschichte trennen den Hausmüll nicht vorschriftsgemäß, bei Menschen mit Migrationsgeschichte wird dies allerdings oftmals als Zeichen mangelnder Integrationsbereitschaft gewertet.

Eine einseitige Perspektive auf das Politikfeld Integration, die lediglich Menschen mit Migrationsgeschichte als Verantwortliche im Sinne eines guten gesellschaftlichen Zusammenlebens adressiert, lehnen die Interviewten mit Migrationsgeschichte ab. Vielmehr wünschen sie sich, auch hier in Einklang mit den Engagierten im Feld, dass die sozialen Ziele wie gesellschaftliche Teilhabe und ein gelungenes Zusammenleben aller Menschen in den Vordergrund gestellt werden sollen. Hierzu müssten alle Menschen miteinbezogen werden, denn gerade unter dem Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Teilhabe stehen auch viele Menschen ohne Migrationsgeschichte eher am Rande des sozialen Zusammenlebens.

Die institutionalisierte Integrationsarbeit ist mit einem grundsätzlichen Dilemma konfrontiert: Durch den Fokus auf Menschen mit Migrationsgeschichte als Zielgruppe der eigenen Arbeit wird die Außenwahrnehmung verstärkt, dass diese Gruppe ‚anders', ‚fremd' und letztlich problembehaftet sei. Darüber hinaus wird unter dem Oberbegriff Integration eine gesellschaftliche Gruppe vereinheitlicht, die ebenso divers in ihren Anliegen und Bedürfnissen ist wie die scheinbar homogene Gruppe der als deutsch gelesenen Reinickendorferinnen und Reinickendorfer. Zugleich ist es eben diese sozial sehr heterogene Gruppe, von der ein Großteil der Zugehörigen mit struktureller Benachteiligung und Rassismus konfrontiert ist. Deshalb sind und bleiben zielgruppenorientierte Angebote, sowie spezifisch darauf zugeschnittene Stabsstellen und Beauftragte auf allen gesellschaftlichen Steuerungsebenen weiterhin wichtig. Gleichwohl stellt sich immer die Frage nach der Schwerpunktsetzung von Integrationspolitik: Wen adressiert ein Projekt? Menschen mit Migrationsgeschichte oder doch eher alle Menschen etwa in einem Stadtteil oder einer konkreten Alterskohorte? Hier kann keine pauschale Antwort gefunden werden, entscheidend ist die Reflektion von Projektstrategien von Antragstellenden wie auch ausschreibenden Institutionen und Organisationen.

Die Frage, wo denn eigentlich die vielbeschworene Integration stattfindet, war ein zentrales Motiv in vielen Interviews. Von den Reinickendorferinnen und Reinickendorfern mit Migrationsgeschichte wurde herausgestellt, dass es die alltäglichen Begegnungen sind, denen sie eine große Bedeutung beimessen. Arbeit, Kita und Schule als Orte der Vergesellschaftung spielen dabei eine wesentliche Rolle und verdeutlichen, wie wichtig beispielsweise der Zugang zu Erwerbsarbeit über den rein finanziellen Aspekt hinaus ist, als Raum des Kennenlernens und des Austausches. Daneben ist es auch das Wohnumfeld, wie eine Vertreterin der BVV-Fraktion der CDU betonte, in welchem Zusammenleben gestaltet wird. Die Wichtigkeit einer zeitnahen dezentralen Unterbringung etwa von Neuzugezogenen dadurch einmal mehr verdeutlicht. Ein gutes und gelungenes Zusammenleben, da waren sich unsere Interviewten einig, gelingt durch Begegnungen. So merkte der BVV-Abgeordnete der Partei Die Linke an, dass er immer wieder bei Menschen auf große Vorurteile treffe, die kaum Kontakt zu Personen mit Migrationsgeschichte hätten. Durch die persönliche Erfahrung des Austausches, des Erlebens von Gemeinsamkeiten können „Brücken gebaut" werden, wie es eine BVV-Vertreterin der CDU anmerkte. Doch diese Räume des Dialogs zu schaffen, das betonen sowohl MSO, soziale Träger und Aktive im Feld, bleibt eine große Herausforderung. In unseren Gesprächen wurde immer wieder darauf verwiesen, dass Angebote leicht zugänglich sein müssen. Als ein Beispiel wurde etwa der "Lange Nachmittag der Begegnung" im Märkischen Viertel genannt, bei dem rund 20 Initiativen, Vereine und soziale Träger ihre Türen für die Nachbarschaft und Interessierte öffneten und verschiedene Aktionen anboten. Der Organisationsaufwand eines solchen Formates gestaltet sich weniger aufwendig, als dies bei größeren Festen der Fall ist. Die sozialen Träger und MSO sind sich der Herausforderung bewusst, dass immer wieder neue und aktualisierte Formate und Konzepte ausprobiert werden sollten, um Menschen zusammenzubringen.

Ein, wenn nicht gar das zentrale Motiv in der Integrationsdebatte sind Sprache und Sprachkompetenzen. Sie bleiben das Beurteilungskriterium schlechthin für erfolgreiche Integration (Zwengel/Hentges 2008: 9). Die befragten Menschen mit Migrationsgeschichte teilen die Einschätzung, dass der Erwerb von Sprachkompetenzen ein wichtiges Moment ist, um in der deutschen Gesellschaft anzukommen. Erwerbsarbeit, Bildung, der Umgang mit Behörden, aber auch der alltägliche Austausch mit deutschen Erstsprachlerinnen und Erstsprachlern: dies alles wird durch deutsche Sprachkenntnisse erleichtert und trägt zum subjektiven Wohlbefinden bei. Wie gut dies gelingt, wird im öffentlichen Diskurs oftmals nicht anerkannt. So betonen verschiedene Interviewte, dass gerade Kinder kaum Schwierigkeiten mit dem Spracherwerb haben und auch viele kürzlich zugewanderte erwachsene Reinickendorferinnen und Reinickendorfer schnell in der Lage waren, gute Sprachkompetenzen zu erwerben. Unsere Interviewten sehen nach wie vor die Hauptunterstützungsbedarfe bei Sprachkursen mit Kinderbetreuung, da von der Sprachkenntnis abhängt, ob Mütter bzw. Alleinerziehende an weiteren Angeboten teilnehmen (können).

Bei aller Relevanz, die der Kenntnis der deutschen Sprache zukommt, sollte diese nicht überhöht werden. Denn, wie es ein Interviewter eines sozialen Trägers formulierte, es sei wichtig, auch dann anerkannt und respektiert zu werden, wenn die deutschen Sprachkompetenzen noch nicht so weit fortgeschritten sind - ein Aspekt, der ebenfalls von Menschen mit Migrationsgeschichte betont wird. Ein gesellschaftlicher Umgang mit Vielsprachigkeit, der auf Wertschätzung und Anerkennung von Sprachvielfalt als Gewinn beruht, wäre wünschenswert. Eine dahingehende Entwicklung anzustoßen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, es wäre somit vermessen, diese allein der Bezirksverwaltung und den Akteurinnen und Akteuren im Feld zuzuschreiben. Gleichwohl könnten Akzente gesetzt werden. Neben dem Bereich

Kita/ Schule als einem wichtigen Ort der Wertschätzung von Sprachvielfalt sollte diese von allen Akteurinnen und Akteuren als gesellschaftlicher Zugewinn vermittelt werden. Dazu ist es wichtig, gerade die Reinickendorferinnen und Reinickendorfer verstärkt in öffentliche Räume/ Veranstaltungen mit einzubeziehen, die noch nicht auf Erstsprachniveau Deutsch sprechen. Denn für ein gelungenes Zusammenleben ist es ein zentrales Element zu lernen, dass Kommunikation funktioniert, auch wenn nicht alle Menschen eine gemeinsame Sprache fließend sprechen.

Ein weiterer Aspekt, der mit Sprache und Austausch zusammenhängt, wurde von unseren Interviewten in verschiedenen Zusammenhängen angemerkt: Die Bedeutung der mündlichen Übermittlung von Informationen. Die Erfahrung von sozialen Trägern, MSO und Aktiven im Feld zeigt, dass die mündliche Übermittlung von Informationen eine herausragende Bedeutung hat. Viele schriftliche Informationen, die in Herkunftssprachen verfügbar sind, werden oftmals nicht vollständig aufgenommen – im Übrigen ein Phänomen, das auch deutsche Erstsprachlerinnen und Erstsprachler betrifft. Die Bedeutung der mündlichen Kommunikation wurde ebenfalls betont in Bezug auf gelungene Aktivitäten mit Menschen, die in Gemeinschafts- oder anderen Unterkünften leben. Es wäre somit angezeigt, an vielen Stellen verstärkt auf Sprachmittlerinnen/Sprachmittler bzw. die Integrationslotsinnen/Integrationslotsen und Stadtteilmütter zu setzen. Als positives Beispiel kann hier das zügige, wenn auch befristete, Einstellen von 12 russisch- und ukrainischsprachigen Sprachmittlerinnen und Sprachmittler durch das Bezirksamts Reinickendorf unmittelbar nach dem hohen Zugang ukrainischer Kriegsgeflüchteter im März 2022 gesehen werden. Wünschenswert wäre langfristig, mehrsprachige Fachkräfte zu gewinnen bzw. Sprachmittlerinnen und Sprachmittler dauerhaft einzustellen. Darüber hinaus zeigt sich, dass Angebote dann gut angenommen werden, wenn sie über Mund-zu-Mund-Propaganda weitergetragen werden. Die Effektivität von mündlicher Kommunikation zu berücksichtigen und zu stärken ist eine Frage der Ressourcen bzw. des Einsatzes von Ressourcen. Gleichwohl bietet es sich an, als ein entscheidendes Kriterium für die Mittelvergabe bei Projektausschreibungen den verstärkten Einsatz von sprachmittelnden Personen zu berücksichtigen.

Ein letzter Aspekt ist die Frage nach der Sichtbarkeit von Menschen mit Migrationsgeschichte im Bezirk Reinickendorf. Verschiedene Dimensionen von Sichtbarkeit wurden durch die Interviewten hervorgehoben. Zunächst die Bedeutung von Diversität in allen gesellschaftlichen Feldern, die gerade für Kinder und Jugendliche sehr wichtig ist. Role models mit Migrations- und Fluchtgeschichte, die beispielsweise als Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher oder Sachbearbeitende in der Verwaltung arbeiten, sind von großer Bedeutung. Daneben wird, wie uns scheint, die Gruppe der Seniorinnen und Senioren mit Migrationsgeschichten bislang gesellschaftlich kaum wahrgenommen. Auch im Rahmen dieser Studie konnte dieses Thema lediglich mittels eines Interviews aufgegriffen werden. Dabei wurde deutlich, dass die gesellschaftliche Tatsache, dass Menschen mit Migrationsgeschichte zunehmend in Deutschland alt und auch pflegebedürftig werden, bislang noch wenig thematisiert wird. Dieser sozialen Gruppe fehlt es bislang im Vergleich zu anderen Gruppen wie Familien an stärkerer Sichtbarkeit, sie wird in ihren Bedürfnissen noch nicht hinreichend beachtet.

Insgesamt sehen die von uns interviewten Reinickendorferinnen und Reinickendorfer die gesellschaftliche Anerkennung von Vielfalt und die positive Bezugnahme auf Diversität im Bezirk als unabdingbar für ein gelungenes Zusammenleben an. Damit benennen sie ein Interventionsfeld, das wenig mit materiellen Ressourcen zu tun hat. Es geht vielmehr mit der persönlichen Haltung gerade von Amtsträgerinnen und Amtsträgern, Führungskräften und öffentlichen Persönlichkeiten einher, die das soziale Klima im Bezirk mitprägen. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass unsere Interviewten immer wieder betonten, dass es um eine Verschiebung des Integrationsdiskurses gehen müsse: weg von der Defizitorientierung in Bezug auf Menschen mit Migrationsgeschichte, hin zur Anerkennung und positiven Bezugnahme auf gesellschaftliche Vielfalt. Denn nach Einschätzung der Interviewten mit Migrationsgeschichte funktioniert das alltägliche Zusammenleben in der Regel sehr gut in Reinickendorf; dies werde viel zu wenig gesehen und betont.

Zivilgesellschaftliche und politische Partizipation

Das zivilgesellschaftliche Engagement in Deutschland hat in den vergangenen Jahren stetig zugenommen. Auch Menschen mit Migrationsgeschichte sind zunehmend zivilgesellschaftlich engagiert, wobei ihr Anteil im Vergleich zu Menschen ohne Migrationsgeschichte etwas niedriger liegt (Kausmann et al. 2019: 76)[37]. In Bezug auf die politische Partizipation ist die Datenlage wenig aussagekräftig, da viele Menschen mit Migrationsgeschichte keine deutsche Staatsangehörigkeit innehaben und entsprechend vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen sind. Die fehlende deutsche Staatsbürgerschaft kann darüber hinaus zu Unsicherheiten in Hinblick auf formelle politische Partizipation führen. So berichtete uns eine Politikerin der CDU, dass sie selbst unsicher war, ob es möglich sei, ohne deutsche Staatsbürgerschaft Mitglied einer deutschen Partei zu werden.[38]

Zugleich ist die Artikulation der eigenen Interessen und Bedürfnisse Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe und vertieft diese. Menschen sind mobilisierbar, wenn sie glauben, ihre Interessen gemeinschaftlich besser durchsetzen zu können. Sowohl die Befragten der MSO als auch der sozialen Träger verwiesen darauf, dass die politische Partizipation für die meisten Menschen oft eher im Hintergrund steht, solange existenzielle Probleme zu bewältigen sind: Die Suche nach bezahlbarem Wohnraum, nach Arbeit und die Auseinandersetzung mit dem Schul- und Bildungssystem sowie mit den verschiedenen Verwaltungsangelegenheiten binden Kapazitäten. Des Weiteren scheuen viele Menschen mit Migrationsgeschichte und Fluchterfahrung,

die in ihren Herkunftsländern negative Erfahrungen mit dem politischen System und staatlichen Organen wie Polizei und Militär gemacht haben, vor einem politischen Engagement im engen Sinne zurück. Darüber hinaus fällt es vielen Neuzugezogenen schwer, sich in der deutschen Parteien- und Organisationslandschaft – hier seien exemplarisch Gewerkschaften genannt – zu orientieren. Damit bleibt ein wichtiges Element von gesellschaftlicher Teilhabe schwerer zugänglich. Insbesondere politische Parteien erweisen sich als ‚weiße' Institutionen; wer sich beteiligen will, muss viele Voraussetzungen mitbringen: Kenntnisse deutscher Institutionen und politscher Kultur und, wie der Vertreter einer MSO bemerkte, auch deutscher Sprachkenntnisse auf Erstsprachniveau gelten als unerlässlich. Die Parteivertreter von FDP und Grünen, mit denen wir sprechen konnten, merkten selbstkritisch an, dass sie sich eine verstärkte Öffnung ihrer Parteien wünschen würden. Zugleich betonten Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Parteien, dass die persönliche Ansprache und Werbung ein unverzichtbares Element sei, um Menschen mit Migrationsgeschichte für ein parteipolitisches Engagement auf kommunaler Ebene zu begeistern. Ein Vorschlag, der an uns herangetragenen wurde, war es, überparteiliche Veranstaltungen zu kommunalpolitischen Themen in verschiedenen Sprachen zu organisieren. Die Parteien haben durchaus Mitglieder mit unterschiedlichen Sprachkompetenzen; so könne in einer gemeinsamen Veranstaltung aller demokratischer Parteien gezielt eine Sprachgruppe angesprochen werden. Letztlich bleiben in Bezug auf die Bezirkspolitik alle demokratischen Parteien aufgefordert, die eigenen Zugangsbarrieren für Menschen mit Migrationsgeschichte kritisch zu reflektieren

Um die gesellschaftliche Teilhabe durch Politik zu stärken, ist die aktuell vorangebrachte Installation des **Migrationsbeirats** sehr erfreulich. Insgesamt weisen die Interviewten darauf hin, dass es angezeigt sei, die Zugänge zur Bezirkspolitik barriereärmer zu gestalten. Letzteres ist selbstredend nicht allein im Hinblick auf Menschen mit Migrationsgeschichte zu begrüßen, sondern in Anbetracht der weit verbreiteten Vorbehalte in der Bevölkerung gegenüber der institutionalisierten Politik eine grundsätzlich demokratische Aufgabe. Als erfolgreiches Beispiel für eine „Politik zum Anfassen" wurde das **Behinderten- und Seniorenparlament** genannt.

Auch wenn viele Menschen verhalten auf die Angebote der institutionalisierten Politik reagieren, darf dies nicht als prinzipielles Desinteresse an Politik und Engagement gedeutet werden. Zwei Dinge stellten unsere Interviewten heraus: Zum einen sei das Interesse an deutscher und bezirklicher Politik grundsätzlich gegeben, es müssten jedoch geeignete Formate gefunden werden, die Menschen verstärkt ansprechen. So erzählte uns die Verantwortliche eines sozialen Trägers von einer erfolgreichen Informationsveranstaltung, die der Träger im Vorfeld der letzten Bundestags- und Senatswahl angeboten habe. Selbst vom Erfolg und der hohen Teilnahme überrascht, schloss die Interviewte daraus, dass es einmal mehr von der Niedrigschwelligkeit eines Angebotes abhängt, ob es angenommen wird oder nicht. Wir sehen gerade in Bezug auf bezirkliche Themen, in denen sich die demokratisch gewählten Parteien der Reinickendorfer BVV präsentieren können, ein großes Potential. Auch die Volkshochschule und die Landeszentrale für politische Bildung könnten noch stärker einbezogen werden. Doch den Ausschlag geben in diesem Fall die sozialen Träger und MSO, da sie den besten Zugang zu den Menschen haben. In diesem Zusammenhang muss betont werden, dass die vielen engagierten sozialen Träger und MSO einen Ort für zivilgesellschaftliches Engagement bieten. Es wurde an vielen Stellen vermittelt, wie sich Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte einbringen. Selbstwirksamkeit zu erleben im Stadtviertel bzw. an einem Begegnungsort wie beispielsweise einem Familien- oder Stadtteilzentrum steht dabei im Vordergrund. Dafür müssen, wie viele Interviewte betonen, unkomplizierte Partizipationsmöglichkeiten geschaffen werden; dies sollte bei der Projektvergabe als Kriterium mit herangezogen werden. Auch an dieser Stelle wird einmal mehr die besondere Rolle von MSO deutlich. Wir werden im nächsten Kapitel daher MSO als zivilgesellschaftliche Akteure, die eine Querschnittsaufgabe im Feld der Integrationspolitik wahrnehmen, gesondert betrachten.

[37] Diese Differenz relativiert sich insofern, als dass zwischen in Deutschland geborenen Menschen mit Migrationsgeschichte und Menschen ohne Migrationsgeschichte kein relevanter Unterschied zu bemerken ist.

[38] In Deutschland steht es den zugelassenen Parteien frei, über die Kriterien der Aufnahme von Mitgliedern zu entscheiden. Für die großen demokratischen Parteien stellt die Staatsbürgerschaft kein Kriterium dar, allerdings müssen sowohl die Mitglieder insgesamt als auch die Mitglieder des Vorstandes einer Partei in der Mehrheit die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen (vgl. Gesetz über die politischen Parteien). Dies ist ein gutes Beispiel für etwaige Wissenslücken bei Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte, denen durch parteiübergreifende Informationsveranstaltungen entgegengewirkt werden könnten.

06

Migrantische Selbstorganisationen als Vielfaltsakteurinnen

06. Migrantische Selbstorganisationen als Vielfaltsakteurinnen

Migrantische Selbstorganisationen rückten in den vergangenen zwei Dekaden verstärkt ins Zentrum integrationspolitischer Debatten. Sie werden als wichtige Kommentatorinnen bei gesellschaftspolitischen Fragen zu Toleranz, Vielfalt und Teilhabe adressiert. Als Mittlerinnen zwischen den verschiedenen Communities und der Aufnahmegesellschaft sind sie mittlerweile von politischer Seite anerkannt:

„Migrantenorganisationen bilden Brücken zwischen Einwanderern und deren Familien und der einheimischen Bevölkerung. Sie können wichtige Akteure der Integration sein. Das gilt beispielsweise für Fragen des Spracherwerbs, des bürgerschaftlichen Engagements, des frühen Besuchs von Kindertageseinrichtungen und der Elternbeteiligung. Sie können der einheimischen Gesellschaft und der Politik die Probleme vermitteln, denen sich Migrantinnen und Migranten ausgesetzt sehen. Es ist daher der richtige Weg, wenn Bund, Länder, Kommunen und nicht staatliche Akteure Migrantinnen und Migranten und deren Organisationen in die Gestaltung von Integrationsmaßnahmen einbeziehen (Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012: 28).“

Auch das Berliner PartMigG hebt die Bedeutung von MSO hervor, indem es unter Paragraf 51 als Ziel formuliert: **„die Partizipation fördernden Strukturen auf Landes- und Bezirksebene sichern und weiterentwickeln, sowie Personen mit Migrationsgeschichte und ihre zivilgesellschaftlichen Organisationen fördern, einbinden und unterstützen“.** Diese Zielsetzung wird auch von unseren Befunden gestützt, allerdings bleibt in der wissenschaftlichen wie politikpraktischen Diskussion offen, was genau unter einer MSO zu fassen ist und wo ihre Potentiale als Organisationen im Einzelnen liegen. Der im Jahr 2017 vorgelegte zweite **ZiviZ-Survey (ZiviZ: „Zivilgesellschaft in Zahlen“)** fasst grundlegend eine Organisation mit einer überwiegenden Mehrheit an Mitgliedern mit Migrationsgeschichte als MSO (Priemer et al. 2017: 41). Auch was eine genaue Zahl an (aktiven) MSO anbelangt, bleibt eine Bestimmung herausfordernd. Der **ZiviZ-Survey** kommt anhand einer bundesweiten Vereinsliste durch eine Namensanalyse auf eine Anzahl von 17.414 MSO in Deutschland. Etwas detaillierter definiert die aktuelle Studie des **Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Migration und Integration:**

„Migrantenorganisationen [als] (1) gemeinnützige Zusammenschlüsse, (2) die mindestens zur Hälfte von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte getragen werden oder von entsprechenden Personen gegründet wurden und (3) bei denen für ihr Selbstverständnis, ihre Ziele und Aktivitäten eine Migrationserfahrung im weitesten Sinne zentral ist (Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2020: 9).“

Auf Basis einer Vollerhebung in vier Bundesländern, darunter Berlin, kommt die Studie des **Sachverständigenrat für Integration und Migration** auf eine Schätzung zwischen 12 400 und 14 300 in Deutschland (ebenda: 13); auf Berlin kommen 732 Organisationen.

MSO ist damit eine Sammelbezeichnung für Zusammenschlüsse mit unterschiedlichsten Organisationsgraden. Sie unterscheiden sich in Bezug auf Mitgliederzahl, Professionalisierungsgrad und in Hinblick auf die Aktivitäten, die sie entfalten können und wollen. Die von uns befragten MSO sehen die bezirkliche Ebene als eines ihrer Aktionsfelder, jedoch haben alle interviewten Organisationen einen Fokus auf Gesamtberlin sowie teilweise darüber hinaus. Ihre Arbeit soll nun näher betrachtet werden.

6.1 Migrantische Selbstorganisationen in Reinickendorf

Wir konnten mit fünf in Reinickendorf ansässigen MSO sprechen, hinzu kamen der Vertreter einer Islamischen Gemeinschaft aus Reinickendorf, ein Vertreter der Community mit polnischer Migrationsgeschichte, der allerdings keine MSO im oben definierten Sinne repräsentiert, sowie ein informelles Gespräch mit einer Vertreterin der Gruppe der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler aus Russland. Ebenfalls sprechen konnten wir mit zwei Personen der **Aussiedlerberatung Reinickendorf.** Die Anbahnung der Gespräche erfolgte auf der Basis einer durch das Büro für Partizipation und Integration aufbereiteten Liste von ihnen bekannten derzeit aktiven MSO/Vereinigungen.

Von diesen fünf MSO im engen Sinne ist eine MSO strukturell vergleichsweise gut aufgestellt und eher mit einer professionalisierten Nichtregierungsorganisation (NRO) zu vergleichen. Sie verfügt über größere eigene Räumlichkeiten und drei hauptamtliche Mitarbeitende. Der Verein wird professionalisiert geführt und wirbt regelmäßig Projektmittel ein. Es bestehen gute Verbindungen zu Schulen, die sich aus dem bildungspolitischen Fokus des Vereins ergeben und sich über ganz Berlin erstrecken. Die bezirkliche Ebene adressiert der Verein nicht direkt, sein Wirkungsradius ist auf Berlin ausgelegt. Zwei weitere MSO sind ebenfalls als professionell organisiert und geführt zu bezeichnen und haben ebenfalls

mit ihrer Arbeit die gesamte Stadt im Blick. Sie sind auch auf Bezirksebene gut eingebunden und beteiligen sich in einigen Kiezrunden sowie in den verschiedenen bezirklichen Foren. Auch stellen sie zum Teil **Bürgerdeputierte** für die **BVV Reinickendorf.** Eine andere MSO ist noch im Aufbau begriffen. Obwohl schon aktiv und im regen Austausch mit dem Büro für Partizipation und Integration, fehlt es ihr etwa an eigenen Räumlichkeiten, um Aktivitäten auszubauen.[39] Auch berichtet hier der Interviewpartner davon, dass sie als Verein noch Kompetenzen aufbauen müssen, gerade in Bezug auf die Beantragung von Fördermitteln. Insgesamt fehlt ihnen nach eigenen Aussagen das Wissen in Bezug auf Vereinsrecht und die Berliner Förderlandschaft. Dementsprechend agiert die letztgenannte MSO auf ehrenamtlicher Basis, da keine Mittel für hauptamtliche Mitarbeitende zur Verfügung stehen.

Die MSO, mit denen wir sprechen konnten, vertreten den Anspruch, sowohl in ihre jeweiligen Communities als auch in die Gesellschaft hineinzuwirken. Nach innen zu unterstützen bedeutet ihrem Selbstverständnis nach mehr als bloße Hilfe bei Behördengängen, beim Ausfüllen von Formularen, beim Übersetzen und Dolmetschen und beim Vermitteln in Konfliktsituationen mit Behörden und Bildungsinstitutionen. Vielmehr ist es den MSO ein Anliegen, ihre Communities zu stärken, zu empowern und letztlich zu mehr Sichtbarkeit zu verhelfen. Dabei nimmt die Wissensvermittlung nach beiden Seiten einen besonderen Stellenwert ein. Das betrifft einerseits die Communities selbst, denen manchmal das Verständnis für die Alteingesessenen und deren Angewohnheiten fehlt. Auf der anderen Seite sehen alle interviewten Aktiven von MSO im Mangel an Wissen über Herkunftsländer, über deren Geschichte und politische Gegenwart, über Kulturen, Feste und Traditionen einen wichtigen Faktor für die Entstehung von Vorurteilen, Stereotypisierungen und auch Diskriminierungen. Deshalb haben alle von uns befragten MSO das besondere Anliegen, ihre Communities mit alteingesessenen Einwohnerinnen und Einwohnern zusammenzubringen. Diesbezüglich merkte eine interviewte Person an, dass auch die Communities gerne unter sich blieben und es wünschenswert wäre, dieses Verhaltensmuster zu ändern. Auch in Bezug auf die Gemeinschaftsunterkünfte sehen sich gerade die MSO, die Herkunftsländer repräsentieren, die auch in den Unterkünften anzutreffen sind, als potentielle Kooperationspartnerinnen.

Aus bezirklich-institutioneller Perspektive sind die aktiven MSO in diverse Foren eingebunden. Einige sind in Kiezrunden aktiv. Die auf Bezirksebene bekannten MSO werden zu verschiedenen Netzwerkrunden eingeladen; jedoch nehmen nicht alle die verschiedenen Angebote wahr. Letzteres muss sicherlich in Zusammenhang mit den personellen Ressourcen gesetzt werden, insbesondere wenn die Organisationen vollständig ehrenamtlich getragen werden. Verschiedene Moscheegemeinden sind ebenfalls auf Stadtteilebene aktiv und beteiligen sich am Quartiersrat oder in den Kiezrunden. Insgesamt wird die Wertschätzung und Anerkennung von MSO in Berlins Politik und Verwaltung im bundesdeutschen Vergleich positiv hervorgehoben (Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2020: 35-36). Dennoch lassen sich aus dieser kurzen Skizze die Schwierigkeiten erkennen, die sich in der großen Heterogenität in Bezug auf Ausstattung und Organisationsgrad, Mitgliederzahl und inhaltliche Ausrichtung von MSO ergeben.

6.2 Migrantische Selbstorganisationen empowern, Netzwerke stärken

Wie bereits dargestellt, ist der Begriff migrantische Selbstorganisationen ein Sammelbegriff für verschiedene Vereine und Organisationen, die sich in Bezug auf Ziele, Kapazitäten und Potentiale erheblich unterscheiden. Dies erschwert eine passgenaue Unterstützung und, darauf basierend, eine Ausweitung der Kooperationen etwa auch im Verwaltungsbereich. Allgemein gesprochen, kommen professionalisierte MSO – im Wesentlichen ziehen wir als Indikatoren hauptamtlich Beschäftigte, eigene Räumlichkeiten und Zugang zu Projektmitteln in größerem Umfang heran – vom Organisationsgrad her sozialen Trägern nahe. Sie sind in Netzwerke eingebunden bzw. haben sich selbst ihre Netzwerke aufgebaut und arbeiten mit einer Struktur, die Haupt- und Ehrenamt kombiniert. Diese MSO haben oft eine definierte Agenda; ihren Wirkungsradius stecken sie klar ab. Darüber hinaus verfügen sie über die notwendigen Kenntnisse, um Projekte zu initiieren und zu verwalten. Dem gegenüber stehen kleine Vereine und kaum formalisierte Zusammenschlüsse, die sich das institutionelle Wissen erst aneignen müssen. Zwischen diesen beiden Polen gibt es eine Vielzahl an Abstufungen.[40] Die MSO eint dabei das Anliegen, Stereotypisierung und Vorbehalte in der deutschen Gesellschaft gegenüber ihren Communities abzubauen. Respekt und Wertschätzung von Vielfalt als zentrales Element eines gelungen Zusammenlebens zu vermitteln, steht für die MSO und auch für den Vertreter der religiösen Gemeinschaft, mit dem wir sprechen konnten, im Zentrum ihrer Aktivitäten. Einige Vertreterinnen und Vertretern von MSO beanspruchten für ihre Organisationen einen dezidiert unabhängigen und politischen Positionen übergeordneten Ansatz, um Vorbehalten gegenüber der formalisierten Politik oder verschiedenen politisch-ideologischen Strömungen entgegenzuwirken und ihre Communities dadurch zu einen.

Die bezirkliche Ebene bildet für MSO nur eine mögliche Wirkungsebene neben der Landes- und Bundesebene. Dennoch sehen die von uns befragten MSO in der Vernetzung und in den guten Kontakten zum Büro für Partizipation und Integration einen wichtigen Aspekt, um etwa über

[39] Wie in vielen Berliner Bezirken ist es auch in Reinickendorf schwer, angemessene Räumlichkeiten zu bezahlbaren Preisen zu finden.

[40] Einen Überblick für Gesamtberlin bietet die Liste der berechtigten Vereine und Organisationen zu Wahl des Migrationsbeirats (siehe https://www.berlin.de/lb/intmig/integrationsbeirat/wahlen/oeffentliche-liste-532880.php).

die verschiedenen Foren zu wirken und sich institutionell und in ihren Kompetenzen weiterzuentwickeln. Darüber hinaus betonen sie, dass die persönliche Begegnung und der direkte Austausch mit dem Büro für Partizipation und Integration und anderen Verwaltungseinheiten sowie auch mit der Bezirkspolitik von großer Bedeutung für sie ist. Dadurch sehen sie ihre Arbeit wertgeschätzt und unterstützt. Letzteres entspreche ebenfalls der Wertschätzung durch persönliche Kommunikation sowie der oralen Kultur vieler Weltregionen. In Bezug auf MSO ergeben sich zwei integrationspolitische Fragestellungen: Erstens, wie können MSO noch wirksamer gefördert werden; zweitens, wie kann die Zusammenarbeit mit MSO und weiteren Akteuren/Akteurinnen gestärkt werden?

Verstärkt bringen sich die MSO, wie auch in der Novellierung des Berliner PartMigG anvisiert, u.a. über die verschiedenen bereits erwähnten Formate in Reinickendorf ein. Dennoch ist es nicht allen aktiven und mit dem Büro für Partizipation und Integration in Kontakt stehenden MSO möglich, eine regelmäßige Teilnahme zu gewährleisten. Die von uns befragten MSO haben alle Ambitionen geäußert, in Institutionen hineinzuwirken. Als mögliche Bereiche wurden Kitas und Schulen, aber auch die Bezirksverwaltung und eine verstärkte Kooperation mit Geflüchtetenunterkünften genannt.

Der Dreh- und Angelpunkt bleibt dabei die Organisationsentwicklung an sich. Um professionalisierte Angebote entwickeln zu können, müssen sich die MSO selbst professionalisieren. Die Organisationsentwicklung umfasst unter anderem das Aneignen von professionellem Know-how zum Organisationsaufbau, Vereinsrecht und im besonderen Maße zur Beantragung von Projektmitteln. Solche Organisationsentwicklungsprozesse dauern jedoch für gewöhnlich Jahre, wie sich an den bereits professionalisierten MSO zeigt. Wenngleich dies sicherlich wünschenswert wäre, scheint es uns für den Moment eher angezeigt, die aktuellen Bedarfe individuell für die Organisationen zu ermitteln, um mit einen solchen Entwicklungsprozess beginnen bzw. diesen weiter ausbauen zu können. Darauf aufbauend muss eine Strategie für die weitere Einbindung von MSO entwickelt und Schwerpunkte gesetzt werden. Die uns vermittelten Einschätzungen verschiedener MSO zeigen, dass die diesbezügliche Wissensvermittlung nicht durch gebündelte Workshops ermöglicht werden kann. Vielmehr bedarf es einer individuellen Beratung, die im Sinne einer Organisationsentwicklung auch die Ziele einer MSO bearbeitet, ihre Position als gesellschaftspolitische Akteure stärkt und entsprechend Unterstützung bietet. In Berlin kann das Angebot der Servicestelle des Interkulturellen Kompetenznetzwerk für migrantische Selbstorganisationen genutzt werden. Wir sehen darüber hinaus aktuell in der Vernetzung mit anderen Akteurinnen und Akteuren und untereinander ein großes Potential. Grundsätzlich ist auch an eine gemeinschaftliche Nutzung von Räumen denkbar wie beispielsweise in dem 2023 entstandenen interkulturellen Zentrum BBK Linde.

Insgesamt wünschen sich viele MSO einen häufigeren Kontakt mit dem Büro der Beauftragten für Partizipation und Integration bzw. mit dem Bezirksamt und verschiedenen weiteren Verwaltungseinheiten, um sich über die Belange ihrer Communities auszutauschen. Wir sehen im Ausbau und Dialog zwischen Verwaltungseinheiten, Bezirkspolitik und anderen Akteurinnen und Akteuren einen zentralen Aspekt, der in einer zukünftigen Vielfaltspolitik auch und gerade von den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern der Bezirksverordnetenversammlung noch stärker berücksichtigt werden könnte. Darüber hinaus betrifft die Frage nach Austausch und Kooperation die allgemeine Vernetzungsarbeit im Bezirk. Dabei gilt es auch zu beachten, dass Gruppen, MSO und Communities, die weniger im Zentrum aktueller gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen stehen, nicht übergangen werden. Gerade Gruppen, die bereits gut organisiert und vernetzt sind und die medial als „gut integriert“ gelten, sollte weiterhin die Möglichkeit gegeben werden, an den verschiedenen Aktivitäten wie bpsw. der Interkulturellen Woche in Reinickendorf zu partizipieren. Insgesamt lassen sich bezüglich der MSO gewisse Optimierungspotentiale und Handlungsoptionen erkennen, die im folgenden Kapitel vertieft betrachtet werden.

[41] Siehe https://ikmo-berlin.de/ und https://www.via-in-berlin.de/

07

Empfehlungen für eine zukünftige integrationspolitische Arbeit in Reinickendorf

7. Empfehlungen für eine zukünftige integrationspolitische Arbeit in Reinickendorf

In der vorliegenden Studie wurden verschiedene Aspekte und Herausforderungen der bezirklichen Integrationspolitik in Reinickendorf herausgearbeitet. Es ist augenfällig, wie viele Aktivitäten die sozialen Träger, migrantischen Selbstorganisationen, das Bezirksamt sowie die vielen weiteren Aktiven in diesem Feld in guter und vertrauensvoller Kooperation entfalten. Gerade aufgrund dieser guten Ausgangslage sehen wir an verschiedenen Stellen Optimierungspotentiale, welche die gesellschaftliche Teilhabe aller aktuell in Reinickendorf lebender Menschen weiter stärken kann. Wir haben dabei vier umfassende Handlungsfelder identifiziert, die wir im Folgenden präsentieren möchten. Diese umfassen erstens die weitere diversitätssensible Umgestaltung der Bezirksverwaltung selbst, zweitens stärkere Förderung und Einbindung von migrantischen Selbstorganisationen, drittens die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen allen relevanten Akteurinnen und Akteuren auf bezirklicher Ebene und viertens die Wertschätzung von Diversität im Gesamtbezirk. Wir adressieren dabei alle Aktiven im Politikfeld, auch wenn ein Schwerpunkt der Handlungsempfehlungen auf dem Verwaltungshandeln liegt.

7.1 Diversitätssensible Organisationsentwicklung weiterführen: Die Reinickendorfer Bezirksverwaltung

Aus integrationspolitischer Perspektive steht die Reinickendorfer Bezirksverwaltung vor Herausforderungen, die die bundesdeutsche Verwaltung insgesamt prägen und die daher in der überwiegenden Mehrheit kein Spezifikum darstellen. Des Weiteren finden sich viele Überschneidungen zu allgemeinen Debatten um eine einwohnernahe und diversitätssensible Verwaltung. Gerade deshalb sehen wir potenzielle Synergieeffekte, die zu einem allseitigen Gewinn und zu größerer Zufriedenheit sowohl der Verwaltungsangestellten als auch aller Einwohnenden Reinickendorfs führen können, wenn Bedarfe passgenauer aufeinander abgestimmt würden.

Personalpolitik

Diversität in der Verwaltung abzubilden, beinhaltet weit mehr als Personalpolitik. Jedoch ist die Personal- und Einstellungspolitik einer der zentralen Aspekte, der verstärkt Beachtung finden sollte. Die Personalgewinnung sollte sich noch stärker bemühen, Menschen mit diversen Hintergründen und gerade auch Menschen mit Migrationsgeschichte zu rekrutieren. Das Gewinnen von Auszubildenden bildet einen wichtigen Ansatzpunkt; die Bemühungen der bezirklichen Personalabteilung sollten noch weiter verstärkt werden bspw. durch verstärkte Kooperationen mit Schulen in Hinblick auf Berufsinformationstage. Es wäre wünschenswert, eigene Formate zu entwickeln, die die Bedeutung von Vielfalt für Verwaltungshandeln hervorheben und damit um Jugendliche/ zukünftige Auszubildende mit diversen Hintergründen werben. Gewinnbringend wären diesbezüglich Kooperationen mit migrantischen Selbstorganisationen und sozialen Trägern der Jugendarbeit. Des Weiteren sollten Sprachkenntnisse als wünschenswerte Kompetenz und ggf. auch als ein Einstellungskriterium berücksichtigt werden. Gesellschaftliche Diversität sollte sich noch stärker auf allen Ebenen von Verwaltung abbilden und daher auch bei der internen Personal- und Beförderungspolitik Berücksichtigung finden. Hier empfehlen wir, ein gesondertes Augenmerk auf die interne Personalentwicklung und die Förderung von Führungskräften zu legen. Diversitätskompetenzen, die durch Weiterbildungen belegt werden könnten bzw. sollten, sowie Sprachkompetenzen sollten integrale Bestandteile von Qualifikationsbeurteilungen für Führungspositionen werden wie es im PartMigG auch in Bezug auf migrationsgesellschaftliche Kompetenz vorgesehen ist.

Gerne übergangen werden externe Dienstleistende etwa im Bereich Sicherheit. Hier empfehlen wir nach Möglichkeit, die internen Weiterbildungsangebote für diese Mitarbeitenden zu öffnen und bei der Vergabe von Aufträgen an externe Dienstleistende diversitätssensible und interkulturelle Aspekte zu einem wichtigen Kriterium zu machen. Es wäre denkbar, auch in Kooperation mit den externen Firmen bedarfsgerechte Formate speziell für diesen Aufgabenbereich zu entwickeln.

Informationen diversitätssensibler gestalten

Einige Verwaltungseinheiten des Bezirksamts geben bereits Informationen, Broschüren und Veröffentlichungen in verschiedenen Sprachen heraus (z.B. mehrsprachige Informationen zum Katastrophenschutz). Dies für die gesamte bezirkliche Verwaltung weiter auszubauen ist wünschenswert und betrifft vor allem auch die Webseite des Bezirksamtes. Gleichwohl sollte der Zugang nicht nur durch Mehrsprachigkeit, sondern auch durch die Verwendung einfacher Sprache erleichtert werden. Beide Aspekte werden bislang in der bundesdeutschen Verwaltung zu wenig adressiert. Die Bereitstellung von Dokumenten in einfacher Sprache und der mehrsprachige Aus- und Umbau der Informationssysteme und Webseiten obliegt jedoch nicht allein den Bezirksverwaltungen. Aus diesem Grund sind die Handlungsspielräume kommunaler Verwaltungen begrenzt. Dennoch sollten diese, wo vorhanden, konsequent genutzt werden. Dabei kommt den politischen Akteurinnen und Akteuren eine besondere Verantwortung zu. Sie sollten ihre Möglichkeiten nutzen, die Bedeutung dieser beiden Aspekte an höhere Entscheidungsebenen wie beispielsweise den Berliner Senat zu kommunizieren.

Deutsches Verwaltungshandeln an sich stellt für viele Menschen – mit oder ohne Migrationsgeschichte – eine Herausforderung dar. Unsere Studie hat gezeigt, wie wichtig der Einsatz von Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern im direkten Kontakt und bei Vor-Ort-Terminen sowohl für Verwaltungsmitarbeitende als auch für Klientinnen und Klienten mit geringen deutschen Sprachkenntnissen ist. Die direkte Übersetzung und damit verbunden auch die Erläuterung der zugrundeliegenden Verwaltungslogiken erleichtert für beide Seiten die Bearbeitung des Anliegens. Aus diesem Grund sollten vom Bezirksamt verstärkt Ressourcen für Sprachmittlerinnen und Sprachmittler sowie Verwaltungslotsinnen und -lotsen für Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte bereitgestellt werden. Die Ergebnisse zeigen, dass eine Kombination von Sprachmittlung bei gleichzeitiger Vermittlung der Verwaltungslogik sinnvoll wäre. Dadurch könnten viele Missverständnisse vermieden werden. Dieser Punkt führt uns zum Vorschlag eines Infopoints im Rathaus Reinickendorf.

Die Einrichtung eines Infopoints im Bezirksamt Reinickendorf

Viele Menschen haben Schwierigkeiten, sich innerhalb von Verwaltungsstrukturen in Bezug auf Leistungen aller Art, aber auch in Hinblick auf Angebote und Möglichkeiten auf bezirklicher Ebene zu orientieren, wie wir an verschiedenen Stellen in dieser Studie betont haben. Diese Orientierungsschwierigkeiten treffen Menschen ohne Migrationsgeschichte ebenso wie Menschen mit Migrationsgeschichte. Deshalb sollte diesem Missstand aktiv und gebündelt entgegengewirkt werden. Wünschenswert ist ein leicht zugänglicher Ort in Form eines **Infopoints** zu allen Belangen des täglichen Lebens: Verwaltung, Jobcenter, Arbeitsagentur, aber auch Freizeitgestaltung und politisches und ehrenamtliches Engagement. Ein solcher **Infopoint** könnte Informationsmaterial bereitstellen und in einer ersten mündlichen, ggf. sprachmittlungsgestützten Beratung vor allem an weitere Stellen sowie an verschiedene Vereine, Initiativen und auch MSO verweisen. Damit könnte über die vielfältigen, bereits bestehenden bezirklichen und überbezirklichen Angebote besser informiert werden. Im Sinne eines Empowerment-Ansatzes gegenüber Menschen mit Migrationsgeschichte wäre zu wünschen, die Ombudsstelle der **Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung** des Landes Berlin ebenfalls zu bewerben, ihre Funktionsweise zu erklären und die Menschen dazu zu ermutigen, diese ebenso wie die **Registerstelle Reinickendorf** zu nutzen, sollte es notwendig erscheinen.

Die Vielfalt der Reinickendorferinnen und Reinickendorfer verstärkt sichtbar machen

Vielfalt in Bebilderungen, Plakaten, Veröffentlichungen sichtbar zu machen ist ein wesentlicher und einfach umsetzbarer Aspekt von Wertschätzung. Darüber hinaus wäre es wünschenswert, die Reinickendorferinnen und Reinickendorfer mit und ohne Migrationsgeschichte verstärkt in eine mögliche Gestaltung des Rathauses als Ort der Vielfalt einzubeziehen. Denkbar ist beispielsweise eine projektorientierte Begehung des Rathauses in Kooperation mit allen Beauftragten, sozialen Trägern und MSO, bei der Reinickendorferinnen und Reinickendorfer ihre Ideen und Optimierungsvorschläge in Bezug auf Diversität und Barrierefreiheit einbringen können. Ebenfalls denkbar wäre eine noch stärkere Nutzung des Rathauses als Ort für Ausstellungen oder für Präsentationen von Projektergebnissen. Formate wie der „Tag des offenen Rathauses“ bieten ebenfalls Raum für kreative Weiterentwicklungen und den weiteren Einbezug von MSO.

Identifizierung von Handlungspotentialen aus der Verwaltung heraus

Dieser abschließende Aspekt umfasst den gesamten Apparat der Reinickendorfer Bezirksverwaltung. Die Mitarbeitenden selbst sind Expertinnen und Experten für Verwaltungsabläufe und Optimierungspotentiale. Aus diesem Grund kann ein diversitätssensibler Wandel am besten aus der Verwaltung selbst heraus angestoßen und umgesetzt werden. Die Bezirksverwaltung Reinickendorf nimmt bereits seit einiger Zeit am Programm der integrationspolitischen Leitinitiative **Berlin braucht Dich! Diversität verankert: systemisch-vernetzt** teil. Dabei setzt sich das Bezirksamt Reinickendorf seit 2022, moderiert durch den Träger BQN Berlin e. V., mit Fragen zur diversitätssensiblen Öffnung der Verwaltung auseinander. Das Projekt nähert sich Mitte 2024 seinem Ende. Wir raten nachdrücklich zu einer vertieften Fortsetzung dieses Prozesses, um die Identifizierung von Bedarfen in einzelnen Abteilungen voranzubringen. Wir regen zu der Überlegung an, ob ein solcher Prozess nicht in die Verabschiedung eines verbindlichen und durch die Bezirkspolitik zu evaluierenden Aktionsplanes oder eines Konzeptes münden könnte, in dem aus den jeweiligen Verwaltungseinheiten heraus Bedarfe und Meilensteine identifiziert und Umsetzungszeiträume festgehalten werden könnten.

Regelfinanzierung ausbauen, projektorientierte Förderung effektiv einsetzen

Nachhaltiges Wirken bedarf einer stabilen Finanzierungsbasis. In vielen Politikfeldern kann in den letzten Dekaden eine Verschiebung von der Regelfinanzierung hin zur projektbasierten Finanzierung beobachtet werden. Beide Finanzierungsmodi haben Vor- und Nachteile. Daher sollte abgewogen werden, in welchen Bereichen eine Regelfinanzierung bessere und nachhaltigere Ergebnisse zeitigen kann und wo eine Projektförderung zu gewünschten Ergebnissen führen kann. Projektorientierte Förderung empfiehlt sich gerade, wenn soziale Träger oder MSO kleinere Aktivitäten entfalten wollen, die an kurzfristigen Bedarfen orientiert sind. Darüber hinaus hat Projektförderung gegenüber der Regelförderung einen Vorteil, wenn neue Ansätze erprobt werden sollen oder gesellschaftliche Entwicklungen absehbar nicht von Dauer sein werden und daher nicht über eine Regelfinanzierung gefördert werden müssen.

Eine Regelförderung ist immer dann sinnvoll, wenn Bedarfe aller Wahrscheinlichkeit nach über einen längeren Zeitraum bestehen bleiben. Hier ist es wenig effizient und effektiv, wenn Organisationen nicht langfristig planen können und in den Zirkel der Antragstellung hineingedrängt werden. Ressourcen müssen unnötig in Antragstellung und Abwicklung des Projektes investiert werden. Darüber hinaus ist eine befristete Finanzierung gerade in Hinblick auf ein nachhaltiges Personalmanagement problematisch, da qualifiziertes und eingearbeitetes Personal nicht dauerhaft gebunden werden kann.

Im Falle der bezirklichen Integrationspolitik stellt der vom Berliner Senat bereitgestellte Integrationsfonds den wichtigsten Teil des Budgets dar. Doch gerade diese Mittel sind nicht verstetigt, über den Umfang der zur Verfügung gestellten Mittel wird jährlich bzw. pro Doppelhaushalt neu entschieden. Damit wird der Aufbau dauerhafter Strukturen auf bezirklicher Ebene erschwert. Die politisch Verantwortlichen in Reinickendorf sollten die ihnen offenstehenden Kommunikationsforen noch weiter nutzen, um für eine Ausweitung und Verstetigung von Mitteln in der integrationspolitischen Arbeit zu werben. Des Weiteren wäre perspektivisch eine Evaluation der unterschiedlichen Bedarfe hilfreich, die darüber hinaus nach benötigter und konkreter Dauer und Kontinuität der Projektfinanzierung fragt. Damit könnten Projektförderungen passgenauer zugeschnitten und Ressourcen effizient und effektiv genutzt werden. Gleichwohl ist diese Aufgabe nicht eine bezirkliche, sondern wäre als Evaluation auf Gesamtberlin anzulegen und sollte entsprechend kommuniziert werden.

7.2 Migrantische Selbstorganisation stärken

Migrantische Selbstorganisationen haben mittlerweile einen festen Platz im Feld der (kommunalen) Integrationspolitik. Jedoch handelt es sich sowohl bundes- und landesweit als auch in Reinickendorf um ein sehr heterogenes Feld was Ausrichtung, Kompetenzen und Bedarfe anbelangt. Aus diesem Grund halten wir es für angezeigt, zunächst einmal mehr Informationen über die aktiven MSO in Reinickendorf, ihre Zielsetzungen, Aktionsradien und Bedarfe zu ermitteln. Damit können zwei unterschiedliche Ziele angegangen werden. Erstens müssen die Bedarfe genauer ermittelt werden. In Bezug auf die Problemfelder Räumlichkeiten, finanzielle Ressourcen und Weiterbildungen/ Kompetenzaufbau könnte eine einfache Email-Abfrage durch das Büro für Büro für Partizipation und Integration bei allen ihm bekannten MSO in Reinickendorf eine erste Übersicht über dringende Bedarfe verschaffen, um schnell Unterstützungsangebote, etwa im Bereich Räume zu entwickeln. Als zweiten Schritt schlagen wir eine umfassendere Evaluation von MSO vor. Denn um stichhaltige Aussagen darüber treffen zu können, wo und in welchem Umfang MSO noch stärker eingebunden werden könnten, wenn sie dies denn wollten (etwa in Bezug auf die Ausarbeitung didaktisch aufbereiteter Unterrichtseinheiten für Schulen), ist es unabdingbar, mehr Wissen über ihre Zielsetzungen, inhaltlichen Schwerpunkte und Zukunftsvisionen zu erfahren. Wir regen daher eine Evaluation der MSO in Reinickendorf an – denkbar wäre hier eine Kooperation mit einer Universität/ Hochschule in Berlin im Rahmen eines Studierendenprojektes. Es sollten grundlegende Informationen zu Ausrichtung, Zielen, vorhandenen Kompetenzen und Ressourcen sowie Herausforderungen ermittelt werden. Auf Basis einer solchen Evaluation könnte das Büro für Partizipation und Integration zum einen Unterstützungsmöglichkeiten entwickeln. Diesbezüglich wäre ein eigenes Budget sinnvoll, ebenso wie Unterstützung in Hinblick auf die knappen Raumkapazitäten, wie dies in einigen anderen Berliner Bezirken bereits der Fall ist. Zum anderen könnten die MSO mit diesem Wissen noch stärker in Netzwerke und Kooperationen eingebunden werden. Gemeinsam mit den MSO sollte herausgearbeitet werden, wie und an welchen Stellen sie eingebunden werden möchten und wie Akteurinnen und Akteure mit ihnen Kooperationen aufbauen könnten. Hier ist es von gesonderter Bedeutung, Akteurinnen und Akteuren mitzudenken, die bislang nicht immer in bereits bestehende Netzwerke eingebunden sind, wie beispielsweise Schulen und Kitas oder Sportvereine. Des Weiteren könnten auch soziale Träger ihre Kooperationen reflektieren und weiterentwickeln, um sie einfacher und passgenauer auszuweiten. Organisationsintern ginge es darum, auszuloten, wo MSO noch stärker sinnvoll und gewinnbringend einzubinden wären.

Perspektivisch ist es ebenfalls denkbar, Verwaltung und MSO stärker zusammenzubringen. Um Menschen mit Migrationsgeschichte näher an die Verwaltungsarbeit, ihre Logiken und Besonderheiten heranzuführen, wären aufbereitete Verwaltungs-Empowerment-Angebote durch MSO ein gangbarer Weg. Ziel solcher Veranstaltungen, die beispielsweise über Stadtteil- und Familienzentren oder durch einen neu einzurichtenden Infopoint organisiert werden könnten, sollte es sein, grundsätzlich über die Funktionsweise deutscher Verwaltungen bzw. von Verwaltungseinheiten aufzuklären. Dies käme dem Bedürfnis nach verstärkter mündlicher und persönlicher Kommunikation entgegen und nähert sich einmal mehr der Idee von Verwaltungslotsinnen und -lotsen an.

7.3 Vertiefung der Zusammenarbeit auf bezirklicher Ebene

Die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren ist ein wichtiges Element zur Ausgestaltung des gelungenen Zusammenlebens im Stadtteil. Im Bezirk Reinickendorf sowie in den einzelnen Stadtteilen gibt es gut funktionierende Foren, Initiativen und Runden. Allerdings lässt sich eine gewisse Unübersichtlichkeit konstatieren, die sich unseres Erachtens negativ auf die Beteiligung auswirken könnte. Dies betrifft auch die Runden, in denen sich Reinickendorferinnen und Reinickendorfer selbst aktiv einbringen können. Wir schlagen deshalb verschiedene Maßnahmen vor, die zu mehr Transparenz und Beteiligung führen könnten.

Austauschforen, die Verwaltungseinheiten und professionelle Träger im Feld der Integrationspolitik adressieren

An dieser Stelle werden nicht die ausschließlich verwaltungsinternen Austauschrunden in den Blick genommen. Vielmehr sind für die Einwohnenden Reinickendorfs die Formate interessant, die auch zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure miteinbeziehen. Im Sinne der Transparenz schlagen wir vor, diese verschiedenen und auf Dauer angelegten Runden, Foren und Arbeitsgemeinschaften, die von Einheiten der Bezirksverwaltung (mit)organisiert werden, auf der Webseite des Bezirksamtes anzuführen und deren Funktion knapp zu erläutern. Wir sehen darin einen Mehrwert für die Reinickendorferinnen und Reinickendorfer ebenso wie für die Verwaltung selbst. Durch die Erläuterung von Zielen und Hintergründen zu diesen Runden und Foren kann Transparenz geschaffen und zugleich die Arbeit der Bezirksverwaltung besser an die Bevölkerung kommuniziert werden. Dadurch wäre auch die abteilungsübergreifende Zusammenarbeit gut zu vermitteln. Wir schlagen zum einen vor, dass die jeweiligen Runden unter der Webseitenpräsenz derjenigen Abteilung, die die Federführung innehat, erläutert werden. Zum anderen wäre an eine gemeinsame Seite zu denken, auf der alle Foren/Runden etc. zusammen vorgestellt werden.

Da wir uns gesondert mit den Formaten unter Beteiligung bzw. Leitung des Büros für Integration und Partizipation beschäftigt haben, möchten wir hierzu eine gesonderte Anmerkung anbringen: In Bezug auf diese Formate scheint es interessant, von den Eingeladenen ein kurzes Feedback einzuholen. Denn neben den konstant Teilnehmenden gibt es Akteurinnen und Akteure, die sich nicht an diesen Formaten beteiligen. Hier wäre es für die Organisierenden gewinnbringend, Informationen darüber zu erhalten, was die Gründe für ein Fernbleiben sind und wie die Ausrichtung der Formate insgesamt bewertet wird. Denkbar ist hier eine kleine, unaufwändige, teilstandardisierte Zufriedenheits- und Interessenabfrage. Interessant scheint ein derartiger Evaluationsprozess für weitere Austauschformate anderer Verwaltungseinheiten und könnte beispielsweise durch ein studentisches Projekt oder eine studentische Abschlussarbeit eruiert werden.

Partizipationsangebote für Reinickendorferinnen und Reinickendorfer

Beteiligungsformate, zu denen alle interessierten Reinickendorferinnen und Reinickendorfer eingeladen werden, sind wünschenswerte Elemente gelebter Demokratie. Gleichwohl – und ganz bestimmt kein ausschließlich Reinickendorfer Phänomen – nehmen Menschen diese Angebote oftmals kaum wahr, denn Engagement braucht Zeit und Ressourcen. Zugleich wird Partizipation von politischer Seite bzw. auch von den institutionellen Geldgebern aktuell als Allheilmittel für das Gelingen von Projekten angesehen. Vielfach ist ein Einbeziehen von Adressatinnen und Adressaten eine Bedingung, um Fördergelder zu erhalten. Dies führt oftmals zu einem Dilemma, die gute Intention scheitert an den Lebensrealitäten der Menschen. Diesem Umstand zu begegnen ist eine Aufgabe, die alle Aktiven betrifft und die sich im Spannungsfeld von Partizipation im engen Sinne und Beteiligung und Selbstwirksamkeit im sehr weiten Sinne bewegt. Mit Letzterem meinen wir, dass sich viele Menschen an den wichtigen Orten ihres Alltagslebens einbringen, etwa durch Aktivitäten in Familienzentren wie bspw. den selbstgemachten Kuchen zur Kinderrunde oder kurz auszuhelfen, wenn es etwas zu tun gibt. Hier erleben Menschen direkte Selbstwirksamkeit jenseits klassischer Partizipationsangebote. Wir möchten den Aktiven im Feld nahelegen, solche Momente der Selbstwirksamkeit zu stärken und noch stärker ein Augenmerk auf ähnlich niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten zu legen.

Daneben empfehlen wir in Bezug auf die stärker formalisierten Partizipationsmöglichkeiten im Bezirk in einem ersten Schritt, über diese gebündelt zu informieren. Zu denken wäre an eine Unterseite im Rahmen des Internetauftritts des Bezirksamtes Reinickendorf (bspw. ‚Partizipationsmöglichkeiten im Bezirk'); zusätzlich könnten unter den thematisch zugehörigen Seiten der jeweiligen Verwaltungseinheiten deren Partizipationsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Darüber hinaus sind soziale Träger, Vereine, die Volkshochschule, MSO, religiöse Akteurinnen und Akteure etc. gefragt, ebenfalls über die verschiedenen Beteiligungsmöglichkeiten zu informieren und für eine Beteiligung zu werben. Wir empfehlen, hierzu Informationsveranstaltungen in Kooperationen mit den aufgeführten Akteurinnen und Akteuren anzubieten. Das Bezirksamt Reinickendorf nutzt Social Media wie Instagram und Facebook bereits intensiv, um den Zugang von Bürgerinnen und Bürgern zu Informationen und Beteiligungsmöglichkeiten niedrigschwellig zu gestalten. Wünschenswert wäre, dass nicht nur die Ansprechpersonen persönlich für die Beteiligung werben, sondern darüber hinaus auch die verschiedenen Verwaltungseinheiten verstärkt diese innovativen Kommunikationskanäle nutzen.

Schulen und Kitas stärker in vorhandene Netzwerke einbinden

Schulen und Kitas wurden als wichtige bezirkliche Akteurinnen und Akteure identifiziert. Zugleich können sie sich aufgrund mangelnder zeitlicher und personeller Ressourcen weniger stark in die integrationspolitischen Netzwerke einbringen. Dennoch betonen wir ihre zentrale Rolle, die von sozialen Trägern, MSO sowie der Bezirksverwaltung bedacht werden sollte. Wir regen an, die Kommunikation mit Kitas und Schulen auszubauen und dafür Mittel bereitzustellen. Die Stadtteilmütter und Integrationslotsinnen und -lotsen haben sich als exzellente Mittlerinnen und Mittler erwiesen. Insbesondere die aktive Elternarbeit sollte an Schulen und Kitas gestärkt werden. Notwendig wäre auch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln. Ebenfalls sollten Projekte, die an der Trias Eltern-Kind-pädagogisches Fachpersonal ansetzen und einen Fokus auf Antidiskriminierungs- und Empowermentprozesse legen, weiter ausgebaut und gefördert werden. Um Eltern stärker einbeziehen zu können und ihnen die Unsicherheit zu nehmen, ist gerade die mündliche Vermittlung des deutschen Schulsystems und der Rolle, die Eltern darin einnehmen sollen, unabdingbar. Das gilt insbesondere für neuzugezogene Reinickendorferinnen und Reinickendorfer, weshalb die Familien, die in Gemeinschaftsunterkünften leben, gesondert berücksichtigt werden sollten. Denkbar wären (Mikro-)Projekte, die sich allein auf die Elternarbeit in Unterkünften konzentrieren.

7.4 Vielfalt leben und wertschätzen im Gesamtbezirk

Wie wichtig die (öffentliche) Anerkennung und Wertschätzung von Vielfalt für das soziale Zusammenleben ist, kann nicht überschätzt werden. Ein gesellschaftliches Klima, das ebendieses Gefühl der Wertschätzung von Vielfalt transportiert, geht über reine Symbolik hinaus. Wir möchten dazu anregen, Initiativen in den Blick zu nehmen, die auf den Gesamtbezirk Reinickendorf zielen und die dort gelebte Vielfalt in der ganzen Unterschiedlichkeit der Stadtviertel positiv hervorstellen. Dies bedeutet zugleich, sich von rassistischen, stereotypisierenden und diskriminierenden Diskursen und Verhaltensweisen im Alltag abzugrenzen. Ein schönes und einfaches Beispiel, das ganz unterschiedliche Akteurinnen und Akteure wie Sozial- und Jugendeinrichtungen, Geschäfte, Unternehmen, Bars und Cafés zusammenbringt, ist die **Aktion Noteingang**[42], die in verschiedenen Berliner Bezirken bereits umgesetzt wird. Ein Aufkleber am Türeingang signalisiert von Rassismus betroffenen Menschen, dass sie in der Einrichtung oder dem Gebäude sicher sind und Zuflucht finden können. Ähnliche Initiativen im Bereich Antirassismus, Antidiskriminierung und Diversität wären sinnvoll und könnten gerade auch von zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren vorangebracht werden.

Insgesamt sehen wir in der stärkeren Vernetzung über die einzelnen Stadtteile hinaus einen wichtigen Impuls für alle Reinickendorferinnen und Reinickendorfer. Gerade der Jugendbereich bietet Potentiale für eine stadtteilübergreifende Arbeit, die über die bereits bestehenden Aktivitäten etwa im Sportbereich hinaus ausgebaut werden könnten. Für die Umsetzung sollten Akteurinnen und Akteure aus allen Stadtteilen gewonnen werden. Aktivitäten für Jugendliche, aber nicht nur für diese, ermöglichen es, Vielfalt zu leben, ohne dies gesondert zu thematisieren. Der Bezirk Reinickendorf bietet mit seinen diversen Lebenswelten zwischen Natur und Urbanität ein attraktives Umfeld, das zum kreativen Ausgestalten von Zusammenleben einlädt.

Die Anerkennung von Diversität als einer sozial wünschenswerten gesellschaftlichen Realität betrifft alle Reinickendorferinnen und Reinickendorfer. Doch kommt Personen des öffentlichen Lebens hier eine besondere Verantwortung zu. Damit meinem wir Politikerinnen und Politiker der BVV ebenso wie die Übungsleiterinnen und -leiter im Sportverein, die mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmer genauso wie Lehrkräfte und andere. Oft sind sie Vorbilder für junge Menschen, sie finden Gehör in der Öffentlichkeit, und ihre Aussagen werden von Medien aufgegriffen und verbreitet. Ihnen obliegt eine besondere Verantwortung, an einem gesellschaftlichen Klima in Reinickendorf mitzuwirken, welches auf der Wertschätzung von Vielfalt basiert. Wir appellieren an sie für gelebte Vielfalt im Bezirk einzutreten.

[42] Siehe https://www.berlin.de/ba-lichtenberg/aktuelles/artikel.979636.php.

08

Ausblick

8. Ausblick

Migration hat Gesellschaften weltweit historisch wie gegenwärtig geprägt und dazu beigetragen, dass sich lokale Gemeinschaften zum Positiven verändert haben. Neues Wissen, neue Perspektiven und Kompetenzen werden durch Migrationsbewegungen in die Welt getragen. Gleichwohl waren die großen Migrationsbewegungen der vergangenen Jahrhunderte immer auch getrieben von menschenunwürdigen Lebensbedingungen in den Herkunftsgesellschaften. Es ist davon auszugehen, dass sich die Krisenmomente, die Migrationsbewegungen befördern, im 21. Jahrhundert weiter verstärken. So wird unter anderem der menschengemachte Klimawandel die ärmsten Länder und Regionen der Erde zunehmend stärker treffen. Kriegerische Auseinandersetzungen als Mittel von Politik und Regierungen, die die grundlegenden Menschenrechte nicht achten, scheinen auch dieses Jahrhundert mitzuprägen. Europa, Deutschland und gerade die Metropole Berlin werden Aufnahmeregionen bleiben. Der Umgang mit migrierten Menschen wird zukünftig viel über das eigene Demokratie- und Menschenrechtsverständnis der Aufnahmegesellschaften aussagen. Dabei spielt die kommunale bzw. bezirkliche Ebene eine bedeutende Rolle, denn hier wird Zusammenleben konkret ausgestaltet. Dafür braucht es Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte, die sich alltäglich für ein respektvolles Miteinander einsetzen.

Es braucht engagierte ehrenamtliche und professionelle Organisationen, die unterstützen und begleiten. Und es braucht die damit betrauten Verwaltungseinheiten, wie das Büro für Partizipation und Integration, um diese Prozesse zu moderieren, auf sie einzuwirken und sie mitzugestalten. Und schließlich bedarf es der politischen Akteurinnen und Akteure, die sich zu einem demokratischen Zusammenleben in einer diversen Gesellschaft bekennen und die dafür notwendigen Ressourcen bereitstellen. Die vorliegende Studie zeigt, dass die Gestaltung einer demokratischen Stadtgesellschaft an vielen Stellen gelingt. Zugleich zeigt sich, dass der Bezirk Reinickendorf noch viel Potential hat, auf gesellschaftliche Teilhabe orientierte Prozesse weiter voranzubringen. Die hier vorgestellten Ergebnisse zeigen zwar mögliche Wege in verschiedenen Politikfeldern auf, doch letztlich sind es die Reinickendorferinnen und Reinickendorfer selbst, die gemeinsam Demokratie und Vielfalt in ihrem alltäglichen Leben konkret mitgestalten.

Anhang

Zusammenfassung der Handlungsempfehlungen

Zusammenfassung der Handlungsempfehlungen

Diversitätssensible Organisationsentwicklung weiterführen: Die Reinickendorfer Bezirksverwaltung

Personalpolitik

- Diversitätsorientierte, niedrigschwellige Stellenausschreibungen: Berücksichtigung von Sprachkenntnissen/ Weiterbildungsinteresse hinsichtlich Sprachkompetenzen als Einstellungskriterium
- Erfassung von Mitarbeitenden mit Sprachkompetenzen, um ein passendes sprachliches Matching mit Einwohnenden vereinfachen
- Ausbau von Kooperationen mit Schulen, MSO und sozialen Trägern der Jugendarbeit in Hinblick auf Berufsinformationstage und Entwicklung eigener Formate, welche die Bedeutung von Vielfalt für Verwaltungshandeln hervorheben
- Ausbau der Diversitätskompetenzen und Förderung der Sprachkenntnisse des Personals (insbesondere Führungskräfte), die durch Weiterbildungen belegt und integraler Bestandteil von Qualifikationsbeurteilungen für Führungspositionen sein sollten
- Führungskräfte werben für eine einwohnernahe und diversitätssensible Verwaltung in ihren Ämtern/ Abteilungen/ Teams/ Gruppen
- Berücksichtigung interkultureller und diversitätssensibler Aspekte bei der Vergabe von Aufträgen an externe Dienstleister
- Öffnung interner Weiterbildungsangebote für auch Angestellte externer Dienstleister (bspw. des Facility Managements) und Entwicklung bedarfsgerechter Formate für diese Aufgabenbereiche in Kooperation mit externen Firmen.
- Repräsentanz von Menschen mit Migrationsgeschichte in Verwaltung, an Bildungseinrichtungen, als Sozialarbeitenden etc. erhöhen

Informationen diversitätssensibler gestalten

- Bereitstellung von analogen/ digitalen Informationen, Anträgen, Formularen, Beschilderungen, Merkblättern, Aushängen, Broschüren und Veröffentlichungen der bezirklichen Verwaltung in verschiedenen Sprachen sowie in einfacher Sprache
- Webseite des Bezirksamtes nutzungsfreundlich und diversitätssensibel gestalten (mindestens in vereinfachter Sprache, mehrsprachig wünschenswert)
- Kommunikation dieser Aspekte an entsprechende Entscheidungsebenen (z.B. den Berliner Senat)
- Bereitstellung von Ressourcen für Sprachmittlerinnen und Sprachmittler sowie Verwaltungslotsinnen und -lotsen (auch für Menschen ohne Migrationsgeschichte)

Die Einrichtung eines Infopoints im Bezirksamt Reinickendorf

- Einrichtung eines leicht zugänglichen Ortes – eines Infopoints – zu allen Belangen des gesellschaftlichen Lebens: Verwaltung, Jobcenter/ Arbeitsagentur, aber auch zu Freizeitgestaltung und politischem/ ehrenamtlichem Engagement.
- Besondere Berücksichtigung von Personen mit Migrationsgeschichte durch Unterstützung von Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern sowie Verweisberatung an Migrationsberatung/ MSO (u.a.)

Die Vielfalt der Reinickendorferinnen und Reinickendorfer verstärkt sichtbar machen

- Vielfalt in Bebilderungen, Plakaten, Veröffentlichungen darstellen
- Einbeziehen von Reinickendorferinnen und Reinickendorfern mit und ohne Migrationsgeschichte in die Gestaltung des Rathauses als Ort der Vielfalt
- Verstärkte Nutzung des Rathauses für diversitätswertschätzende Aktivitäten wie Veranstaltungen, Ausstellungen oder Präsentation von Projektergebnissen
- Stärkere Berücksichtigung von Seniorinnen und Senioren mit Migrationsgeschichte im Verwaltungshandeln und in Projekten

Identifizierung von Handlungspotentialen aus der Verwaltung heraus

- Fortsetzung des Prozesses der diversitätsorientierten Organisationsentwicklung
- Entwicklung eines Aktionsplanes oder Konzeptes; Verwaltungseinheiten identifizieren Bedarfe und Meilensteine und legen Umsetzungszeiträume fest
- Jour Fixe auf bezirksamtlicher Leitungsebene zu Diversitätssensibilität, Einwohnernähe und Interkultureller Öffnung der Verwaltung

Regelfinanzierung ausbauen, projektorientierte Förderung effektiv einsetzen

- Ausbau und Förderung der Regelfinanzierung von sozialen Trägern, Vereinen und MSO, um nachhaltige Ergebnisse zu erzielen
- Politisch Verantwortliche setzen sich für die Verstetigung von Mitteln im integrationspolitischen Bereich ein
- Evaluation der unterschiedlichen Bedarfe auf Bezirks- und Landesebene, die nach kontinuierlichen und kurzfristigen Förderungen unterscheidet

Migrantische Selbstorganisationen stärken

- Anerkennen von MSO als wichtige Brückenbildnerinnen und Akteurinnen zwischen Menschen mit Migrationsgeschichte und Verwaltung/ Organisationen.
- Kurzfristige Ermittlung der Bedarfe von MSO in Bezug auf Räumlichkeiten, finanzielle Ressourcen und Weiterbildungen/ Kompetenzaufbau
- Evaluation von MSO (beispielsweise in einer Kooperation mit einer Universität/ Hochschule in Berlin im Rahmen eines Studierendenprojektes), um fundierte Informationen über ihre Zielsetzungen, inhaltlichen Schwerpunkte und Zukunftsvisionen zu erlangen
- Entwicklung von passgenauen Förder- und Beratungsmöglichkeiten für MSO und Bereitstellen eines eigenen Budgets sowie Unterstützung in Hinblick auf die knappen Raumkapazitäten durch das Bezirksamt
- Gemeinsames Erarbeiten mit MSO, in welcher Form und an welchen Stellen sie eingebunden werden möchten bzw. können und wie Akteurinnen und Akteure mit ihnen Kooperationen aufbauen könnten
- Erarbeitung von Verwaltungs-Empowerment-Angeboten mit MSO, um Menschen mit Migrationsgeschichte näher an die Verwaltungsarbeit, ihre Logiken und Besonderheiten heranzuführen

Vertiefung der Zusammenarbeit auf bezirklicher Ebene

Vertiefung der Zusammenarbeit auf bezirklicher Ebene Austauschforen, die Verwaltungseinheiten und professionelle Träger im Feld der Integrationspolitik adressieren

- Übersicht auf der Webseite des Bezirksamts über die verschiedenen auf Dauer angelegten Runden, Foren und Arbeitsgemeinschaften, die von Einheiten der Bezirksverwaltung (mit)organisiert werden und Fachkräften offenstehen. Erhöhung der Transparenz von Zielen, Teilnehmendenstruktur und Teilnahmemöglichkeiten dieser Austauschformate..
- Durchführung kurzer und teilstandardisierter Zufriedenheits- und Interessenabfrage von Teilnehmenden zu den Formaten, die vom Büro für Partizipation und Integration (mit)gestaltet werden
- Evaluation weiterer Austauschformate anderer Verwaltungseinheiten (u.a. Kiezrunden des Jugendamts im Rahmen eines studentischen Projekts oder einer studentischen Abschlussarbeit)
- Gegebenenfalls Schärfung der Profile und Überarbeitung der o.g. Austauschformate

Partizipationsangebote für Reinickendorferinnen und Reinickendorfer

- Übersicht auf der Webseite des Bezirksamts über die verschiedenen auf Dauer angelegten, nach Außen geöffneten Runden, Foren und Arbeitsgemeinschaften, die von Einheiten der Bezirksverwaltung (mit)organisiert werden und durch interessierte Einwohnende mitgestaltet werden können
- Verstärkte persönliche und digitale Bewerbung von Beteiligungsmöglichkeiten bei sozialen Trägern, Vereinen, MSO, religiösen Akteurinnen und Akteure etc.
- Gestaltung innovativer Wege der Öffentlichkeitsarbeit des Bezirksamts und adressatengerechte Informationsaufbereitung (z.B. durch soziale Medien)
- Stärkere Fokussierung auf mündliche Übermittlung von Informationen, da dadurch eine größere Zielgruppe erreicht wird (z.B. durch Integrations-/Verwaltungslotsinnen und -lotsen)

Schulen und Kitas stärker in vorhandene Netzwerke einbinden

- Verstärkte Einbindung von Kitas bzw. Schulen in Netzwerke und Bereitstellung von Ressourcen für diese Netzwerkarbeit
- Verstärkter Einsatz von Stadtteilmüttern und Integrationslotsinnen und -losten für die Elternarbeit und Ausbau mehrsprachiger Angebote für Eltern in Schulen und Kitas
- Ausbau und Förderung von Projekten, die an der Trias Eltern-Kind-pädagogische Fachpersonal ansetzen und einen Fokus auf Antidiskriminierungs- und Empowermentprozesse legen
- Besondere Berücksichtigung von Bewohnenden/ Familien, die in Gemeinschafts- und anderen Unterkünften leben; beispielsweise im Rahmen von (Mikro-)Projekten, die sich allein auf die Elternarbeit in Unterkünften konzentrieren.
- Erhöhung der Diversität im Kita- und Schulpersonal
- Anerkennung von Sprachenvielfalt in Kita und Schule als gesellschaftliche und individuell wünschenswerte Kompetenz und Förderung verschiedener Erstsprachen
- Verstärkter Einsatz von Kinderbüchern u.ä. in verschiedenen Sprachen
- Ausbau mehrsprachiger Angebote für Eltern wie beispielsweise Elterncafés mit Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern
- Verstärkung von Ehrenamt in Kita und Schule (beispielsweise Ausweitung bereits existierender Lesepatenschaftsprogramme) unter Bereitstellung der dafür notwendigen Ressourcen und Begleitstrukturen

Berücksichtigung der Bedarfe in Unterkünften lebender geflüchteter Menschen

- Ausbau von Unterstützungsleistungen bei psychologischer Betreuung und von Sprachangeboten mit Kinderbetreuung
- Vermehrter Einsatz von Sozialarbeitenden und Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern
- Passgenauere Angebote für verschiedene Geflüchtetengruppen wie beispielsweise Kinder und Jugendliche, Männer, Frauen, Menschen mit Beeinträchtigungen (u.a.)
- Schnellere, flexiblere und vor allem unbürokratischere Antragsmöglichkeiten für Fördergelder, um schnell (wie beispielsweise auf Ukrainesituation) reagieren zu können

Vielfalt leben und wertschätzen im Gesamtbezirk

- Stärkere Vernetzung von Trägern, Vereinen etc. über die einzelnen Stadtteile hinaus (beispielsweise in der Jugendarbeit)
- Förderung von Initiativen/ Projekten/ Aktionen zivilgesellschaftlicher und bezirklicher Akteure und Akteurinnen, die auf den Gesamtbezirk zielen und die dort gelebte Vielfalt positiv herausstellen
- Initiativen und Aktionen gegen rassistische, stereotypisierende und diskriminierende Diskurse und Verhaltensweisen im Alltag stärken
- Konkretes, offenes Eintreten für gelebte Vielfalt im Bezirk in der Öffentlichkeit

Bibliografie

Amaro Foro e.V. (2018): Dokumentation antiziganistischer und diskriminierender Vorfälle in Berlin 2017. Berlin: Amaro Foro e.V.

Amara Foro e.V. (2022): Definition Antiziganismus (https://amaroforo.de/2020/10/21/antiziganismus/)

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2011): Abgestimmter Datenpool Berlin. Einwohnerregisterstatistik. Wohndauer und Wohnlage. Potsdam: AfS Berlin-Brandenburg.

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2022): Einwohnerregisterstatistik. Berlin, 30. Juni 2022.

Beauftragte für Migration und Integration des Senats von Berlin (2005): Vielfalt fördern - Zusammenhalt stärken: das am 23.8.2005 vom Senat beschlossene Integrationskonzept für Berlin; Abgeordnetenhaus Berlin, Drucksache 15/4208 vom 23. August 2005. Berlin.

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2012): Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin.

Beigang, Steffen/ Fetz, Karolina/ Kalkum, Dorina/ Otto, Magdalena (2017): Diskriminierungserfahrungen in Deutschland. Ergebnisse einer Repräsentativ- und einer Betroffenenbefragung. Im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hg.). Baden-Baden: Nomos.

Bundesagentur für Arbeit (2022): Arbeitsmarktreport Land Berlin November 2022.

Bundesagentur für Arbeit (2022): Arbeitsmarktreport Agentur für Arbeit Berlin Nord November 2022.

Bundesministerium des Innern/Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus Positionen und Maßnahmen zum Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit und den darauf bezogenen Diskriminierungen. Berlin.

Bogumil, Jörg/ Jann, Werner (2009): Verwaltung und Verwaltungswissenschaft in Deutschland. 2., völlig überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2020): Vielfältig engagiert – breit vernetzt – partiell eingebunden? Migrantenorganisationen als gestaltende Kraft in der Gesellschaft. Berlin.

Gesemann, Frank/ Roth, Roland (2015): Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern. Zweite überarbeitete Auflage. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Gesemann, Frank/ Roth, Roland (2018): Handbuch Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft: Einleitung. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer VS, S. 1-7.

Kausmann, Corinna/ Burkhardt, Luise/ Rump, Boris/ Kelle, Nadiya/ Simonson, Julia/ Tesch-Römer, Clemens (2019): Zivilgesellschaftliches Engagement. In: Krimmer, Holger (Hg.): Datenreport Zivilgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS, S. 55–91.

Kösters, Johanna (2011): Integrationspolitik, Diversity und Chancengleichheit: Ansätze bezirklicher Integrationspolitik in Berlin. In: Smykalla, Sandra/ Vinz, Dagmar (Hg). Intersektionalität zwischen Gender und Diversity: Theorien, Methoden und Politiken der Chancengleichheit. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 298-312.

Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike (2002): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. In: Bogner, Alexander/ Littig, Beate/ Menz, Wolfgang (Hg.): Das Experteninterview – Theorie, Methode, Anwendung. 2. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 71-93.

Neumann, Marko/ Haas, Elena-Christin/ Müller, Freya/ Maaz, Kai (2020): WiKo-Studie Evaluation der Willkommensklassen in Berlin. Abschlussbericht. Berlin: Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation.

Nier, Thomas (2017): Rechtspopulistische Lexik und die Grenzen des Sagbaren, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier Rechtspopulismus: (www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240831/rechtspopulistische-lexik-und-die-grenzen-des-sagbaren, letzter Zugriff am 30.09.2022)

Priemer, Jana/ Krimmer, Holger/ Labigne, Anaël (2017): ZiviZ-Survey 2017. Vielfalt verstehen. Zusammenhalt stärken. Berlin: ZiviZ im Stifterverband.

Rudolf, Beate (2017): Teilhabe als Menschenrecht - eine grundlegende Betrachtung. In: Diehl, Elke (Hg.): Teilhabe für alle?! Lebensrealitäten zwischen Diskriminierung und Partizipation. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 13–43.

Raschke, Christian/ Dzajic-Weber, Azra/ Körner, Kristin (2015): Interkulturelle kompetente Führung. Berliner Hefte für interkulturelle Verwaltungspraxis. Berlin: Die Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration.

Registerstelle zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle in Reinickendorf (2020): Jahresbericht 2019. Berlin: Projektkoordination Registerstelle Reinickendorf.

Registerstelle zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle in Reinickendorf (2021): Jahresbericht 2020. Berlin: Projektkoordination Registerstelle Reinickendorf.

Registerstelle zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle in Reinickendorf (2022): Jahresbericht 2021. Berlin: Projektkoordination Registerstelle Reinickendorf.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (2022): Kindertagesbetreuung. Förderatlas 2022. Berlin.

Sozialfabrik e.V./ Zentralrat Deutscher Sinti und Roma/ Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma (2020): Monitoring zur Gleichbehandlung von Sinti und Roma und zur Bekämpfung von Antiziganismus. Antiziganismus in der Verwaltung und in der Sozialen Arbeit. Heidelberg: Zentralrat Deutscher Sinti und Roma.

Sülzle, Almut/ Jähn, Steffen/ Becker, Anna (2019): Stadtteilmütter als Netzwerkerinnen mit Wirkung. In: vhw-Schriftenreihe, Heft 1, S. 39-42.

Zwengel, Almut/ Hentges, Gudrun (2008). Einleitung. In: Hentges, Gudrun/ Hinnenkamp, Volker/ Zwengel, Almut (Hg.) Migrations- und Integrationsforschung in der Diskussion. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7-19.

Institutioneller Hintergrund der Interviewpartnerinnen und -partner

Migrantische Selbstorganisationen/Kulturelle und religiöse Organisationen

Afrika Medien Zentrum e.V.

Das Arabisches Berliner Tor e.V.

Deutsch-Nordkaukasisches Sozial- und Kulturzentrum e.V.

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs Ortsverein Wittenau – Medine Moschee e.V.

Kontakty – polnisch sprachige Zeitung

Kulturzentrum der Afghanen in Berlin e.V.

Salam Kultur- und Sportclub e.V.

Beratungsstellen im Kontext von Migration

Aufwind e.V.

Aussiedlerberatung Berlin-Reinickendorf

FACE Evangelisches Familienzentrum (APG)

Familien- und Stadtteilzentrum „Haus am See“ (Lebenswelt gGmbH)

Gewobag-Kiezstube Tegel-Süd (EMSI)

KJHV Familienpunkt Reinickendorf (Kinder- und Jugendhilfe-Verbund)

Mädchen- und Frauentreff Auguste (Albatros gGmbH)

Mehrgenerationenhaus Auguste-Victoria-Allee (Albatros gGmbH)

Register Reinickendorf (Stiftung SPI)

Quartiersmanagement/Berlin entwickelt neue Nachbarschaften (BENN)

BENN im Märkisches Viertel (APG)

Quartiersmanagement Auguste-Viktoria-Allee (Mieterberatung Prenzlauer Berg)

Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen/-vereine

Gangway e.V. Team Reinickendorf

kein Abseits! e.V.

Verwaltungseinheiten

Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt im Jobcenter Berlin Reinickendorf (auch Migrationsbeauftragte im Jobcenter Reinickendorf)

Beauftragte für Menschen mit Behinderungen des Bezirks Reinickendorf

Jugendamt Reinickendorf - Regionalteam Nord

Weitere Akteurinnen und Akteure

Bezirkssportbund Reinickendorf e.V.

Ehrenamtsbüro Reinickendorf (Bezirksamt Reinickendorf und Stiftung Unionhilfswerk)

Ehrenamtskoordination der Gemeinschaftsunterkunft Bernauer Str. (Hero Zukunft GmbH)

Polizeidirektion 1 (Nord)

TSV Wittenau 1896 e.V.

Willkommen in Reinickendorf e.V. / WiR-Netzwerk

Politische Akteurinnen und Akteure

Bündnis 90/ Die Grünen: Stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Mitglied im Ausschuss für Integration und Partizipation des Bezirks Reinickendorf

CDU: Schriftführerin im Ausschuss für Partizipation und Integration des Bezirks Reinickendorf; Fachsprecherin im Ausschuss für Partizipation und Integration des Bezirks Reinickendorf

Die Linke: BVV-Verordneter im Bezirk Reinickendorf

FDP: Fraktionsvorsitzender der BVV Reinickendorf

SPD: Integrationspolitische Sprecherin der BVV-Fraktion Reinickendorf und Vorsitzende des Integrationsausschusses

Reinickendorferinnen und Reinickendorfer mit Flucht- und Migrationsgeschichte

Gruppeninterview zusammengestellt aus Teilnehmenden der Studie Vielfalt in Reinickendorf – Teil I

Gruppeninterview mit Integrationslotsinnen aus Reinickendorf

Gruppeninterview mit Bewohnenden einer Geflüchtetenunterkunft in Reinickendorf

Impressum

Herausgeber:

Bezirksamt Reinickendorf von Berlin

Eichborndamm 215

13437 Berlin

Autorin:

Dr. Yvonne Franke

Unter Mitarbeit von:

Dr. Guillermo Ruiz (Mitautor Kapitel 6)

Dr. Thomas Erbel (Mitautor Kapitel 4.1)

Dr. Ivana Jurisic (Unterstützung Datenerhebung)

im Auftrag der Sozialfabrik e.V. Berlin

Redaktion:

Julia Stadtfeld

Katja Richter

Juliana Ramm

Lektorat:

Prof. Dr. Hans-Joachim Neubauer

Gestaltung:

mttr.agency

Stand:

Dezember 2023

Gefördert aus den Mitteln des bezirklichen Integrationsfonds im Rahmen des Gesamtkonzepts zur Integration und Partizipation Geflüchteter der Senatsverwaltung für Soziales, Integration und Arbeit.

Bezirksamt
Reinickendorf

BERLIN